Offener Brief zur Anti-Reagan-Demonstration S. 6

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 16 vom 23. April 1982 16. Jahrgang 1 DM



70000 in München

bei den Friedenskundgebungen und Demonstrationen vor der Eröffnung des SPD-Parteitages. Mit einer Auftaktkundgebung um „Fünf vor zwölf" leiteten die Vereinigten Münchener Friedensinitiativen, in denen auch die KPD mitarbeitet, die Aktionen des 17. April ein. Ausführlicher Bericht auf Seite 13.

Unter der Kampflosung: „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze"

Rockwell-Golde-Belegschaft hält den Betrieb besetzt

FRANKFURT/MAIN. — Abermals hat jetzt eine Belegschaft das Kampfmittel der Betriebsbesetzung ergriffen, um sich gegen Entlassungen und Stillegungspläne zu wehren. Seit Freitag (16. April) ruht in dem Frankfurter Werk von Rockwell Golde die Arbeit. Die etwa 340 Mann starke Belegschaft ist in den Streik getreten und hält das Werk rund um die Uhr besetzt. Keine Entlassungen! Keine Stillegung auf Raten! Alle Arbeitsplätze bei Rockwell Golde müssen erhalten bleiben! Das ist es, was die Kollegen fordern und wofür sie entschlossen in den Kampf getreten sind.

Auf Transparenten, die in deutscher und türkischer Sprache am Werkstor des besetzten Betriebes hängen, heißt es: „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze". Weitere Parolen lauten: „Kündigungen — Nein danke", „Behaltet Eure Abfindungen, wir wollen unsere Arbeit".

Unter diesen klaren Losungen haben die Metallarbeiter von Rockwell Golde in Frankfurt den Kampf gegen die Entlassung von 110 Kollegen und gegen eine befürchtete Stillegung auf Raten aufgenommen. Am Freitag um 12.30 Uhr trat die Belegschaft in den Streik. Die Kollegen versammelten sich auf dem Werksgelände und verlangten klare Auskunft über die Pläne der Werksleitung und den Stand der Verhandlungen mit dem Betriebsrat.

In dieser Situation schalteten die Bosse plötzlich den Strom für die Werkshallen ab. Und der Spätschicht riegelten sie die Türen vor der Nase zu. Das war eine Aussperrung auf kaltem Weg!

Die Metallarbeiter reagierten jedoch keineswegs eingeschüchtert auf diese dreiste Provokation, so wie es sich die Vorstandsherren wohl ausgerechnet hatten. Stattdessen war die Antwort der Kollegen kämpferisch und konsequent: ca. 60 Kollegen blieben am Freitag Abend im Betrieb. Damit begann die Werksbesetzung, von der bis zu



unserem Redaktionsschluß ein Ende nicht abzusehen war. Rund um die Uhr wechseln sich die Arbeiter bei der Besetzung ab.

Am Samstag und Sonntag pilgerten dann auch Familienangehörige der streikenden Belegschaftsmitglieder zum Werk. Eine Solidaritätsbewegung aus Betrieben und Gewerkschaften Frankfurts begann sich zu entfalten, wie sie in Frankfurt bereits Tradition hat: und zwar noch von den Aktionen im vergangenen Jahr her, als die Belegschaften von Triumph/Adler und VDM sich gegen Massenentlassungen und Stillegungspläne in ihren Werken zur Wehr setzten. Besonders an die neuntägige Betriebsbesetzung bei VDM in Frankfurt-Heddernheim sei hier erinnert. (Diese Kämpfe blieben ohne entscheidenden Erfolg, da sie von der IGM-Führung bzw. Ortsverwaltung sabotiert wurden.)

Solidaritätsdelegationen der Belegschaften von Triumph/Adler, VDM und aus anderen Betrieben haben sich bereits bei den Betriebsbesetzern von Rockwell Golde eingefunden. Unsere Partei, die KPD, gehörte zu den ersten Organisationen der Arbeiterbewegung, die sich in diese Solidaritätsbewegung bisher eingereiht haben. Genossen aus Frankfurt verteilten am letzten Samstag Tee und belegte Brötchen an die Streikenden. Die Frankfurter Ortsgruppe der KPD überbrachte ebenfalls am Samstag eine Grußadresse und eine Geldspende von 100 Mark. Eine Grußadresse des Zentralkomitees der KPD wird die Betriebsbesetzer zusammen mit einer Geldspende von 500 Mark kurz nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgens" erreichen.

Auch über die Grenzen Frankfurts hinaus kommt die Solidarität der Arbeiterklasse in den Betrieben bereits zur Wirkung. So wurden die Betriebsbesetzer in Frankfurt inzwischen von Udo Tischer besucht, dem Sprecher des Streikkomitees von Videocolor in Ulm. Kollege Tischer vermittelte die Kampferfahrung von der 18 Tage dauernden Videocolor-Besetzung im Januar dieses Jahres.

Am letzten Montag machte die Werksleitung einen ersten größeren Versuch, die Kampffront zu zerbrechen. Dabei spekulierten die Bosse auf eine Spaltung zwischen den Arbeitern der von Verlagerung ins Ausland bedrohten Fensterheberproduktion und den Beschäftigten der momentan von derartigen Plänen noch nicht betroffenen Abteilung für die Produktion von Schiebedächern.

Aber diese schmutzige Rechnung scheiterte an der Belegschaft. Die dreimalige Aufforderung des Werksdirektors, unverzüglich an die Werkbänke zurückzukehren, ging im hundertfachen Nein der Arbeiter unter.

Die Werksbesetzung bei Rockwell Golde gewinnt auch von daher an Brisanz, daß ähnliche Entlassungs- und Stillegungspläne auch im Frankfurter Mannesmann-Demag-Werk bestehen. Am Donnerstag letzter Woche hatten die Arbeiter dort dreieinhalb Stunden lang aus Protest gegen die geplante Entlassung von 140 Arbeitern die Werkstore besetzt.

Die Ortsverwaltung der IG Metall in Frankfurt hat sich bisher noch nicht so klar hinter die Betriebsbesetzer gestellt, wie dies die Ulmer IGM im Falle von Videocolor getan hat. Allerdings verleiht die Frankfurter Ortsverwaltung bislang der Besetzung durch ständige Anwesenheit von Vertretern im besetzten Werk indirekt die Weihen offizieller Billigung der IGM.

Wir rufen alle unsere Leser auf: Organisiert so schnell wie möglich die Solidarität mit der Belegschaft von Rockwell Golde in Frankfurt. Solidaritätsadressen und Geldspenden können in diesem Moment einen sehr wichtigen Beitrag leisten, um den Betriebsbesetzern den Rücken zu stärken.

Der Kampf der Rockwell-Golde-Belegschaft ist in diesem Augenblick die Speerspitze des Widerstandes der gesamten Arbeiterklasse gegen Massenentlassungen, Stillegungen und Arbeitslosigkeit!

Solidarität mit den Kollegen von Rockwell Golde!



KPD-Veranstaltungen zum 1. Mai

Hamburg

26. April, 19.30 Uhr, Hamburg, Haus Eimsbüttel

Bremen

29. April, 19.30 Uhr, Bürgerhaus Weserterassen

Westberlin

30. April, 19.30 Uhr, Schultheiß an der Hasenheide

Köln

30. April, 19.30 Uhr, Gaststätte Mathildenhof, Mathildenstraße, Köln-Deutz. Es spricht Ernst Aust. Im Programm: Kabarett Zeltzünder.

Bochum

27. April, 19.30 Uhr, Gaststätte Oma Hölscher, Bochumer Straße 112, Bochum-Wattenscheid. Im Programm: Film „Die Buntkarierten" Es spricht Ernst Aust

Stuttgart

1. Mai, 16.00 Uhr, Turnhalle Kaltental, Fuchswaldweg 43



Schlichtungsspruch im Baugewerbe

Abschluß unter 4 Prozent angepeilt

Ein für die Beschäftigten im Baugewerbe unannehmbares Ergebnis hat die Schlichtungsstelle bei den Lohntarifverhandlungen für diese Branche am Wochenende vorgelegt. Danach sollen Löhne und Gehälter für sechs Monate um 3,5 Prozent und für die restlichen sechs Monate der Vertragsdauer um 4,2 Prozent angehoben werden.

Im Jahresdurchschnitt würde das eine Erhöhung der Einkommen von nur 3,85 Prozent bedeuten. Und damit wäre dann zum ersten Mal in der diesjährigen Tarifrunde die bei Metall ausgehandelte Marke von 4,2 Prozent deutlich unterschritten, die ja auch schon einen drastischen Reallohnabbau bedeutet. Ein Abschluß in dieser Höhe würde selbst die „magische 4-Prozent-Grenze" unterschreiten. Dieser üble Schlichtungsspruch wurde übrigens ausgerechnet von dem DGB-Bankier Hesselbach als Vorsitzendem der Schlichtungsstelle vorgelegt.

Den Bauunternehmern ist selbst ein solcher Lohnraubabschluß noch nicht weitgehend genug. Die Tarifkommission der IG Bau Steine Erden will jetzt einen „Meinungsüberblick" unter den Gewerkschaftsmitgliedern herstellen und erst am 30. April endgültig einen Beschluß zu dem Schlichtungsergebnis fassen. Im letzten Jahr hatte es unter den Baukollegen Empörung und Unruhe gegeben, als der IG-Bau-Vorsitzende Sperner in einer Nacht- und Nebel-Aktion mit 4 Prozent abschloß. Die Tarifkommission nahm damals dieses Ergebnis nicht an.

Die Schlichtungszumutung in der diesjährigen Tarifrunde muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen und eine Urabstimmung muß eingeleitet werden!

Kommentar der Woche

Helmut Schmidt ist in Kampfposition gegangen. Vor dem Münchner Parteitag der SPD ließ er ein umfangreiches Positionspapier in Umlauf bringen, in dem er sich mit der Krise seiner Partei auseinandersetzt und seinen Willen deutlich macht, den von ihm verfochtenen Kurs in München mit allem Nachdruck durchzusetzen.

Etwas Neues allerdings hat der Kanzler nicht zu bieten. Wie gehabt erklärt er die Krise der SPD damit, daß deren „politische Konturen unscharf" würden, weil der innerparteiliche Streit überhand nähme. Und warum wird so heftig gestritten? Auch dafür hat Schmidt eine simple Erklärung: Schuld sei die egoistische Sucht einzelner Funktionäre und Parteiorganisationen, sich mit öffentlicher Kritik am Kurs der Führungsspitze zu profilieren.

Entsprechend einfach ist denn auch das Krisenrezept des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden. Die Kritik hat zu verstummen; die ganze Partei soll sich wie eine zum Appell angetretene Kompanie hinter ihre Führer stellen — und schon würden goldene Zeiten für die Sozialdemokratie anbrechen.

SPD in der Zerreißprobe

Aber ist die Krise der SPD tatsächlich Ergebnis eines aus persönlichen Motiven entfachten Gezänks innerhalb dieser Partei? Laufen ihr die Wähler wirklich deshalb weg, weil sie von der zunehmenden innerparteilichen Kritik verunsichert werden? Um solchen Fragen auf den Grund zu kommen, ist es ganz nützlich, sich die Ergebnisse einer letzte Woche veröffentlichten Meinungsumfrage anzusehen. Danach hielten noch vor vier Jahren 72 Prozent der Wahlberechtigten die SPD für eine Partei, die sich mehr als andere für die „Arbeitnehmer" einsetzt — heute teilen diese Ansicht nur noch 52 Prozent.

In diesen Zahlen drückt sich doch die Tatsache aus, daß die SPD gerade bei denen einen rapiden Vertrauensverlust erlitten hat, denen sie Reformen, soziale Sicherheit und wachsende „Lebensqualität" versprochen hat — bei den Werktätigen nämlich. Und es liegt auf der Hand, daß dieser Vertrauensverlust nicht daraus erwachsen ist, daß beispielsweise einige Funktionäre der SPD lautstark die Bonner Sparbeschlüsse kritisiert haben. Sondern umgekehrt: Gerade die von einer SPD-Regierung verantwortete rücksichtslose Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung hat dazu geführt, daß sich immer mehr Werktätige enttäuscht von dieser Partei abwenden.

Hier zeigt sich auch, wie verlogen es ist, wenn sich gerade Schmidt immer wieder darauf beruft, daß er in der Wählerschaft der SPD die Unterstützung habe, die ihm seine Partei zunehmend verweigert. Dazu noch zwei andere Angaben aus der erwähnten Meinungsumfrage: Gegen die vom Kanzler stets diffamierte Friedensbewegung haben nur 24 Prozent der SPD-Anhänger Bedenken, während 56 Prozent sie gut finden oder sogar aktiv unterstützen wollen. Selbst der Bau von Atomkraftwerken wird nur von 42 Prozent der SPD-Anhänger befürwortet, während eine Mehrheit von 57 Prozent dagegen ist.

Es sind also nicht die Kritiker, die Schmidt jetzt mundtot machen will, es sind vielmehr die Parteiführer selbst, die die SPD in eine Zerreißprobe gebracht haben. Als sie vor mehr als einem Jahrzehnt die Regierungsgeschäfte in Bonn übernahmen, haben sie bei der Masse der Werktätigen weitgesteckte Hoffnungen erweckt, nicht nur in bezug auf die soziale Gerechtigkeit, sondern beispielsweise auch auf eine dauerhafte Sicherung des Friedens. Im Zuge der Vertiefung der kapitalistischen Krise jedoch haben sich diese Hoffnungen zunehmend als Illusionen entpuppt.

Die Reformpolitik, mit der ein Willy Brandt die Massen mobilisiert hatte, ist heute ein Scherbenhaufen. Der Nachfolger Helmut Schmidt spricht denn auch längst nicht mehr von Reformen, sondern von „Sachzwängen". Und das ist ja nichts anderes als eine Umschreibung dafür, daß die herrschende Klasse der Sozialdemokratie heute keinen Spielraum für eine bürgerliche Reformpolitik, für — auch noch so geringe — Zugeständnisse an die Forderungen der Werktätigen mehr läßt.

Den „Sachzwängen" des kapitalistischen Systems gerecht zu werden, bedeutet in der Krise eben, die Monopolprofite durch den Generalangriff auf den Lebensstandard und die grundlegenden Interessen der Werktätigen zu sichern. So gerät die SPD-Führung, die diesen Kurs bedingungslos verfolgt, nicht nur in einen sich immer mehr vertiefenden Widerspruch zur traditionellen Basis der Partei. Sie ebnet damit auch den Weg für die Leute, die die vom Monopolkapital geforderte „Wende" dann vollends durchsetzen können — für Strauß und seine Gefolgschaft.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Vor der Anhörung zum Entwurf

„BDA lehnt Entwurf für ein neues Arbeitsschutzgesetz kompromißlos ab"

BONN. — Am 20. April soll vom Bundesministerium eine Anhörung zum Referentenentwurf für ein neues Arbeitsschutzgesetz durchgeführt werden. Eine Woche vorher ließ die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, eine von BDI, DIHT und Mittelstandsvereinigungen gemeinsam ausgearbeitete Stellungnahme veröffentlichen, in der dieser Entwurf kompromißlos abgelehnt wird.

„Eine Weiterverfolgung dieses Konzeptes würde den gemeinsamen Anstrengungen zuwiderlaufen, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und damit die Voraussetzungen für die Investitions- und Beschäftigungssituation sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Die finanziellen Belastungen und die administrativen Auswirkungen würden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen vor kaum lösbare Aufgaben stellen."

Was ist es nun, das die Herren Unternehmer an diesem Entwurf so sehr entsetzt? Wodurch sehen sie — wieder einmal — den Untergang des Abendlandes heraufziehen?

Neben verschiedenen anderen Punkten, die allerdings nur sehr allgemein angesprochen werden und deshalb kaum als große Gefährdung der Profite der Unternehmer gelten dürften, gilt der Widerstand vor allem der Regelung der Arbeitszeit.

Die Forderung des DGB war es und ist es, die gesetzliche Regelung der maximalen Arbeitszeit den erreichten, erkämpften Tarifverträgen anzugleichen. Dazu konnte sich das Arbeitsministerium zwar nicht durchringen, denn es wurden im Entwurf zahlreiche Türen offengelassen, die eine Verlängerung der Arbeitszeit ermöglichen, aber es gibt doch einen Schritt weg von der Reichsarbeitszeitverordnung, die immer noch gilt. Bisher können die Betriebe gesetzlich 48 Stunden Arbeit in der Woche verlangen, für sechs Wochen im Jahr sogar 60 Wochenstunden. Und nun?

„Die tarifvertraglich weithin vereinbarte Wochenarbeitszeit von 40 Stunden würde praktisch zur gesetzlichen Wochenarbeitszeit. (...) Damit fiele den Gewerkschaften die uneingeschränkte Tarifmacht über die Arbeitszeit zu."



Nicht zuletzt der Begrenzung der Arbeitszeit, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt, gilt der Widerstand der Unternehmer beim Entwurf für ein neues Arbeitsschutzgesetz.

Und das ist das Schreckliche für die Herren Unternehmer — daß sie die Frage der Arbeitszeit nicht mehr nahezu ohne Einschränkungen diktieren können, sondern bei der wirklichen betrieblichen Festlegung der Arbeitszeit auf eine Gewerkschaftsbewegung mit einer etwas gestärkten Position stoßen würden — etwas gestärkt nur, aber für die Unternehmer schon zuviel.

Zwar werden neben dem eingangs angeführten Argument noch eine ganze Zahl von „Hilfsbeweisen" dazu gestellt, aber der Kern der Ablehnung ist klar: Es könnte ja an den Profit gehen, man könnte unter Umständen sogar mehr Arbeiter zur selben Produktion gebrauchen. Als Beilage zu diesem Grund werden dann solch erstaunliche Dinge angeführt wie der immer schnellere Rückgang der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, obwohl die Wirklichkeit da eine andere Sprache spricht.

Es geht dem BDA zum Weiteren darum, selbst eine solche Reform, die nicht sehr viel kosten würde, deshalb abzublocken, weil die Unternehmer ihre Position unterstreichen wollen, daß die Zeit der Reformen zugunsten der Arbeiter nicht nur endgültig vorbei sein müsse, sondern daß „notwendige Rückschritte" angepeilt werden müßten.

Nur eines an dieser BDA-Kampagne stimmt: daß es vor allem in Klein- und Mittelbetrieben Auswirkungen haben würde. Denn jeder weiß, daß gerade dort die Arbeitszeit in zahllosen Fällen völlig willkürlich von den Unternehmern von einem Tag auf den anderen festgelegt wird, daß viele dort beschäftigten Arbeiter heute nicht wissen, wie lange sie morgen arbeiten werden.

Bundestagsdebatte über Berufsbildungsbericht

Sie sangen das Hohelied der Unternehmer

Mitte März war es, als im Bundestag die Debatte über den Berufsbildungsbericht stattfand. Die Vertreter der drei Parteien in Bonn zeigten sich gemeinsam besorgt über die Lage. Über Ursachen und Ausweg aus dieser Situation gab es zwar einige heftige Debatten, aber keine schweren Differenzen.

Vom Staatssekretär Kuhlwein (SPD) beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft über den bildungspolitischen Sprecher der CDU, den Reutlinger Oberregierungsrat Pfeifer, bis zu Frau von Braun-Stützer, Obmann der FDP im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, war man sich in einem einig: Es dürfe keinerlei Zwangsmaßnahmen von seiten der Regierung geben, um Ausbildungsplätze zu schaffen, insbesondere dürfe die Wiedereinführung einer Ausbildungsabgabe (die ja niemals wirklich erhoben und im letzten Jahr abgeschafft wurde) erst gar nicht als Möglichkeit betrachtet werden.

Die Vertreter der CDU wiesen in dieser Debatte vor allem auf zwei Ursachen des Lehrstellenmangels hin: Mangelnde Information und mangelnde Bereitschaft der Jugendlichen, die angebotenen Lehrstellen zu akzeptieren.

Neben Pfeifer sprach für die CDU vor allem der Abgeordnete Rossmanith. Wurde schon Pfeifers Beitrag in der Parlamentsberichterstattung unter der Überschrift „Vorwürfe an die Wirtschaft sind ungerecht" zusammengefaßt, so wurde Rossmanith noch deutlicher. So sagte er: „Die ständige Wiederholung der Vokabel Ausbildungsplatzpflicht, die die Wirtschaft zu erfüllen habe, läßt darauf schließen, daß hier der Bundesbildungsminister auch weiterhin auf das völlig untaugliche Instrument einer Umlagefinanzierung zusteuern möchte, um damit endgültig die Autonomie der Betriebe in der Berufsausbildung an die Leine von Bürokraten und Funktionären zu legen." Und die Ursachen für die Misere sieht der Abgeordnete, der sich so sehr um die Betriebe sorgt, dann auch ganz woanders. Ausführlich gibt er die Argumente des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) wieder.

Der DIHT gibt die Schuld der Einführung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten, von denen es 77 000 gibt. Dies, so der DIHT und sein Sprecher, der Abgeordnete Rossmanith, verunsichere eben die Handwerker so stark, daß sie nicht mehr ausbilden würden. Die andere Ursache in den Augen dieses CDU-Politikers: „Wer 50 Prozent eines Altersjahrganges mit dem Abitur beglücken wollte und die Abkoppelung des Bildungswesens von der Berufs- und Arbeitswelt bewußt betrieben hat, sollte heute Antwort auf die Frage geben, was mit den über 40 000 arbeitslosen Akademikern geschehen soll, die sich auf die politischen Verheißungen verlassen haben."

Was Rossmanith hier ausführte, wurde von den verschiedenen CDU-Abgeordneten in unterschiedlichen Varianten immer wieder durchgekaut. Die Reformen der letzten Jahre, und seien sie noch so bescheiden, die Möglichkeit, daß auch vermehrt die Kinder von Arbeitern das Abitur machen konnten, die Schaffung von überbetrieblichen Lehrstellen — das sind für die CDU die Ursachen der Knappheit an Lehrstellen, denn diese hat in ihren Augen eine eingeschüchterte, unsichere und verarmte Unternehmerschaft erzeugt, die sich nichts mehr traut.

Diese Position wurde weitgehend von Sprechern der FDP geteilt, die einmal mehr zeigten, daß die Wirtschaftspolitik dieser Partei an den Interessen ihrer kapitalistischen Klienten orientiert ist. Zu einer Zeit, da sich Prozesse gegen Freiberufler häufen, weil sie Zeitverträge mit Unterbezahlung im Austausch zu — leeren — Ausbildungsversprechen abschließen, lobten die FDP-Sprecher natürlich gerade diesen Kreis eder „freien Wirtschaft".

Und was hatte die SPD dem entgegenzusetzen? Nichts. Kein einziger der Sprecher der Sozialdemokraten, auch nicht jene, die sich selbst dem linken Flügel der Partei zurechnen, setzte dem reaktionären Konzept der CDU/FDP-Allianz in dieser Frage eine Alternative entgegen. Alle, ob der frühere Ausbildungsleiter Hermann Schätz oder auch der Paderborner Abgeordnete Thüsing sangen das Hohelied der vorbildlichen Unternehmer, sei es des Handwerks, sei es, wie bei Thüsing, des Baugewerbes.

Vergessen scheinen bei den Abgeordneten der SPD die Zeiten zu sein, als man das Recht auf Ausbildung für alle forderte, als man die Chancengleichheit forderte, als man die Zustände in den Lehrbetrieben kritisierte, anstatt nur ihre Zahl festzustellen. Auf eine grundsätzliche Debatte wollte man sich offensichtlich nicht einlassen, die einzige Argumentation war es, der CDU-Behauptung von der Schuld der Regierung zu widersprechen.

DDR-Friedensbewegung

Unter verschärftem Druck des SED-Regimes

Schikanen beim Begräbnis von Robert Havemann

OSTBERLIN. — Mit verstärktem Druck und offenem Polizeiterror gehen die Behörden gegen die sich herausbildende unabhängige Friedensbewegung vor. Einer der hauptsächlichen Angriffspunkte dabei ist nach wie vor der Aufnäher mit der Inschrift „Schwerter zu Pflugscharen".

Wie der „Rote Morgen" berichtete, ist der Aufnäher schon vor einigen Wochen mit der Begründung verboten worden, er wäre „zur Bekundung von staatsfeindlicher Gesinnung und der Beteiligung an einer illegalen politischen Bewegung" mißbraucht worden. Damit wollte das Regime die rasche Verbreitung dieser Symbole stoppen, von denen immerhin der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, kürzlich sagte, sie seien „regelrecht zur Mode" geworden.

Um die jetzt betriebene Illegalisierung der Friedensbewegung und der Träger des Aufnähers zu begründen, hat sich das Regime die absurde Behauptung einfallen lassen, die Symbole seien „im Westen hergestellt und illegal in die DDR eingeführt" worden. Tatsächlich handelt es sich bei dem Aufnäher um eine „Erfindung" aus der DDR, die ihren Ursprung in pazifistischen Kreisen der kirchlichen Jugend hat. Und was das Symbol selbst betrifft, so ist die Grafik auf dem Aufnäher einem Denkmal nachgebildet, das die Sowjetunion 1959 der UNO schenkte und das seitdem am Sitz der Weltorganisation in New York steht. Es trägt die englischsprachige Aufschrift „We shall beat swords into plowshares" (wir werden Schwerter in Pflugscharen umschmieden).

Während in der DDR jetzt Jagd auf den Aufnäher gemacht wird, ist das erwähnte Denkmal in dem Buch „Der Sozialismus — Deine Welt" abgebildet, das gegenwärtig anläßlich der jetzt stattfindenden Jugendweihen an Jugendliche in der DDR verteilt wird. Ein deutliches Beispiel für das Auseinanderklaffen zwischen Friedensphrasen und der Realität im östlichen Teil Deutschlands. Trotz Verbots wird der Aufnäher jedoch immer noch getragen. In der letzten Zeit wurde wiederholt Repressalien gegen Träger des Symbols bekannt, wie etwa Verweise von der Schule oder der Universität. In einem Fall wurde ein jugendlicher Träger des Aufnähers sogar von der Polizei auf offener Straße zusammengeschlagen.


DDR-Schriftsteller Stefan Heym am Grab von Robert Havemann.

Bei der vor zwei Wochen abgehaltenen Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen protestierten die Funktionäre der Kirche gegen das Verbot des Aufnähers, das sie als „Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit" verurteilten. Der auf der Konferenz anwesende Staatssekretär Gysi machte jedoch unmißverständlich deutlich, daß die SED-Führung nicht daran denkt, das Verbot wieder aufzuheben. Die Kampagne gegen „staatsfeindliche" Symbole ist inzwischen sogar ausgeweitet worden.

Vor einigen Wochen schon waren in der DDR tätige westdeutsche Journalisten gezwungen worden, Aufkleber mit der pazifistischen Losung „Frieden schaffen ohne Waffen" von ihren Autos zu entfernen. Gegenwärtig müssen diese Kleber sogar von Transitreisenden abgerissen werden, wenn sie die Erlaubnis zur Durchreise erhalten wollen. In diesen Zusammenhang paßt auch die Absage, die sich die Veranstalter des geplanten Friedensmarsches Kopenhagen-Wien holten. Im letzten Jahr hatten skandinavische Frauengruppen einen solchen Marsch von der dänischen Hauptstadt nach Paris durchgeführt, der übrigens auch von der DKP massiv propagandistisch unterstützt worden war.

In diesem Jahr sollte es nach Wien gehen — durch die DDR und die Tschechoslowakei. Der sogenannte Friedensrat in der DDR jedoch, eine vom Regime kontrollierte Organisation, mit der die Initiatoren des Marsches in Verbindung getreten waren, erklärte die Friedensdemonstration auf dem Gebiet der DDR für „nicht durchführbar". Die fadenscheinige Begründung: Die Vorbereitungszeit sei zu kurz, außerdem gebe es eine „höhere Priorität für andere Veranstaltungen".

Die DDR-Führer spielen sich zwar gerne als „Kampfgefährten" der westlichen Friedensbewegung auf (wie es der FDJ-Boß Egon Krenz kürzlich nannte), das, was die Initiatoren des Friedensmarsches bezweckten, nämlich einen „breiten und offenen Dialog über die Ost-West-Grenze hinweg" wollen sie mit aller Macht verhindern. Statt eines Dialogs zwischen Menschen aus Ost und West, der ja tatsächlich geeignet wäre, Feindbilder abzubauen und das Friedenspotential auf beiden Seiten zu stärken, betreiben sie eine immer hemmungslosere Militarisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Das kommt nicht nur in den neuen Wehrgesetzen zum Ausdruck (siehe RM 13/82), sondern beispielsweise auch in jetzt laufenden Propagandakampagnen der FDJ, die unter dem Motto stehen: „Frieden schaffen — gegen NATO-Waffen".

Die Verdrehung der bekannten pazifistischen Parole weist darauf hin, daß hier der Versuch unternommen wird, den Jugendlichen einzureden, nur die NATO würde den Frieden gefährden und Widerstand dagegen könne man am besten durch freudigen, aktiven Dienst in der Nationalen Volksarmee üben. Daß aber die FDJ es für nötig hielt, diese Kampagne zu beginnen und in dem Motto dafür auf die Losung „Frieden schaffen ohne Waffen" anzuspielen, zeigt deutlich, daß damit nicht zuletzt auf die Friedensbewegung in der DDR reagiert wird.

Und diese Bewegung ist ja längst über das Bekenntnis kirchlicher Gruppen zur Waffenlosigkeit hinausgewachsen. Das sichtbarste Beispiel dafür ist der von dem Ostberliner Jugendpfarrer Rainer Eppelmann initierte „Berliner Appell", in dem unter anderem der Abzug der Besatzertruppen aus beiden Teilen Deutschlands gefordert wird und auch politische Forderungen gegen die fortschreitende Militarisierung in der DDR erhoben werden, so beispielsweise nach der Einführung eines sozialen Friedensdienstes für Kriegsdienstverweigerer. Nach Angaben der britischen Labour-Politiker Coates und Meacher, die Eppelmann über Ostern besuchten, trägt der „Berliner Appell" inzwischen schon 2000 Unterschriften.

Das ist eine außerordentlich beachtliche Zahl, wenn man sich vor Augen führt, daß sich die Unterzeichner mit ihrer Unterschrift vielfältigen Repressalien des Regimes aussetzen. So hat es in den letzten Monaten eine ganze Welle von Hausdurchsuchungen und Festnahmen bei den Unterzeichnern gegeben. Eppelmann selbst wurde unmittelbar nach der Veröffentlichung des Aufrufs für zwei Tage festgenommen und vom Staatssicherheitsdienst pausenlos verhört. In der vorletzten Woche mußte Eppelmann erneut beim Stasi erscheinen und dort wurden ihm nun „strafrechtliche Konsequenzen" für den Fall angedroht, daß er seine Friedensaktivitäten fortsetzt. Auch hier werden also die Schrauben der Unterdrückung angezogen, wird der Versuch gemacht, die Aktivisten der Friedensbewegung mit Drohungen zum Schweigen zu bringen. Und daß solche Drohungen vom Regime durchaus ernst gemeint sind, davon zeugt nicht zuletzt das Schicksal der Genossen und Freunde der KPD in der DDR, die nun zum Teil schon seit anderthalb Jahren eingekerkert sind.

Wie sehr das DDR-Regime ein Ausbreiten der Friedensbewegung fürchtet, zeigte sich schließlich auch an den widerwärtigen Schikanen, von denen das Begräbnis des Antifaschisten Robert Havemann begleitet war. Havemann war in den letzten Monaten seines Lebens einer der entschiedensten Aktivisten der Friedensbewegung gewesen und hatte sich vor allem für den "Berliner Appell" eingesetzt (von dessen Unterzeichnung die DDR-Kirchenführer übrigens offiziell abgeraten haben). Nach seinem Tod wurde die Witwe Katja Havemann von der Polizei vorgeladen und in „äußerst scharfer Form" über die Umstände der Beerdigung befragt. Schon vorher war ihr klar gemacht worden, daß Todesanzeigen in den Zeitungen nur dann angenommen würden, wenn sie nicht den Ort der Beerdigung enthalten würden.

Mit solchen Schikanen wollten die SED-Bosse verhindern, daß die Trauerfeier für Robert Havemann zu einer Demonstration gegen das Regime würde. Konsequent hatte man dann am Tag des Begräbnisses auch alle Zufahrtsstraßen zu Havemanns Verbannungsort Grünheide gesperrt. Diejenigen Freunde des Toten, die die Sperren passieren konnten, wurden von der Polizei registriert. Dennoch versammelten sich am vergangenen Samstag etwa 500 Menschen am Grab von Robert Havemann, darunter auch viele Jugendliche, die unter den Augen der Stasi-Spitzel und der ständig laufenden Polizeikameras den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" trugen.

Neue Broschüre zu DDR-Genossen

Kommunistische Oppositionelle in der DDR verhaftet

Informationen und Dokumente

Das „Solidaritätskomitee für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR" hat eine 14seitige Broschüre herausgegeben, in der über die Verhaftungen und ihre Hintergründe informiert wird. Darüber hinaus enthält die Broschüre eine Reihe von Dokumenten, beispielsweise Briefe von amnesty international zu dem Fall und Materialien der KPD, Sektion DDR.

Die Broschüre wird zu einem Solidaritätspreis von 2 Mark abgegeben und kann über die Kontaktadresse des Komitees bezogen werden:
Horst-Dieter Koch,
Geßlerstr. 14
4600 Dortmund.

Truppenunterstützungsvertrag unterzeichnet

Sechs zusätzliche US-Divisionen für den Kriegsschauplatz Europa

BONN. — Bundesaußenminister Genscher und US-Botschafter Burns unterzeichneten am vergangenen Donnerstag das „Abkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise und Krieg" (WHNS). Dieses Abkommen sieht eine massive Aufstockung der US-Besatzertruppen im Krisen- oder Kriegsfall vor — von jetzt vier auf zehn Divisionen — und regelt die Unterstützung der neuen Einheiten durch die Bundeswehr.

Der jetzt unterzeichnete Vertrag wurde schon im Mai 1981 vom Bundessicherheitsrat abgesegnet, und er steht im Zusammenhang mit den allseitigen Bemühungen der amerikanischen Imperialisten, ihr militärisches Potential in Westeuropa — und dort vor allem in der Bundesrepublik — zu erhöhen. Den allgemeinen Rahmen dieser Bemühungen bildet das jetzt laufende NATO-Infrastrukturprogramm mit dessen Verwirklichung 1980 begonnen wurde und das 1984 abgeschlossen sein soll. Die drei wichtigsten Bestandteile dieses Programms sind:

- der Ausbau von Militärflughäfen für die Aufnahme der neuen Kampfflugzeuge vom Typ Tornado,
- die Vorbereitung für die Stationierung der atomaren Mittelstreckenwaffen Pershing II und Cruise missile (Ende März hatte mit Staatsminister Corterier zum ersten Mal ein Mitglied der Bundesregierung offiziell bestätigt, daß diese Vorbereitung jetzt schon beginnt),
- der jetzt unterzeichnete WHNS-Vertrag.

Geht es bei den neuen Mittelstreckenraketen für die amerikanischen Strategen im wesentlichen darum, die Voraussetzungen für einen gewinnbaren und auf Europa begrenzbaren Atomkrieg mit der sowjetischen Supermacht zu schaffen, so bedeutet WHNS die Möglichkeit, die Truppenstärke der hier stationierten US-Einheiten in kürzester Zeit auf mehr als das Doppelte zu erhöhen. Der WHNS-Vertrag sieht vor, daß das gesamte Kriegsmaterial der sechs zusätzlichen Divisionen schon in „Friedenszeiten" in Depots auf dem Territorium der Bundesrepublik gelagert werden soll.

Im „Ernstfall" müssen dann nur noch die amerikanischen Truppen über den Atlantik geschafft werden. Die Bundeswehr ist mit dem Vertrag zu weitreichenden Unterstützungsaufgaben für diese Truppen verpflichtet worden; sie soll den Nachschub, Truppen- und Verwundetentransporte, die Sicherung der Einrichtungen usw. übernehmen. Für solche Aufgaben werden jetzt schon 1 200 Soldaten und 600 Zivilangehörige der Bundeswehr abgestellt. Im Krisen- oder Kriegsfall sollen dann 93 000 zusätzlich einberufene Reservisten die Kampfkraft der amerikanischen Divisionen erhöhen.

Außenminister Genscher versuchte bei der Unterzeichnung des Abkommens in Bonn, den WHNS-Vertrag als Garantie für die Sicherheit unseres Landes zu verkaufen. Tatsächlich aber ist er alles andere als das. Er ist vielmehr ein weiterer Meilenstein bei den Kriegsvorbereitungen des von Washington kommandierten NATO-Blocks, indem er es den amerikanischen Imperialisten ermöglichen wird, mit einem massiven Truppeneinsatz auf einem Kriegsschauplatz Europa einzugreifen. Darüber hinaus gilt das Abkommen ja ausdrücklich auch schon für Krisenzeiten. Es gibt den amerikanischen Imperialisten also auch die Gelegenheit, schon auf politische Krisen (wie etwa der in Polen entstandenen) militärisch mit dem Aufmarsch ihrer Kriegsmaschine in der Bundesrepublik zu reagieren.

Eine Krise, die das Einfliegen der sechs zusätzlichen US-Divisionen in ihre vorbereiteten Standorte in der BRD nach sich ziehen würde, wäre aber sicher auch die nun schon seit Jahren als Katastrophe beschworene Gefährdung der amerikanischen Ölinteressen im Nahen Osten. In einem solchen Fall wäre dann die Bundesrepublik die Aufmarschbasis für den Krieg ums Öl, und die Bundeswehr wäre direkt an diesem Krieg beteiligt.

Solche Perspektiven haben mit Sicherheit wahrlich wenig zu tun. Sie zeigen vielmehr, daß die Bonner Regierung nicht nur in der Frage der Raketenstationierung bereit ist, unser Land den amerikanischen Kriegsstrategen auszuliefern. Gerade der jetzt unterzeichnete WHNS-Vertrag zeigt in aller Deutlichkeit, daß ein nur punktueller Kampf gegen diesen Bonner Kurs nicht ausreicht. Der Widerstand muß sich vielmehr grundsätzlich gegen die immer enger werdende Bindung der BRD an die amerikanische Supermacht richten — und das bedeutet, für eine Neutralisierung der Bundesrepublik zu kämpfen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt** 1, Kontaktadresse: Bernd Gölz, Sternstr. 15, Tel.: 0611 / 5971864

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) fordert:

Reform der Berufsausbildung!

Im folgenden drucken wir eine Passage ab aus dem Flugblatt der Kommunistischen Jugend (KJD) „Arbeit und Ausbildung für alle — unser Standpunkt zur Jugendarbeitslosigkeit". Der Auszug beschäftigt sich mit der Frage, welche Änderungen nötig sind, um die katastrophale Situation der Berufsausbildung zu überwinden.

• Nach wie vor haben die Unternehmer das Monopol über die Berufsausbildung. Das heißt, sie bestimmen, wieviel Ausbildungsplätze es gibt und wer eingestellt wird. — Damit ist die Berufsausbildung der einzige Bereich im Bildungssystem, der weiterhin in privater Hand ist.

• Die Großbetriebe gehen verstärkt dazu über, Ausbildungsplätze abzubauen, die Lehre in Stufen aufzuteilen und Kurzlehren einzuführen. Die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres ist für sie die Fortsetzung der Stufenausbildung in neuer Form.

Der Grund für diese Experimente: Mikroprozessoren, Computer und Roboter werden eingeführt. 45 Prozent aller Arbeitsplätze werden von dieser Entwicklung betroffen sein — sie werden vernichtet oder „verändert". Beschäftigen heute viele Großbetriebe noch bis zu 80 Prozent Facharbeiter, so werden es morgen nur noch 35 Prozent sein. — Dieser Entwicklung soll die Berufsausbildung angepaßt werden.

• Die Handwerksbetriebe versuchen sich in der Krise durch die vermehrte Einstellung von Lehrlingen zu retten. Jeder zweite Lehrling wird heute im Handwerk ausgebildet. Von 1963 bis 1980 stieg die Zahl der Ausbildungsplätze im Handwerk um 65 Prozent, während sie in der Industrie nur um 16 Prozent zunahm. Die Lehrlinge im Handwerk werden während der Lehre als billige Arbeitskraft ausgenutzt und sind danach arbeitslos. 1978 legten 23200 ihre Gesellenprüfung im Backhandwerk ab. Der tatsächliche Nachwuchsbedarf lag aber nur bei 6160!

Die Katastrophe der Berufsausbildung ist perfekt: Immer weniger Bildung, immer mehr Arbeitslose, monotone, stumpfsinnige Tätigkeiten, immer weniger Lohn. — Große Aktionen der Arbeiterjugend und der Gewerkschaftsjugend sind notwendig, um dieser Entwicklung ein Ende zu bereiten. Und unsere Forderung muß dabei heißen: Verstaatlichung der Berufsausbildung! Anders werden wir die Forderung nach einer qualifizierten Ausbildung für jeden nie durchsetzen können.

Nun löst die Verstaatlichung nicht alle Probleme. Nach wie vor gibt es Arbeitslosigkeit — die verschwindet nicht im Kapitalismus, wir müssen schon das System ändern. Und wir wissen, was wir von diesem Staat zu halten haben. Der Staat sind nicht wir, er ist nicht neutral, sondern Instrument der Kapitalisten. Dennoch, wir hätten bei einer verstaatlichten Berufsausbildung bessere Karten, die Unternehmer schlechtere. Nehmt als Beispiel die Schulen: Jeder kann sich ausmalen, wie heute der Unterricht aussehen würde, wenn die Schulen in der Hand der Unternehmer, der Kirchen usw. wären. — Eine verstaatlichte Berufsausbildung kann jedem einen Ausbildungsplatz und eine vernünftige, qualifizierte Ausbildung garantieren. Schluß ist dann mit Berufen ohne Zukunftaussichten, Schluß mit einer *Leer*zeit!

— Verstaatlichung der Berufsausbildung!
— Keine Verkürzung der Ausbildungszeit!
Für eine dreijährige, qualifizierte und umfassende Berufsausbildung!

Lehrstellenmangel 1982

Verheerende Perspektiven!

BONN. — Wie Bundesbildungsminister Engholm vor kurzem bekanntgab, sind im Februar rund 11 Prozent weniger Lehrstellen gemeldet worden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das heißt, daß sich der ohnedies bereits alarmierende Lehrstellenmangel in wachsendem Tempo verschlimmert.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich der Lehrstellenmangel drastisch zugespitzt. Am 21. Dezember 1981 war ein Rückgang der Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge gegenüber dem gleichen Datum des Vorjahres um 9,7 Prozent registriert worden. Schon damals hatte Bundesminister Björn Engholm die Situation als „besonders erschreckend" und „bedrohlich" bezeichnet.

Der jetzt festzustellende Rückgang an gemeldeten offenen Lehrstellen um 11 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zeigt, daß eine Verbesserung der Situation nicht in Aussicht steht, sondern daß sich im Gegenteil die Lage noch mehr verschärft.

Dies gilt um so mehr, als nicht nur das Lehrstellenangebot stark zurückgeht, sondern zu gleicher Zeit auch wegen der geburtenstarken Jahrgänge ein kräftiger Anstieg der Zahl der Bewerber festzustellen ist. Dies bewog den Staatssekretär im Bundesbildungsministerium Hermann Granzow dazu, die Lage auf dem Lehrstellenmarkt als „dramatisch" zu charakterisieren.

Auch Engholm mußte zugeben, daß sich eine weitere Verschärfung der Lage ergeben hat. In einem Interview mit der in Dortmund erscheinenden Tageszeitung „Westfälische Rundschau" schlug der Bonner Minister die Alarmtrommel. Er äußerte die Befürchtung, daß am Ende dieses Jahres von den Schulabgängern, die sich um eine Lehrstelle bewerben, 40-50000 mit leeren Händen dastehen werden.

Engholm lehnte jedoch in dem Interview trotz allem jede Art von staatlichen Zwangsmaßnahmen gegen die Unternehmer und von wirkungsvollen Eingriffen des Staates in die Berufsausbildung grundsätzlich ab. Er verlasse sich darauf, daß öffentliche Appelle an die Unternehmer diese dazu bewegen werden, zusätzliche Lehrstelle anzubieten, erklärte der Minister als Begründung für diese Haltung.

Genau diese verantwortungslose Haltung nimmt die Bundesregierung nun schon seit Jahren ein, obwohl die Tatsachen überdeutlich beweisen, daß die Unternehmer sich einen feuchten Dreck um öffentliche Appelle scheren.

So verzichtete die Bundesregierung sogar darauf, die früher gegebene Möglichkeit der Erhebung einer Berufsbildungsabgabe von den Unternehmern im Falle eines Lehrstellendefizits im Rahmen des neuen Berufsbildungsförderungsgesetzes erneut einzuführen. Das neue Berufsbildungsförderungsgesetz ist seit Beginn dieses Jahres in Kraft getreten.

Den Verzicht sogar noch auf dieses ohnedies schon unzureichende Druckmittel gegenüber den Unternehmern hatte die Bundesregierung mit der haarsträubenden Behauptung begründet, eine „hohe Ausbildungsbereitschaft" der Unternehmer sei unzweifelhaft vorhanden.

Christian Götz, für Jugendfragen zuständiges Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV, setzt sich in einem kürzlich erschienenen Beitrag in der HBV-Mitgliederzeitung „Ausblick" für eine **„gesetzlich verankerte Ausbildungspflicht"** der Unternehmer ein. Götz betonte in seinem Beitrag, daß *„Fragen der Bildung und Ausbildung nicht der privaten Verfügungsgewalt der Unternehmer überlassen bleiben"* dürften.

Forderungen, die in die gleiche Richtung gehen, jedoch noch erheblich weiterführend und konsequenter sind, stellt die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) in einem kürzlich erschienen Flugblatt auf, das den Titel trägt „Arbeit und Ausbildung für alle — unser Standpunkt zur Jugendarbeitslosigkeit".

Die KJD spricht sich darin für eine umfassende Reform der gesamten Berufsausbildung aus, wobei als Kernpunkt die Verstaatlichung der Berufsausbildung gefordert wird. Untenstehend haben wir die entsprechende Passage aus dem KJD-Flugblatt abgedruckt.

Arbeitslosigkeit

„Der Weg nach unten geht weiter!"

NÜRNBERG. — Die Frühjahrsbelebung „überdeckt die anhaltende konjunkturelle Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt". Zu dieser Einschätzung sah sich die Bundesanstalt für Arbeit gezwungen, als sie ihren Bericht über die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Monat März vorlegte.

Ende März belief sich die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik und Westberlin auf 7,6 Prozent. Das ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Februar, wo sie noch 8,1 Prozent betragen hatte. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik und in Westberlin ging gegenüber dem Februar um 123000 zurück und beträgt jetzt 1811400.

Das wirkliche Ausmaß der Misere wird schlagartig deutlich, wenn man den Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres anstellt. Der bisherige Durchschnitt der Arbeitslosigkeit 1982 (von Januar bis März) beträgt 1,88 Millionen und ist um etwa die Hälfte größer als noch vor einem Jahr! Ende März 1981 betrug die Arbeitslosenquote 5,2 Prozent während sie Ende März '82 bei 7,6 Prozent lag.

Wohin die Reise geht, zeigt sich daran, daß die diesjährige Frühjahrsbelebung außerordentlich matt ist. Die Bundesanstalt für Arbeit bezeichnete sie als „recht gering". Sichtbar wird der Trend, wenn man sich die saisonbereinigten Zahlen vornimmt, die die Bewegung der Arbeitslosenzahl unter Ausgrenzung der jahreszeitlichen Einflüsse registrieren: Da ergibt sich kein Rückgang, sondern ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl im März um 51000 gegenüber dem Februar.

Josef Stingl, der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt, mußte diese alarmierende Entwicklung eingestehen: *„Wir können keineswegs davon ausgehen, daß wir die Talsohle herausgehen"*. Und Stingl fügte hinzu: *„Nach den Indikatoren des Arbeitsmarktes ist der Weg nach unten noch nicht abgebrochen"*.

Wann werden unsere Gewerkschaften wach?

Der Weg nach unten geht weiter. Dies sagte Josef Stingl, der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Bekanntlich ist Stingl kein Mann, der dazu neigt, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu dramatisieren. Im Gegenteil.

Es muß doch endlich einmal etwas Ernsthaftes passieren. Es muß sich endlich etwas ändern. Wenn jetzt nicht langsam ein echter Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in gang kommt, dann werden wir in wenigen Jahren nicht mehr zwei, sondern vier oder gar fünf Millionen Arbeitslose haben!

Aber wer kann dafür sorgen, daß sich etwas ändert? Und wie?

Die meisten DGB-Führer wollen uns weismachen, da müßten alle gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam an einem Strang ziehen; die Belegschaften gemeinsam mit den Unternehmern, die Gewerkschaft in trauter Eintracht mit den Unternehmerverbänden der Regierung. DGB-Chef Vetter zum Beispiel spricht von einer „großen Gemeinschaftsinitiative".

Aber die Tatsachen zeigen, daß uns dieses Konzept nur in die Sackgasse führt. Die Regierung hat bisher nichts gegen die Arbeitslosigkeit getan. Sie hat den Unternehmern vielmehr bei der Arbeitsplatzvernichtung geholfen. Und die selbst vernichtet ebenfalls ständig Arbeitsplätze, insofern auch sie „Arbeitgeber" ist.

Die Unternehmer denken erst recht im Traum nicht daran, gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen. Da müßten sie ja gegen sich selbst vorgehen. Sie müßten ihre Profitinteressen hintenanstellen. Eher geht aber ein Kamel durch ein Nadelöhr!

Nur wir selbst, die Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten, das arbeitende Volk, haben ein echtes Interesse am Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Denn dieser Kampf ist ein Kampf, der sich gegen die kapitalistischen Verhältnisse richtet, gegen die Interessen der Unternehmer, gegen ihr Gewinnstreben und nicht zuletzt auch gegen den Bonner Aufrüstungskurs, gegen die Rotstiftpolitik im sozialen Bereich.

Gegen die Arbeitslosigkeit anzugehen, das heißt zum Beispiel, Widerstand gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer leisten. Das heißt, gegen die Stillegungen von Produktionsstätten angehen, auch wenn sie im Rahmen der kapitalistischen Profitkalkulation als nicht mehr rentabel gelten. Das heißt, dagegen angehen, daß der Staat im öffentlichen Dienst immer mehr Stellen streicht, damit er immer mehr Geld in die Rüstung stecken kann.

Mit einem Wort: Gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen, heißt zu allererst, daß die noch bestehenden Arbeitsplätze kompromißlos verteidigt werden! Wer dazu nicht bereit ist, gleichzeitig jedoch große Töne vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schwingt, der spielt ein falsches Spiel!

Gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen, heißt aber auch, echte, einschneidende Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen. Die vorhandene Arbeit kann dadurch auf eine größere Zahl von Beschäftigten verteilt werden. Selbstverständlich kann das nur bei vollem Lohnausgleich geschehen. Das Wichtigste hierbei ist ohne Zweifel die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Wer jetzt noch immer nicht ernst machen will mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, der meint es auch nicht ernst mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die angesprochenen Punkte machen sicherlich nicht alles aus, was not tut, will man einen wirkungsvollen gewerkschaftlichen Kampf gegen das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit führen. Sie beinhalten aber das, was heute am meisten vordringlich ist.

Eines ist natürlich auch klar: Um die Arbeitslosigkeit nicht bloß einzudämmen, um nicht bloß zu verhindern, daß sie katastrophale Formen und Ausmaße annimmt, reicht selbst der konsequenteste Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung und reichen auch die weitgehendsten sozialpolitischen Reformen noch nicht aus.

Dazu ist es nötig, die Ursache des Übels zu beseitigen: das kapitalistische Ausbeutersystem. Ohne den Sturz des Kapitalismus, ohne die revolutionäre Umwälzung der bürgerlichen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse läßt sich die Forderung „Arbeit für alle" letzten Endes nicht einlösen.

Aber auch die Eindämmung der Arbeitslosigkeit innerhalb des Kapitalismus läßt sich keineswegs auf sozialpartnerschaftlichem Weg bewerkstelligen. Solange die Arbeiterschaft noch auf irgendwelche freiwilligen Maßnahmen der Unternehmer und der heutigen Regierung gegen die Arbeitslosigkeit hofft, wird sie stets wieder verraten und verkauft werden (das gilt natürlich erst recht im Falle einer CDU/CSU-Regierung).

Nur im Kampf **gegen** die Unternehmer und **gegen** die Regierung können entsprechende Schritte und Maßnahmen erreicht (bzw. verhindert) werden. Eben weil die Arbeitslosigkeit auf dem Boden der Unternehmerinteressen wuchert, weil sie aus dem Prinzip der Profitmaximierung entsteht.

Wann wachen unsere Gewerkschaften endlich auf? Wann gehen sie endlich dazu über, sich nicht nur in großen Worten, sondern auch in konsequenten Taten mit aller Macht dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit entgegenzustemmen?

Das ist nur in dem Maße zu erwarten, in dem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begriffen und geführt wird als Klassenkampf gegen die Kapitalisten und den kapitalistischen Staat. Und eben weil die rechten Gewerkschaftsführer vom Klassenkampf absolut nichts wissen wollen, beschränken sie sich auf große Sprüche, während sie sich gleichzeitig bemühen, jeden konsequenten Kampfschritt abzuwürgen.



Die Belegschaft von Ideal Standard kämpft entschlossen gegen die Anrechnung der 4,2prozentigen Lohnerhöhung auf die übertariflichen Lohnbestandteile. Über mehrere Schichten hinweg legten die Arbeiter durch Streik die Produktion völlig lahm. Die Parole auf dem Transparent ist in türkischer Sprache abgefaßt. Sie lautet zu deutsch: „Wir werden so lange kämpfen, bis wir die 4,2 Prozent durchgesetzt haben!"

Unternehmer will Belegschaft um Lohnerhöhung prellen

Streik bei Ideal Standard

NEUSS. — In den letzten Wochen legte die Belegschaft der Ideal Standard GmbH in Neuss wiederholt die Arbeit nieder. An drei Tagen wurde über die gesamte Schicht hinweg gestreikt. Die Kollegen kämpfen gegen die Anrechnung der 4,3-Prozent-Lohnerhöhung auf die übertariflichen Zulagen.

Ideal-Standard in Neuss bei Düsseldorf ist der größte Hersteller von Klosetts und Waschtischen in der Bundesrepublik. Die Belegschaft im Neusser Zweigwerk umfaßt 577 Beschäftigte. Die Arbeiter sind zu 91 Prozent in der IG Metall organisiert; die Angestellten zu 53 Prozent. Ca. 300 Kollegen sind Ausländer, hauptsächlich aus der Türkei, aber auch Arbeiter aus Jugoslawien und Portugal sind hier beschäftigt.

Am 24. März gab der Betriebsratsvorsitzende Hermann Brand auf der Belegschaftsversammlung bekannt, die Geschäftsführung habe mitgeteilt, sie wolle die von der IG Metall ausgehandelte Lohnerhöhung von 4,2 Prozent nicht an die Belegschaft weitergeben, sondern auf die übertariflichen Lohnbestandteile anrechnen.

Als Grund gaben die Bosse an, daß man 800 000 Mark „einsparen" wolle, um dadurch die technische Umstellung des Betriebes von manueller auf halbautomatische Arbeit zu finanzieren! Zugleich gaben sie bekannt, daß im Neusser Werk 40 bis 60 Kollegen gekündigt werden sollen (im Wittener Zweigwerk sollen außerdem 100 und im Bonner Zweigwerk 20 Kollegen entlassen werden).

Die Belegschaft erkannte sofort, daß sie einen derart brutalen Übergriff auf keinen Fall kampflos hinnehmen kann. Am 2., 5. und 6. April trat sie für jeweils acht Stunden in den Streik. Nur die Angestellten beteiligten sich nicht an dem Kampf. Auf einem Transparent erklärten die Streikenden in türkischer Sprache: **„Wir werden solange kämpfen, bis wir die 4,2 Prozent durchgesetzt haben".**

Der Betriebsrat legte dann einen Kompromißvorschlag auf den Tisch, der allerdings in der Belegschaft keineswegs ungeteilte Zustimmung fand. Er beinhaltet, daß von Februar bis November 1982 eine 2,2prozentige Lohnerhöhung bezahlt wird, ab Dezember dann 4,2 Prozent. Das Weihnachts- und Urlaubsgeld soll jedoch so berechnet werden, als wenn 4,2 Prozent von Februar an gezahlt worden wären.

Bei einer Abstimmung soll sich (nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden) die Mehrheit der Belegschaft für diesen Kompromiß ausgesprochen haben.

Die Ideal-Standard-Bosse jedoch lehnten selbst diesen Kompromißvorschlag ab. Deshalb steht für die Kollegen nun wieder die volle Durchsetzung der 4,2 Prozent auf dem Programm, so wie sie es auf dem obenzitierten Spruchband formuliert hatten.

Bis Redaktionsschluß lag uns noch keine Information darüber vor, ob und wie der Kampf in dieser Woche weitergegangen ist.

Bis zum letzten Wochenende hatten die Arbeiter insgesamt 35 Stunden lang gestreikt. Dem entspricht ein Lohnverlust von ca. 500 Mark.

Die zuständigen Stellen der IG Metall haben bisher eine eindeutige Unterstützung dieses so notwendigen und in gewisser Weise sicherlich auch exemplarischen Kampfes (die Anrechnungsversuche häufen sich) vermissen lassen. Das ist eine Schweinerei!

Aus unseren Betriebszeitungen

„Roter Stapler", Betriebszeitung für die Belegschaft der Gabelstaplerwerke Still in Hamburg

Dieser Betriebsrat ist untragbar!



DIESER BETRIEBSRAT IST UNTRAGBAR!

Unter großem Beifall wurde auf der letzten Betriebsversammlung der Rücktritt des Betriebsrats gefordert, damit Neuwahlen stattfinden können. Dies ist der vorläufige Höhepunkt von Mißtrauensbekundungen, vor allem an die Adresse der Betriebsratsspitze. Es zeigt: Ein großer Teil der Belegschaft hat die Schnauze voll von diesen Leuten.

In diesem einen Jahr seiner Tätigkeit hat der Betriebsrat in seiner Mehrheit alle wesentlichen Angriffe der Geschäftsführung auf die Belegschaft kampflos hingenommen:

- Arbeitsplatzvernichtung und Vertreibung von älteren und kranken Kolleginnen und Kollegen.
- Durchführung der GWA (McKinsey) mit allen negativen Folgen für die Kollegen und ihre Arbeitsplätze.
- Überstunden, Fremdarbeit trotz Kurzarbeit.
- Einführung von Paisy (Personal-Abrechnungs- und Informations-System) in Salamitaktik (totale Kontrolle und Überwachung möglich).

Ohne, daß Entscheidendes passiert wäre, stehen jetzt auch die Einführung eines neuen Lohnsystems und von MTM („Mach-Tausend-Mehr") auf dem Programm. Ebenfalls im Juni die Betriebskrankenkasse!

In allen diesen Fällen wurde nur schwach und viel zu spät reagiert, trotz Warnungen und Kritiken aus Belegschaft und Vertrauenskörper. Oft wurde den Maßnahmen sogar direkt zugestimmt!

Bestimmte Betriebsräte, wie der Vorsitzende H. Drost und seine engsten Mitläufer, halten diese Art von „Interessens-Zertretung" sogar für völlig in Ordnung. Nur ein Beispiel: Die Informationen zum neuen Lohnsystem wurden von ihm über 1/4 Jahr zurückgehalten, um eine Meinungsbildung in Vertrauenskörper und Belegschaft zu verhindern.

Nach vielen erfolglosen Kritiken des Vertrauenskörpers an der Arbeitsweise und Haltung der Betriebsratsmehrheit zu wichtigen betrieblichen Problemen wurde der Betriebsrat aufgefordert, erst die Belegschaft über den Vertrauenskörper zu informieren und ihre Meinung abzuwarten.

Dies wurde von Drost abgelehnt mit den Worten: „Nur über meine Leiche"!

Mit anderen Worten: Ihm und seinesgleichen ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung wichtiger, als mit den Vertrauensleuten und der Belegschaft.

Wogen der Empörung über Angriffe der Geschäftsleitung glätten, Aktionen von Kollegen im Sande verlaufen lassen, Friedhofsruhe wahren — das ist die Linie von Drost und seinen Mitläufern.

Daher unser Vorschlag:

Den großen Linde-Orden für Hein Drost!

Doch für die meisten ist klar: Diese Sozialpartner-Politik muß schnellstens gestoppt werden. Denn sie lähmt die Belegschaft und treibt sie in die Resignation! Einziger Nutznießer davon ist die Geschäftsleitung, die so letztlich ihre Pläne ohne ernsthaften Widerstand durchziehen könnte.

Im übrigen handelt es sich keineswegs um ein Problem zwischen Betriebsräten von Berzeliusstr. und Jarrestr. Vielmehr haben sich seit der letzten Wahl Betriebsräte beider Bereiche auf dieser Sozialpartnerschaftslinie zu einer Mehrheit zusammengefunden.

In der vergangenen Woche hat der Betriebsrat sich mehrheitlich gegen seinen Rücktritt ausgesprochen, ohne überhaupt ernsthaft über die Gründe für diese Forderung nachzudenken. Das zeigt, welche Arroganz in der Mehrheit dieser Leute steckt.

Sofortiger Rücktritt und Neuwahl!

Belegschaft und besonders der Vertrauenskörper sind deshalb aufgerufen, ihren Druck durch Proteste und Unterschriftensammlungen noch weiter zu verstärken!

Kollegen beim Arbeitsamt zur neuen Zumutbarkeitsregelung

„Nicht mit uns"

„Sollen wir's ausbaden?" — so fragte auf einem Flugblatt die ÖTV-Betriebsgruppe beim Stuttgarter Arbeitsamt herausfordernd. Es geht um die neue Zumutbarkeitsregelung. Und die ÖTV-Betriebsgruppe gibt eine klare Antwort auf ihre eingangs selbst gestellte Frage: „Nicht mit uns: Wir weigern uns, die neue Verordnung anzuwenden!!!" Im folgenden der ganze Text des Flublattes der ÖTV-Betriebsgruppe Arbeitsamt Stuttgart:

„Sollen wir's ausbaden?

Unzumutbar, die neue ‚Zumutbarkeitsregelung'!

Jeder weiß, daß sie keine neuen Arbeitsplätze schafft, sondern nur Berufsqualifikation entwertet.

Wie können wir noch guten Gewissens Berufsberatung betreiben, wenn wir wissen, daß man nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit zum Hilfsarbeiter wird mit ganz erheblichen finanziellen Einbußen?

Eine solche Entwicklung muß den Betroffenen aggressiv und für allerlei Schwierigkeiten (z. B. Familie, Alkohol usw.) anfällig machen. Dann dauert es nicht mehr lange, bis die Polizei unser alltäglicher ‚Freund und Helfer' im Amt ist!

Und das alles für real 3 Prozent weniger Gehalt (als letztes Angebot der Arbeitgeber).

Nicht mit uns: Wir weigern uns, die neue Verordnung anzuwenden! Besucht den Personalrat, um Euch zu informieren!"



Unzumutbar, die neue "Zumutbarkeitsregelung"!
Jeder weiß, daß sie keine neuen Arbeitsplätze schafft, sondern nur Berufsqualifikation entwertet.
Wie können wir noch guten Gewissens Berufsberatung betreiben, wenn wir wissen, daß man nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit zum Hilfsarbeiter wird mit ganz erheblichen finanziellen Einbußen?
Eine solche Entwicklung muß den Betroffenen aggressiv und für allerlei Schwierigkeiten (z.B. Familie, Alkohol u.s.w.) anfällig machen. Dann dauert es nicht mehr lange, bis die Polizei unser alltäglicher "Freund und Helfer" im Amt ist!

Köche, Kellner und Zimmermädchen in Aktion

Gaststättenpersonal streikte in Nobel-Hotels

FRANKFURT. — Das hat es in der hessischen Gastronomie noch nie gegeben: In den Frankfurter Nobel-Hotels streikte und demonstrierte das Gaststättenpersonal. Der Protest richtete sich gegen die empörende Haltung der Hotel- und Gaststättenbesitzer in der Tarifrunde.

Nun haben sie also nicht einmal mehr an solchen Orten ihre Ruhe — die Damen und Herren der oberen Zehntausend. „2,3 Prozent mehr Lohn — das ist ein Hohn!", schallte es megaphonverstärkt am Donnerstag Nachmittag (15. April) in die Vorhallen vom Frankfurter Intercontinental und Parkhotel, Savoy und Frankfurter Hof.

Die vornehmen Hotelgäste warteten vergeblich darauf, daß ihnen die gewohnten „Erfrischungen" serviert würden. Stattdessen wurden ihre verwöhnten Trommelfälle mit unfein klingenden Fragen traktiert, etwa der, ob sie es sich denn überhaupt vorstellen könnten, daß man mit einem Nettolohn von 1 000 Mark leben muß, wie zum Beispiel das Zimmermädchen, das ihnen ihre Edel-Suite in Ordnung hält.

Ca. 150 Köche und Kellner, Zimmermädchen, Kofferträger usw. kochten, kellnerten und schleppten an diesem Nachmittag zwischen 15.00 und 17.00 Uhr für die gnädigen Herrschaften nichts, sondern kümmerten sich stattdessen einmal um ihre eigenen Interessen. Mit einem Warnstreik und einem Protestmarsch, der von Nobel-Hotel zu Nobel-Hotel führte, machten sie ihrer Wut über die unverschämte Haltung ihrer Chefs in der Lohnrunde Luft.

Die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) und den hessischen Hotel- und Gaststättenbesitzern scheiterten vor Monaten schon an der harten Haltung der Wirte. Bereits seit dem 31. Dezember herrscht tarifloser Zustand. Die provokatorische Linie der Gastronomie-Kapitalisten geht sogar soweit, daß sie ein von der NGG-Führung angebotenes freiwilliges Schlichtungsverfahren ablehnten.

Mit einem 2,3-Prozent-Angebot, das von den Kollegen völlig zu Recht als Hohn aufgefaßt wird, weigern die Bosse sich nach wie vor, auch nur andeutungsweise auf die Forderung der Gewerkschaft einzugehen. Dabei hat die NGG ohnedies nur eine Lohnforderung von 7 Prozent aufgestellt.

NGG-Landesbezirksvorsitzender Werner Jordan nannte auf einer Pressekonferenz am Donnerstag Morgen einige Zahlen, die zeigen, wie rücksichtslos die Beschäftigten in diesem Gewerbe ausgenutzt werden.

So muß sich etwa die Kollegin, die am Empfang eines hessischen Hotels tätig ist, mit einem Tarifgehalt von 1415 Mark brutto begnügen. Ein Koch erhält laut Tarifvertrag im ersten Jahr brutto lächerliche 1 350 Mark. Selbst der 1. Oberkellner hat einen Tariflohn von nur gut 2 000 Mark brutto.

Nun liegen die Effektivverdienste sicherlich über diesen lächerlichen Tarifsätzen. Aber gerade das ist natürlich ein Trumpf für die Wirte, können sie doch dadurch „nach Nase" bezahlen, was für die Beschäftigten zusätzliche Abhängigkeiten bedeutet.

Im übrigen aber wird die Schere zwischen Tarif- und Effektivlöhnen jetzt für die Gewerkschaft, wo auch in diesem Gewerbe die Arbeitslosigkeit immer stärker auf die Beschäftigten drückt, zur ausgesprochenen Achillesferse: Übertarifliche Zulagen können jederzeit gestrichen werden! Durch die neue Zumutbarkeitsregelung wird es den Wirten zudem sehr leicht gemacht, die Konkurrenz um die Arbeitsplätze auszunutzen, um die Löhne bzw. Gehälter zu drücken.

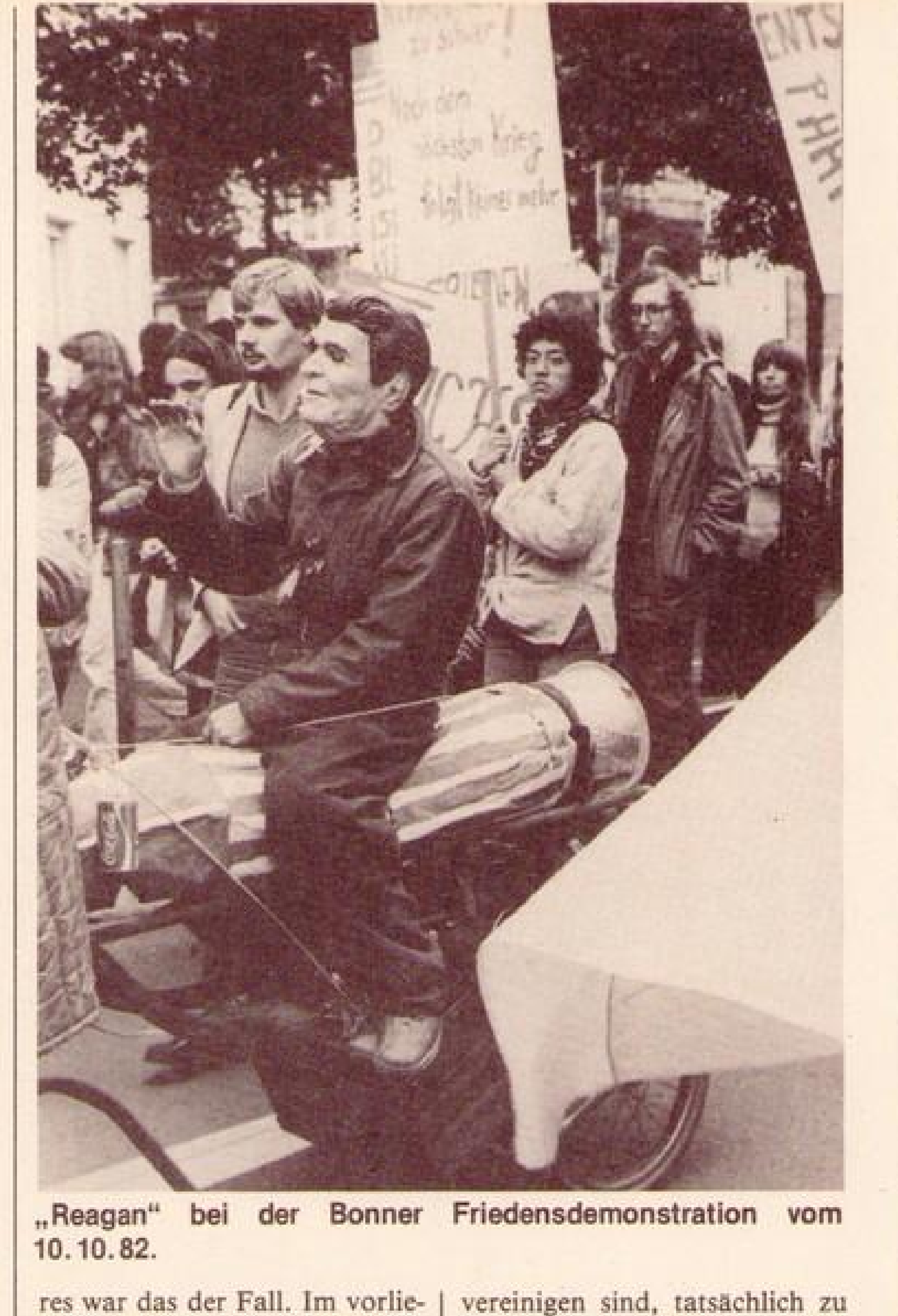
Die Protestaktion der NGG in Frankfurt war ein wichtiger Schritt vorwärts. Die Kollegen in Hotel- und Gaststättengewerbe konnten ja bisher kaum gewerkschaftliche Kampferfahrung sammeln. Dies muß sich gründlich ändern. Die sich drastisch verschlechternde Lage der Beschäftigten in dieser Branche verlangt, daß die Gewerkschaftsarbeit verstärkt und auf die Mobilisierung der Kollegen ausgerichtet wird.

Nur 10 bis 15 Prozent der Kollegen im Hotel- und Gaststättengewerbe sind bislang organisiert. In Frankfurt gibt es 1 000 NGG-Mitglieder aus dieser Branche. 150 von ihnen haben jetzt „zum ersten Mal die Zähne gezeigt" (NGG-Geschäftsführer Bertram). Das ist ein Erfolg! Es hat sich klar gezeigt: Wenn die Gewerkschaft die Initiative ergreift, sind wirkungsvolle Aktionen durchaus möglich.

Die Demonstration am 10. Juni muß sich gegen den Kriegskurs der USA und seine Unterstützung durch die Bundesregierung richten!

Offener Brief an das Koordinationsbüro „Friedensdemonstration 10. 6. 82 in Bonn“

Wie schon im letzten RM mitgeteilt, wird die KPD mit allen Kräften für die Anti-Reagan-Demonstration am 10. Juni in Bonn mobilisieren, nicht aber den „offiziellen“ Aufruf unterzeichnen. Das Koordinationsbüro für die Demonstration hat inzwischen die auf dem Aktionstreffen vom 4. April beschlossene überarbeitete Fassung des Aufrufs verschickt, die jedoch keine positive Veränderung der ursprünglichen Fassung beinhaltet. Im folgenden drucken wir einen offenen Brief des Politbüros der KPD ab, in dem dargelegt wird, warum unsere Partei den Aufruf nicht unterschreibt.



„Reagan“ bei der Bonner Friedensdemonstration vom 10.10.82.

An Peter Grohmann, Jo Leinen, Klaus Mannhardt, Eva Quistorp, Werner Rätz

Liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank für Euer Schreiben vom 14.4.82. Wir haben die überarbeitete Fassung des „Aufrufs zur internationalen Demonstration anläßlich des NATO-Gipfels am 10. Juni in Bonn“ diskutiert und haben uns dafür entschieden, diesen Aufruf nicht zu unterzeichnen, sondern mit anderen politischen Inhalten zu dieser Demonstration aufzurufen. Wir möchten Euch und anderen, die in der Friedensbewegung engagiert sind, im folgenden die Grundzüge unserer Kritik an dem Aufruf kurz darlegen, da wir meinen, daß die Auseinandersetzung um den Aufruf für die Demonstration am 10. Juni über den Tag hinaus von Bedeutung ist und grundsätzliche Fragen der weiteren Orientierung der Friedensbewegung beinhaltet.

1. Der Aufruf enthält keine klare Kampfansage an den Kriegskurs der US-Regierung

Nach dem Willen der Verfasser des Aufrufs hat die Demonstration am 10.6. in Bonn offenbar überhaupt nichts damit zu tun, daß der amerikanische Präsident Ronald Reagan am 9. und 10. Juni in der Bundesrepublik kommt; denn diese Tatsache wird mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt. Was soll denn das? Als im letzten Jahr US-Außenminister Haig nach Berlin kam, gingen dort 80000 auf die Straße, um klarzustellen, wie unerwünscht dieser Repräsentant des Kriegskurses der US-Regierung bei der Berliner Bevölkerung war. Und jetzt, wenn der amerikanische Präsident selbst kommt, der Mann, der für Millionen für die amerikanische Kriegspolitik steht, dann soll die Friedensbewegung das überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen?

Ronald Reagan ist ein Erzreaktionär und ein Kriegstreiber. Er ist Präsident der USA geworden, weil das amerikanische Finanzkapital in ihm den Mann sah, der am besten geeignet ist, seine reaktionären und aggressiven Ziele in die Tat umzusetzen. Ronald Reagan ist nicht nur eine Person, sondern ein politisches Programm. Wer nicht bereit ist, gegen den US-Präsidenten Ronald Reagan Front zu machen, der wird auch nicht konsequent gegen den amerikanischen Kriegskurs kämpfen. Das zeigt der vorliegende Aufruf sehr deutlich. Acht Forderungen enthält der Aufruf. **Keine einzige** dieser acht Forderungen ist direkt an — oder besser: **gegen** — die US-Regierung gerichtet.

Denn eine Forderung gibt es, die sich **an** die USA richtet. Es ist die Aufforderung an die USA, in Genf „ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Null-Lösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen erreicht wird“. Das ist alles, was unter dem Strich vom „Kampf“ gegen den Kriegskurs der USA übrigbleibt! Keine Forderung an die Adresse der USA, die den Völkermord in El Salvador anprangert, keine Forderung gegen die US-Eingreiftruppe usw., nichts — auch im Text nicht — darüber, wie die Friedensbewegung in der Bundesrepublik konkret der Kampf gegen den Kriegskurs der USA führen kann. Daß in der Bundesrepublik mehr als 200000 amerikanische Soldaten stehen, daß hier Unmengen von atomaren, chemischen Massenvernichtungswaffen lagern, daß die Bundesrepublik schon heute als militärisches Operationsfeld für ihre Aggressionen gegen andere Völker und Staaten benutzt wird, wird von den Verfassern des Aufrufes genau so wenig zur Kenntnis genommen, wie die Tatsache, daß der amerikanische Kriegstreiber Nr. 1, Ronald Reagan, in die Bundesrepublik kommt.

Daß der Aufruf die unbedingt notwendige klare Kampfansage an den Kriegskurs der USA vermissen läßt, ist ein Grund, warum wir ihn nicht unterzeichnen.



Demonstration gegen US-Außenminister Haig in Westberlin.

2. Keine klare Absage an die Bündnispolitik der Bundesregierung

Bundeskanzler Schmidt hat den US-Präsidenten Reagan (und die Vertreter der anderen NATO-Staaten) nicht aus persönlicher Freundschaft nach Bonn gebeten, sondern um angesichts der wachsenden Friedensbewegung und der auch in den Reihen der SPD zunehmenden Kritik an der sogenannten „Sicherheitspolitik“ der Regierung ein Signal für die „Bündnistreue“ der Bundesrepublik zu setzen. Dazu muß die Friedensbewegung Stellung nehmen. Sie darf ihre Haltung zur Frage der Bündnistreue nicht offen lassen. Nach Ansicht unserer Partei gibt es nur eine Möglichkeit, dem Kriegskurs der USA konsequent entgegenzutreten und der wachsenden Kriegsgefahr wirksam zu begegnen. Das ist der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO.

Wir haben Verständnis dafür, daß es nicht möglich ist, diese klare Forderung in einem Bündnis, das die vielfältigsten politischen Richtungen umfaßt, für alle verbindlich zu machen. Aber wir verstehen es nicht mehr, wenn die Verfasser des Aufrufes vor **jeglicher** Kritik an der Bündnistreue der Bundesregierung zurückscheuen, wenn sie weder klarstellen, daß die bundesdeutsche Bündnistreue keine „Sicherheitspolitik“ für die Bevölkerung ist, sondern Unterstützung des amerikanischen Kriegskurses, noch verlangen, daß die Bundesregierung zumindest an bestimmten Punkten diese Bündnistreue aufgibt. Zum Beispiel beim sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO.

Denn was beispielsweise den NATO-Nachrüstungsbeschluß betrifft, wendet sich der Aufruf nicht konkret an die Bundesregierung mit der Forderung „Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß“, sondern fordert pauschal von allen NATO-Mitgliedstaaten, ihre Zustimmung zu diesem Beschluß zurückzuziehen. Natürlich wäre es gut, wenn alle ihre Zustimmung zurückzögen. Aber wir, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, können nur erfolgreich gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß kämpfen, wenn wir von der **Bundesregierung** verlangen, daß sie ihre Zustimmung zu diesem Beschluß und — konkret — zur Stationierung der Atomraketen bei uns zurücknimmt. Und zwar unabhängig von dem, was die anderen NATO-Staaten, vor allem die USA, für richtig halten. Alles andere heißt, dem Argument der Bundesregierung, daß sie in dieser Frage nicht aus dem Bündnis ausscheren könne, entgegenzukommen, heißt, die Bundesregierung aus ihrer politischen Verantwortung zu entlassen und die Entscheidung über diese Frage letztlich in die Hände des stärksten NATO-Staates zu legen, der USA.

Und so ist es auch nur folgerichtig, daß nach Ansicht der Verfasser des Aufrufes die Entscheidung über die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in unserem Land nicht Ergebnis des Friedenskampfes in der Bundesrepublik ist, sondern Ergebnis der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Eine solche Position, die die Friedensbewegung im grunde genommen zur Ohnmacht verurteilt, sie zu einem bloßen Anhängsel von Verhandlungen ausgerechnet zwischen den beiden größten Kriegstreibern auf der Welt macht, können wir nicht akzeptieren. Das ist der zweite Grund, warum wir diesen Aufruf nicht unterzeichnen.

3. Keine klare Haltung für einseitige Abrüstungsmaßnahmen

Unserer Ansicht nach ist eine der allergrundlegendsten Vorbedingungen dafür, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik erfolgreich kämpfen kann, ihr klares Eintreten für einseitige Abrüstungsmaßnahmen. Bei der Bonner Demonstration im Oktober letzten Jahres war das der Fall. Im vorliegenden Aufruf ist das nicht mehr so. Selbst der Wegfall des NATO-Nachrüstungsbeschlusses wird nicht mehr — zumindest nicht mehr eindeutig — als einseitige Forderung an die Bundesregierung und die Regierungen der anderen westlichen Mächte gestellt. Zwar werden die NATO-Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Zustimmung dazu fallenzulassen. Aber im gleichen Atemzug wird schon beteuert, daß das natürlich als Auftakt für „wechselseitige Abrüstung“ verstanden werden müsse. Und wenn dann in einer gesonderten Forderung, wie schon erwähnt, die USA aufgefordert werden, in Genf ernsthaft zu verhandeln, um eine wirkliche Nullösung bei den Mittelstreckenraketen zu erreichen, dann ist es völlig aus mit der Forderung nach einseitiger Abrüstung, dann befindet man sich mittendrin im altbekannten Abrüstungsschacher, gegen den niemand etwas einzuwenden hat, weil er eben zu gar nichts führt.

Wenn der Bundesvorstand der Grünen sich gegen den vorliegenden Aufruf mit dem Argument wendet, er trete prosowjetischen Tendenzen nicht genügend entgegen, dann ist das nicht nur deshalb schädlich, weil hier parteiegoistische Interessen über die Interessen der Friedensbewegung gestellt werden; dann ist das unserer Ansicht nach vor allem deshalb schädlich, weil es von dem aktuell sehr entscheidenden Problem ablenkt, ob die Friedensbewegung weiterhin für einseitige Abrüstungsmaßnahmen kämpft oder aber in ihren Forderungen zu „ausgewogen“ wird, wie die Bundesregierung sie haben möchte.

Auch wir meinen, daß die westdeutsche Friedensbewegung sich klar gegen beide Militärblöcke richten muß. Einige Dokumente und Aktionen der Friedensbewegung haben wir gerade von diesem Standpunkt her kritisiert. Das kann unserer Ansicht nach aber nicht heißen, daß jede aus einem konkreten Anlaß stattfindende Aktion der Friedensbewegung „ausgewogen“ sein muß. Ein Aufruf zu einer Demonstration, die aus Anlaß des Reagan-Besuchs und des NATO-Gipfels stattfindet, sollte vor allem darauf gerichtet sein, alle Kräfte, die gegen die US-Politik und die NATO zu vereinigen sind, tatsächlich zu vereinigen. Eine Kritik der sowjetischen Politik und des Warschauer Paktes ist in einem solchen Aufruf unserer Ansicht nach nicht notwendig.

Nun äußert sich der Aufruf aber dennoch zu den Vorgängen in Polen und Afghanistan. Diese Formulierungen des Aufrufs lehnen wir vollständig ab, weil sie gar keine Verurteilung der Militärdiktatur in Polen und des sowjetischen Besatzerregimes in Afghanistan beinhalten.

Im übrigen meinen wir, daß sich nicht nur im jetzt vorliegenden Aufruf selbst, sondern auch in der Ablehnung des bei der Konferenz am 4.4. als alternativem Aufruf vorliegenden Vorschlag des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie sehr deutlich zeigt, was diejenigen Kräfte der Friedensbewegung, die sich neuerdings als „große Friedensorganisationen“ bezeichnen, wollen und was sie nicht wollen. Denn dieser alternative Vorschlag enthielt unserer Ansicht nach die nötige Kampfansage an die USA, die NATO und die friedensgefährdende Politik der Bundesregierung.

Liebe Freundinnen und Freunde,

es ist in letzter Zeit viel über die nötige Einheit der Friedensbewegung gesprochen worden. Wir meinen, daß die Glaubwürdigkeit und die Ernsthaftigkeit der Friedensbewegung sich unter anderem daran zeigt, ob sie zur Einheit in der Aktion fähig ist. In Bezug auf den 10.6. heißt das unserer Ansicht nach, daß **alle** Kräfte der Friedensbewegung ohne Vorbedingungen zur Demonstration aufrufen und auch nach Kräften dafür mobilisieren müssen. Wir werden das tun. Gleichzeitig müssen wir aber auch um die politische Einheit der Friedensbewegung kämpfen. Denn daß diese politische Einheit heute noch nicht besteht, ist ja kein Geheimnis. Das erfordert den Meinungsaustausch und die solidarische Diskussion auch kontroverser Standpunkte. Deshalb haben wir versucht, in aller Kürze unsere Meinung zu dem vorliegenden Aufruf darzulegen. Wir würden uns über eine Antwort freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Karin Wagner,
Politbüro der KPD

Vor einem Jahr starb Sigurd Debus

„Es war Mord!“

Allen Anzeichen nach wurde der Hungerstreikende am 5.4.1981 erschlagen

Vor ziemlich genau einem Jahr traten mehrere Gefangene der RAF in den Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen, vor allem gegen die Isolationshaft, die eine moderne Methode der Folter und der physischen Zerstörung von Menschen darstellt. Aus Solidarität mit diesen Forderungen trat in Hamburg der politische Gefangene Sigurd Debus, der der RAF nicht angehörte, ebenfalls in den Hungerstreik. Er wurde gegen seinen erklärten Willen zwangsernährt, mehr als 20 Tage lang. Am 16. April verstarb er, nachdem sein Körper bereits seit dem 5. April nur noch mit Hilfe von Maschinen am „Leben“ gehalten worden war.

Heute liegen Tatsachen offen, die erhärten, was auch der „Rote Morgen“ bereits im letzten Jahr schrieb: Sigurd Debus starb nicht infolge des Hungerns. Er starb durch die brutale Zwangsernährung. Heute steht fest: Er starb auch nicht durch die vielen medizinischen Fehlleistungen, die es dabei gab, sondern durch Gewaltanwendung bei der täglichen Fesselung. Sigurd Debus wurde erschlagen.


Sigurd Debus

Daß sich in diesen Tagen die Meldungen über die Vorgänge häufen, dafür sorgte unter anderem und sicher ganz unfreiwillig der frühere Justizsenator von Hamburg und Westberlin, FDP-Mann Meyer. Er war ins Gerede gekommen nach dem aus Verzweiflung verübten Selbstmord des Westberliner Anstaltsarztes Volker Leschhorn. Leschhorn war von Meyer immer wieder unter Druck gesetzt worden, Rechtsbrüche zu begehen; dazu gehörte unter anderem der Bruch der ärztlichen Schweigepflicht und die zwangsweise Ernährung hungerstreikender Gefangener.

Den in diesem Zusammenhang gegen ihn erhobenen Vorwürfen wollte Meyer entgegentreten, als er der „Zeit“ einen Leserbrief schrieb, der in der Nummer 7/82 veröffentlicht wurde. Darin heißt es:

„Unrichtig ist auch die Behauptung, daß in den Fällen, in denen Zwangsernährung durchgeführt wurde, die Gefangenen gestorben seien. Sowohl 1977 als auch 1981 wurden verschiedentlich Zwangsernährungsmaßnahmen durchgeführt, ohne daß es, **von einer Ausnahme abgesehen**, zu Todesfällen gekommen wäre.“ (Hervorhebung von uns — Red.)

Damit gestand Meyer aber ein, daß Zwangsernährung tötet. Er gestand gleichzeitig ein, daß der besagte Todesfall also eben nicht auf „Verhungern“ zurückzuführen ist. Und er gab später selber zu, was nicht in Frage stehen konnte: die von ihm erwähnte „Ausnahme“ ist Sigurd Debus.

Nach Meyers Leserbrief nahmen sich vor allem Redakteure der „taz“ des Falles an, auf deren Enthüllungen wir uns im folgenden auch im wesentlichen stützen.

Meyer war, wie gesagt, Justizsenator in Hamburg, bevor er nach Westberlin ging. Er befürwortete die dortigen Verhältnisse. Nach welchen Grundsätzen die „Behandlung“ von Hungerstreikenden dort durchgeführt wurde, das legt mit aller Deutlichkeit der Medizinalrat Dr. Friedland dar, der diese Prinzipien entwickelte. Seine Ausführungen und die Schilderung von Sigurd Debus, wie die Zwangsernährung bei ihm vollzogen wurde, finden sich wörtlich in dem Kasten auf dieser Seite.

Sigurd Debus wurde zwangsernährt, obwohl es keinerlei ernsthafte Gefährdung seines Gesundheitszustandes durch das Hungern gab. Das bestätigte unter anderem der von der Staatsanwaltschaft beauftragte anästhesiologische Gutachter Kontokollias. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Zwangsernährung von Sigurd Debus, die mit brutalster Gewalt durchgesetzt wurde, eine reine Maßnahme zur Disziplinierung und zur Brechung des Willens des Gefangenen war. Dahinter steht auch das Interesse daran, die unmenschlichen Haftbedingungen, gegen die sich der Gefangene auflehnte, aus der öffentlichen Diskussion zu halten. Unterstrichen wird dies dadurch, daß wichtige medizinische Grundsätze nicht berücksichtigt wurden, die man hätte berücksichtigen müssen, wenn es tatsächlich um eine, wenn auch eben zwangsweise, bestmögliche Versorgung des Häftlings gegangen wäre. Eine genaue Darstellung würde hier zu weit führen; es mag genügen, zu erwähnen, daß wichtige Vitamine gänzlich fortgelassen wurden, daß nichts getan wurde, um durch „effektive Behandlung“ die Notwendigkeit der Zwangsernährung, sofern man sie hätte begründen können, baldmöglichst aufzuheben. Die Dosierung der Infusionen war, wie Kontokollias es formulierte, „gerade ausreichend, den Zustand, der mit Beginn der parenteralen Ernährung vorlag, aufrecht zu erhalten“ und damit täglich neu die Zwangsmaßnahmen zu „rechtfertigen“. Am 5.4. dann wurde der Gesundheitszustand Sigurds als völlig verändert, als „wesentlich verschlechtert“ angegeben, am 7.4. wurde er ins Allgemeine Krankenhaus Barmbek verlegt, am 16.4. starb er.

Als Todesursache wurde eine ausgedehnte Blutung im Bereich des Stammhirns sowie das Absterben von Teilen des Gehirns und des Rückenmarks angegeben. Gutachter Kontokollias forderte später von der Staatsanwaltschaft, einen neuen Gutachter hinzuzuziehen, nämlich einen mit traumatologischer Erfahrung“. Ein Trauma ist jede Schädigung des Organismus durch **äußere Gewaltanwendung.**

Die „taz“ schrieb am 4.5.81 in Kenntnis der Bedingungen, unter denen die Zwangsernährung durchgeführt wurde — und diese Feststellungen sorgten dann für einige Aufregung bei den Hamburger Behörden —: „Dieses planvolle Konzept (Friedlands — Red.) hat schließlich zum Tod von Sigurd Debus geführt. **Es ist Mord.**“

Dem kann man nur zustimmen!

Der geforderte neue Gutachter wurde inzwischen bestellt. Bevor er aber seine Untersuchungen aufnehmen konnte, dementierte die Hamburger Senatspressestelle bereits alle Feststellungen der „taz“ und behauptete, äußere Gewaltanwendung sei nach der Obduktion auszuschließen. Dabei ließ sie zwei Gutachten unerwähnt und weigerte sich, deren Inhalt bekanntzugeben. Wenige Tage später aber konnte durch die Analyse eines bis dahin geheimgehaltenen Gutachtens die Behauptung des Senats widerlegt werden. Professor Colmant von der Uniklinik Eppendorf hatte streifenförmige Blutungen am Hirnstamm festgestellt, die genau typisch sind als Folge dumpfer Schläge, zum Beispiel mit der Faust. Man erinnere sich daran, daß Sigurd Debus zeitweilig von sechs Männern auf die Liege gezwungen wurde, eine Vergewaltigung, gegen die er sich verzweifelt wehrte. Diese Blutungen waren die Ursache für das Absterben des Gehirns. Damit wurde die Feststellung erhärtet, daß all die vielen medizinischen Fehler bei der Zwangsernährung nicht zum Tode führten, sondern die Gewalt, mit der Sigurd Debus zu dieser vollkommen ungerechtfertigten, entwürdigenden Prozedur gezwungen wurde.

Staatsanwaltschaft und leider auch die Gutachter führen zur Zeit einen Eiertanz auf. Die Staatsanwaltschaft ermittelt immer noch nicht in der Sache, sie gibt den Gutachtern keine Hinweise auf die Möglichkeit der Gewaltanwendung; diese wiederum tun so, als kämen sie allein nicht auf diese Idee und befassen sich mit klinischer Dokumentation und Laborbefunden, ohne sie gemäß ihrem medizinischenWissen zu werten.

Wir fordern, daß das Gefängnispersonal, das Sigurd Debus allmorgendlich überwältigte, zur Verantwortung gezogen wird!

Ebenfalls der Mann, der das menschenfeindliche Konzept der Zwangsernährung in dem beschriebenen Sinne entworfen hat und damit verantwortlich ist, Dr. Friedland!

Zwangsernährung gegen den Willen der Gefangenen muß verboten sein!

Und nicht zuletzt:

Schluß mit der Isolationshaft in besonderen Gefängnissen!

Diese Forderung bedeutet keine Unterstützung für die politischen Ziele und die Kampfweise der RAF. Sie ist Bestandteil antifaschistischen Kampfes in der Bundesrepublik und Westberlin, und sie geht auch von dem Wissen aus, daß die Hochsicherheitstrakte ebenso wie reaktionäre Strafrechtsänderungen, die im Rahmen der „Terroristenverfolgung“ geschaffen wurden, durchaus auch zur Verfolgung demokratischer und revolutionärer Menschen gedacht sind.

Die Thesen des Dr. Friedland

(Vorgetragen 1975 auf einem Kongreß für Gefängnisärzte in München)

„Meine Damen und Herren, ich möchte dies mit allem Ernst sagen, hierbei handelt es sich nicht um Nahrungsverweigerer des herkömmlichen Stils (...) sondern es handelt sich hier um Angehörige der sogenannten Roten Armee Fraktion, zu deren Kampf gegen den Rechtsstaat nicht nur Bomben gehören, nicht nur Maschinenpistolen, sondern auch der Hungerstreik, wenn sie in Haft kommen. Es ist alles die Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Rechtsstaat, den wir auch als beamtete Ärzte zu vertreten haben, mit anderen Mitteln, das möchte ich ganz klar sagen. Ich meine, auch sagen zu müssen, wenn jemand anderer Auffassung ist, hat er meines Erachtens als beamteter Arzt im Dienste des Staates, bezahlt von den Steuergeldern unserer Bürger, nichts zu suchen. Da muß er die Konsequenzen ziehen, frei Praxis aufmachen oder etwas anderes tun. Dies ist ein Kampf und Fortsetzung eines Kampfes, den wir mit zu vertreten haben.“

Die Mißhandlung des Sigurd Debus

(Eigene Darstellung der ersten Zwangsfusion am 19.3.1981)

„Ich wiederholte, daß ich jedem Versuch der Zwangsernährung aktiven Widerstand entgegensetzen werde. Sie zogen wieder ab.

Um 11.05 Uhr stürmten acht Mann (Sanitäter) die Zelle, packten mich an Armen, Beinen und an der Hüfte, schleiften mich zu einer vor der Zelle stehenden fahrbaren Liege, warfen mich mit dem Bauch nach unten darauf, verdrehten mir die Arme und setzten sich auf die Beine, preßten den Kopf auf die Liege. So gings ins Zentralkrankenhaus (ZKH). Dort legten sie mich auf eine Liege. Sie schnallten mich fest: An den Beinen oberhalb der Füße und an den Oberschenkeln mit Lederfesseln. Über den Unterleib mit einem Ledergurt und über die Brust mit einem Ledergurt. Beide Unterarme mitFesseln an die Liege. Nach etwa fünf Minuten wurde von Görlach die Nadel in den linken, fixierten Arm geschoben. (Görlach ist Chefarzt des Haftkrankenhauses. Friedland, der Verantwortliche für das von Görlach verwirklichte Konzept, war dessen früherer Oberarzt und ist heute sein Vorgesetzter in der Justizverwaltung — Red.) Die Zwangsinfusion dauerte von etwa 11.15 Uhr bis 16.20 Uhr. Der Körper war vollständig bewegungslos auf der Liege fixiert, ich konnte nur noch den Kopf und den Hals bewegen. Nach dieser Tortur waren die Glieder völlig steif, ich konnte mich nur unter Schmerjen und sehr langsam bewegen.“

„Das war ja ein halbes Schlachtfest.“ So kommentierte damals eine Sanitäterin beim Festschnallen die Prozedur.

Innensenator und Faschistenfreund

Neue Erkenntnisse über Heinrich Lummer

WESTBERLIN. — Innensenator Heinrich Lummer gewinnt zunehmend politisches Profil. Nicht allein durch immer neue „Großtaten“, sondern auch durch das Bekanntwerden früherer Handlungen entsteht vor der Öffentlichkeit immer deutlicher das Bild eines Mannes, der in allen Bereichen der politischen Rechten zu Hause ist.

Lummer, der Verantwortliche für den Tod Klaus-Jürgen Rattays, der Schöpfer des bisher reaktionärsten Ausländererlasses Westdeutschlands, kam kürzlich ins Gerede, als er auf einer Versammlung bedauerte, daß die NPD in Westberlin nicht ungehindert wirken könne, weil dies nach alliierter Gesetzgebung verboten ist.



Inzwischen wurde bekannt, daß Lummer bereits seit mehr als zehn Jahren im Briefwechsel mit Mitgliedern der NPD steht. Darüberhinaus tauchte sein Name auf Einladungs- und Referentenlisten verschiedenster, auch militanter, rechter Vereinigungen auf. Er selber gestand 1971ein, „sicher bei der einen oder anderen dieserGruppierungen, etwa dem Bund der Preußen, Vortäge gehalten“ zu haben. Der genannte Bund wird von Lummers Ministerium selbst als rechtsextremistisch und antisemitisch eingestuft.

Für die NPD hielt den Kontakt jahrelang das Vorstandsmitglied Ursula Schaffer, die ihm allerdings bei 1081 Schreiben mit privatem Briefkopf schickte. Und Lummer will auch bis zuletzt nicht gewußt haben, mit wem er da korrespondierte; das sei ihm erst angesichts des NPD-Briefkopfes klargeworden.

Kaum zu glauben. Ging es doch in der Korrespondenz häufig um das Thema, das Lummer offenbar besonders Kopfzerbrechen macht: das Betätigungsverbot für die Nazi-Partei in Westberlin. Am 18. März 1974 etwa schrieb Lummer, er bedaure, „daß durch das Betätigungsverbot der NPD der Grundsatz der Chancengleichheit verletzt ist“.

Und so ein Mann, der sich die Parole „Gleiches Recht für die Faschisten“ zu eigen gemacht hat, ist für „Sicherheit und Ordnung“ in der Stadt zuständig! Das macht seine Politik, seine Menschenverachtung (Klaus Rattays Tod!) noch verständlicher. Das macht ihn aber für Antifaschisten untragbar.

Lummer und seine Partei ist die ganze Geschichte peinlich. Lummers Chef, von Weizsäcker, der anfangs „nicht den Schatten eines Anlasses“ zu Vorwürfen gegen Lummer gesehen haben will und behauptete, wer dessen demokratische Gesinnung bezweifle, bringe sich selbst ins Zwielicht, ist in dieser Hinsicht nicht mehr ganz so vorlaut. Immerhin setzt sich Lummers Partei dafür ein, so wenig wie möglich über die unrühmliche Vergangenheit ihres Senators in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

So erklärte Lummers alte Brieffreundin Schaffer gegenüber der Presse, daß sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Eberhard Diepgen an sie gewandt hätte, um sie dazu zu bewegen, ihre Zustimmung zur Veröffentlichung des delikaten Briefwechsels zu verweigern. Sie habe dieser Bitte entsprochen. Daraufhin hatte Diepgen zunächst seinerseits die Forderung nach Offenlegung des Schriftwechsels zurückgewiesen. Er nannte „grundsätzliche Bedenken“; so sei „das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Parlament“ berührt! Er hätte richtiger sagen müssen, daß die Parlamentarier einen Vertrauensschwund der Bürger gegenüber diesen sogenannten Volksvertretern befürchten.

Schließlich verlas Diepgen doch Auszüge aus den Briefen in Anwesenheit von Pressevertretern. Die NPD hatte nie Bedenken dagegen gehabt, was ja nun verständlich ist. Zeitweise versuchte sie sogar eine kleine Erpressung; wenn auf Betreiben der von CDU-Bezirkspolitikern das Auftreten der NPD weiterhin beschränkt würde, dann könnte man natürlich doch von sich aus etwas veröffentlichen... Das jedenfalls sagte NPD-Sprecher Thomas Salomon, der es „bedauerlich“ fand, daß Lummer „jetzt nicht mehr den Mut hat, zu dem zu stehen, was er uns gesagt hat“. Teilweise hat die Drohung noch Bestand, denn Salomon sprach im gleichen Atemzug wie von Lummer von „zwei weiteren aktiven Berliner Politikern“, deren Briefe man gegebenenfalls veröffentlichen könnte.

Nur zu.

Wir fordern die vollständige Offenlegung der Beziehungen, die Lummer zwischen NPD und CDU sowie „rein persönlich“ geknüpft hat!

Wir fordern den Rücktritt Lummers vom Amt des Innensenators!

Nachtrag zu den Kommunalwahlen

Ein Leserbrief...

Liebe Genossen,

als alten Lübecker hat mich der ausführliche Bericht im „Roten Morgen" Nr. 9 über die Wählergemeinschaft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau in Lübeck sehr interessiert. Um so ärgerlicher finde ich es, daß nach der Wahl keine Zeile über das Abschneiden der Wählerinitiative im RM zu finden war. Auch wenn das Ergebnis enttäuschend war (ich vermute es), kann man doch nicht so tun, als sei überhaupt nichts gewesen.

Auch aus Mißerfolgen kann man doch lernen...

In der Hoffnung, daß ihr euch noch einmal zu einem kleinen Nachtrag aufraft

mit solidarischen Grüßen
ein RM-Leser aus Tübingen.

Stellungnahme der Redaktion

Lieber Genosse,

Deine Frage und Deine Ungeduld sind verständlich. Wir haben auch noch mehr Anfragen bekommen. Nun hatten wir allerdings gleich nach der Wahl mit Kollegen aus Lübeck vereinbart, daß sie selbst eine kurze Stellungnahme schicken wollten, nachdem sie sich über das Ergebnis unterhalten hätten. Diese ist inzwischen bei uns eingegangen, wir danken den Lübeckern und hoffen, daß damit die Fragen beantwortet sind.

... und eine Antwort

LÜBECK (Arbeiterkorrespondenz). — 97 Stimmen erreichte die Wählergemeinschaft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau bei den Bürgerschaftswahlen am 7. März in den drei Bezirken Lübecks, in denen sie kandidierte. Dieses Ergebnis bedeutet auf die drei Bezirke bezogen 1 Prozent der Stimmen. Auch wenn dieses Ergebnis nicht ganz die Erwartungen erfüllt hat, es zeigt doch ein bißchen, welche Sympathien sich diese Arbeiterliste in der kurzen Zeit erwerben konnte. „Ein guter Anfang" — diese Meinung kennzeichnete die Stimmung unter den Kollegen der Wählergemeinschaft.

Natürlich hatte man erwartet, daß die vom Konkurs der Hütte betroffenen Menschen die günstige Gelegenheit ergreifen würden und mit der Stimme für die Wählergemeinschaft ihrem Protest und ihrer Stimmung Ausdruck geben. Aber ein Teil dieser Stimmung ist eben auch Resignation, die wir eigentlich in der ganzen Zeit massiv feststellen und wie sie im Grunde auch im Wahlergebnis zum Ausdruck kam. Da hatten alle großen Parteien in diesen Bezirken z.T. erheblich verloren, vor allem natürlich die SPD, die 1500 Stimmen weniger (25 Prozent) bekam als bei den letzten Wahlen, CDU und FDP verloren so um die 10 Prozent. Ja, die Kollegen blieben zu Hause, die Wahlbeteiligung lag weit unter der der letzten Wahlen.

Die beiden grünen Listen kamen jeweils auf 300 Stimmen in diesen drei Bezirken.

Der Wahlkampf hatte uns allen mächtig Spaß gemacht und wir haben gerade den SPD-Bonzen ganz schön Respekt abringen können, haben viele Verbindungen in dieser Zeit herstellen können. Die Wählergemeinschaft war jedenfalls gleich nach dem Wahltag wieder an die Arbeit gegangen: Nach wie vor sind die Menschen in den Werkswohnungen und der Werkskolonie bedroht, nach wie vor droht Hunderten die Vernichtung ihres Arbeitsplatzes.

Ostermarsch zum Teufelsberg

Volkskorrespondenz aus Westberlin

In Westberlin gab es dieses Jahr gleich zwei Ostermärsche. Einen Tag vor dem „offiziellen" Ostermarsch, der stark durch die SEW geprägt wurde, marschierten am 11.4. etwa 2000 Menschen zum Teufelsberg. Dies war eine konkrete Aktion gegen die Ami-Besatzer und ihre Militärbasen in Westberlin. Denn auf dem Teufelsberg befindet sich eine amerikanisch-britische Militärstation, er ist das „am strengsten bewachte Objekt der Amerikaner in unserer Stadt" („Morgenpost").

In einem Aufruf zur Demonstration hieß es:

„Die meisten Berliner kennen und nutzen den Teufelsberg als Rodelbahn und zum Spazierengehen. Sie verkennen die Bedrohlichkeit der dort seit mindestens 20 Jahren vorhandenen militärischen Anlagen. Denn diese sind auf keinen Fall Abhörinstrumente, die nur der Verteidigung dienen!

Vom Teufelsberg aus läßt sich der gesamte Funkverkehr innerhalb der DDR abhören. („Süddeutsche Zeitung", 7.2.81).

Vom Teufelsberg aus werden alle Flugzeuge über Polen und der DDR beobachtet. (SZ, 7.2.81)

Vom Teufelsberg aus lassen sich — nach nicht unbestätigten Gerüchten — sowjetische SS 4 und SS 5 bereits über Polen zum Absturz bringen.

(...)

Wir Berliner sind dadurch besonders gefährdet, daß eine



Anlage von so hoher strategischer Bedeutung im Kriegsfalle mit Sicherheit zuerst zerstört wird."

Folgende Organisationen beteiligten sich an der Demonstration: Gewaltfreie Aktion, DFG-VK, Alternative Liste, Volksfront, KJD, KPD, BWK. Die KJD leistete einen großen Beitrag zum Erfolg der Aktion. Dabei hatten wir Unterstützung von zehn Genossen der KJD aus Köln. Ein Mädchen sang auf unserem Lautsprecherwagen, der mit Fahnen und KJD-Plakaten geschmückt war, Antikriegslieder. Ein KJD-Genosse aus Köln hat alleine 38 „Rote Rebells" verkauft, wobei er bei diesem Sauwetter, Hagel und Schnee, einen Sonderpreis von 49 Pfennig machte. Insgesamt haben wir mit RMs, RRs, der Besatzer-Broschüre und Flugblättern gute AP gemacht.

Während der Demonstration wurde auch eine Schweigeminute für Robert Havemann gehalten.

Am Ostermontag waren wir beim anderen Ostermarsch auch dabei mit dem „Roten Morgen", dem „Roten Rebell" und Flugblättern.

Rot Front!

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Arbeitslos

Im letzten RM haben wir mit dem Abdruck einer längeren Korrespondenz begonnen, in der eine Kollegin von ihren Erfahrungen als Arbeitslose berichtet. In dieser Ausgabe bringen wir den letzten Teil der Korrespondenz.

Nicht mehr brauchbar

Woche um Woche verging, Monat um Monat. Ich merkte plötzlich, wie ich mich mehr und mehr von Gesprächen mit Nachbarn und Freunden zurückzog. Telefongespräche mit ehemaligen Kollegen wurden weniger, Spaziergänge seltener. Ich begann, mich zu isolieren, ohne daß ich das wollte. Es ergab sich aus meiner Lage. Ich hatte jetzt keine Kollegen mehr, keine Gemeinschaft wie im Betrieb. Aktuelle Dinge konnte ich nicht nachvollziehen, nicht darüber sprechen. Sollte ich mich zu den Rentnern auf die Parkbank setzen? Nicht einmal das konnte ich — sie waren ja noch wer, waren ordnungsgemäß nach einem arbeitsreichen Leben in Rente gegangen, die meisten von ihnen hatten einigermaßen ihr Auskommen, brauchten nicht allzusehr sparen, konnten sich kleine Freuden leisten.

Wenn sich ein Arbeitsloser als nutzlos, als Nummer und nicht mehr als Mensch fühlt, so kann ich das heute verstehen. Man ist tatsächlich nur so eine Nummer, eine Akte, man ist an keiner Entscheidung beteiligt, man wird verwaltet. Andere bestimmen über dich, bieten dich an, sprechen über deinen Lohn, über deine Zukunft, über deine Fähigkeiten — du hast nur Pflichten, mußt jede Mark begründen, für jede Kleinigkeit einen Antrag stellen, du hast keine Rechte, du bist nichts als eine Ware, die eine Nummer trägt, und die gestrichen wird, wenn sie jemand genommen hat.

Ich fing an, gegen die, die noch Arbeit hatten, aggressiv zu werden. Die Verbindung zu meiner Bekannten ließ ich einschlafen. Oft wenn ich sie besucht hatte, kam ihr Mann wegen Überstunden aus dem Betrieb spät nach Hause. Das ärgerte mich sehr. Großzügig luden sie mich manchmal zum Essen ein. Ich sah darin so eine Art Almosen und fand das ungerecht, ich wurde empfindlich. Ich war mißtrauisch und unfreundlich gegenüber meinem Bewohner über mir, von dem man erzählte, er arbeite an den Wochenende schwarz. Auf das Fernsehen hatte ich inzwischen eine unheimliche Wut. Oft stellte ich es mitten in einer Sendung einfach ab. Da waren die Nachrichten, die Kommentare, andere Sendungen und selbst die Unterhaltungsprogramme, die meine Welt ja gar nicht mehr berührten.

Das Gefühl, nicht mehr brauchbar zu sein, wurde stärker und stärker. Begann ich zu resignieren? Ging es anderen Arbeitslosen auch so? Aber wo waren sie?

Arbeitslosen-Initiativen

In einem Wahlblatt der SPD hatte ich vom Arbeitslosenzentrum und anderen Arbeitsloseninitiativen gelesen. Was steckte dahinter? Konnte ich mich diesen anschließen?

Mehrere Arbeitslosen-Initiativen, -Kreise, -Selbsthilfegruppen und das Arbeitslosenzentrum Hannover waren kirchliche Einrichtungen. In diesen Initiativen und Zentren können Arbeitslose meistens eine kostenlose Beratung in Fragen Arbeitslosigkeit erhalten, es gibt Hilfen im Ausfüllen der Formulare, eine Rechtsberatung und auch Zusammenkünfte der Arbeitslosen. Diese Zusammenkünfte sind aber mehr eine moralische Aufrüstung. Das Arbeitslosen-Zentrum Hannover beschreibt denn auch ihre wöchentlichen Zusammenkünfte der Arbeitslosen als „Erfahrungsaustausch und zum Klönen“. Dann gibt es da auch eine Produktionsgruppe im Arbeitslosenzentrum, die Kunsthandwerk — ausschließlich Holzfiguren — herstellt und verkauft.

Ihre Arbeit beschreibt diese Handwerksgruppe so: „... wir wollten eigentlich eine Gruppe werden, die sich was einfallen läßt und aus allen möglichen Sachen, die andere wegschmeißen, was machen. So sind bisher Kerzenständer und Stricklieseln aus Abfallprodukten einer Flötenfirma entstanden. Uns macht das großen Spaß in der arbeitslosen Zeit, mit der wir nun konfrontiert sind, vielleicht sogar mal eine eigene ‚Produktion‘ aufzuziehen. Hier im Arbeitslosen-Zentrum gibts Platz, Werkzeug, Material und viele Möglichkeiten, was zu verwirklichen, was man alleine nicht hinkriegen kann. Das Dumme ist nur, daß wir zur Zeit recht dünne besetzt sind. Und deshalb wär's schön, wenn ein paar Leute dazukämen. Deshalb — egal ob ihr sowas schon gemacht habt oder nicht — kommt und macht mit: im Arbeitslosen-Zentrum.“

Etwas anderes hatte ich mir von einem Arbeitslosenzentrum doch vorgestellt. Die Arbeitslosen stellen dort auch eine kleine Zeitung für Arbeitslose her, mit dem merkwürdigen Titel „das ohr“. Merkwürdig war auch der Inhalt: Da gab es Artikel wie „Friedenswille der Christen stärker als die NATO“, „Protest gegen Gift in 30 Metern Höhe“, „Gorleben — Stolperstein ...“, einige Artikel über Behindertenprobleme, ein Interview mit einem Pastor, der zur Arbeitslosigkeit etwas sagte. Ausgerechnet ein Pastor, der niemals im Arbeitsleben gestanden hatte, dachte ich. Einige kleinere Meldungen oder Hinweise über die Arbeitslosen, Gedichte — zusammengefaßt so eine Art Sich-Selbstverwirklichen. Alles Geschriebene drückte Resignation, Sich-Abschirmen von den normal Arbeitenden, Ihnen-Zeigen, daß wir auch was können, daß wir uns nicht zurücksetzen lassen, daß wir das eben dann selbst machen, aus.

Die Presse lobte dementsprechend solche Art Zentren und Initiativen: „Arbeitslose helfen sich gegenseitig aus dem Dreck“. Eine Provinzzeitung schrieb über die Arbeit dieses Arbeitslosen-Zentrums: „Großen Erfolg hatte auch die Aktion Arbeitslosen-Abgabe, die in den letzten zwei Jahren durch eine freiwillige Arbeitslosenabgabe von Beamten vornehmlich aus dem kirchlichen Bereich knapp 100000 Mark eingebracht hat. Das Geld wird zur Finanzierung von Aktionen und Selbsthilfegruppen in ganz Niedersachsen verwendet. Das nächste große Projekt ist schon vorbereitet: ein eigenes Unternehmen, das selbst Arbeitsplätze anbieten wird.“

Standen diese Leute überhaupt noch auf dem Boden der Realität? Schufen jetzt die Arbeitslosen ihre eigenen Firmen? Ich konnte immer nur staunen. Und ich merkte nach den ersten Besuchen: Hierher kamen Behinderte, Menschen, die eine sozialpädagogische Betreuung brauchten, Arbeitslose, die moralische Hilfe benötigten. War ich schon so weit? Nein, dazu gehörte ich noch nicht. Noch zählte ich mich zu den 2 Millionen „normalen“ Arbeitslosen, die aus Rationalisierungsgründen ihre Arbeit verloren hatten.

So ehrlich der Wille auch von den Mitarbeitern solcher Zentren sein mag, ein Mensch, der über 25 Jahre im Betrieb gearbeitet hatte, durch diesen geformt worden war, vielleicht noch jemand, der aktiver Gewerkschafter gewesen war und der jetzt den Kreis seiner Mitkämpfer vermißte, der konnte mit solchen „Programmen“ nicht zufrieden sein. Wo traf man die anderen Arbeitslosen? Gab es da überhaupt Zusammenkünfte, taten sie etwas?



Arbeitslosen-Initiative

Ich werde „politisch“

Das Arbeitsamt Hannover ist stets voller Arbeitsloser. Hierher ging ich jetzt öfter. Natürlich gab es für mich keine Arbeit, aber man kam mit anderen Arbeitslosen, die auch hierher kamen, ins Gespräch. Meistens kamen sie nur einmal, doch diese kurzen Gespräche gaben mir das Gefühl, du bist eine „normale“ Arbeitslose. Viele hatten auf ähnliche Weise wie ich die Arbeit verloren. Es waren eine Menge Ausländer darunter. Unterschiede zwischen den Ausländern und den Deutschen gab es auch hier auf dem Arbeitsamt. Die Ausländer saßen oder standen in kleinen Gruppen zusammen, die Deutschen ebenfalls — jeder für sich. Man sprach nicht miteinander. Obwohl nach außen hin eine gewisse Solidarität im Verhalten untereinander zu erkennen war, so gab es doch in puncto „Arbeitssuche“ Konkurrenz und Heimlichtuerei.

Einmal stand ich mit mehreren Arbeitslosen am schwarzen Brett und sah mir die wenigen ausgeschriebenen Stellen an. Wir unterhielten uns. Ich sprach darüber, daß ich eine Stelle als Sachbearbeiterin suche. Da ging ein jüngerer Mann aus der Gruppe raus, trat an die Seite und winkte mir. Dann flüsterte er: „Ich sage ihnen einen Geheimtip. MTU Hannover sucht Sachbearbeiter. Aber sagen sie das hier nicht weiter.“ Man erlebte auf dem Arbeitsamt allerhand, auch gab es interessante Gespräche, was andere alles versucht hatten, um wieder Arbeit zu bekommen.

Ich traf einen jungen Maurer, der hatte eine Abfindung von 1500 Mark erhalten. Da in seinem Beruf gar keine Aussicht auf Vermittlung bestand, wollte er ein paar Jahre zur See fahren. Noch sehr jung und naiv hatte er sich beim Arbeitsamt gemeldet, sich für die 1500 Mark als Seemann eingekleidet und war nach Hamburg gefahren. Das Arbeitsamt Hamburg konnte ihn nicht vermitteln. Acht Tage lang war er von Reederei zu Reederei gelaufen, niemand wollte diesen Maurer als Seemann anheuern. Nun saß er wieder auf dem Arbeitsamt Hannover und der ganze Ärger mit der Meldung ging von vorn los.

Auf den kleinen Tischen oder auf den Fensterbänken im Arbeitsamt lagen der Stellenanzeiger „Markt + Chance“ und auch andere von Parteien und Gruppen herausgegebene Materialien. Nicht zur Arbeitslosigkeit allein, sondern auch zu anderen Problemen. So beispielsweise fand ich da zur Landtagswahl in Niedersachsen alle möglichen Wahlprospekte. Vom Verlag Moderne Industrie lag da ein seltsames kleines Heftchen. Da wurde an die Arbeitenden und Nichtarbeitenden „Ein ernstes Wort“ gerichtet. Und das sah so aus: „Wer jetzt überhöhte Forderungen stellt, geht an die Substanz. Er untergräbt die Basis unserer Wirtschaft. Und damit werden nicht nur Betriebe gefährdet. Sondern Arbeitsplätze. Ihre Arbeitsplätze! Wir rechneten zwar ... aber nicht mehr so genau. Wir lebten gut für unsere Verhältnisse und darüber! Jetzt ist eine Pause eingetreten. Zur Besinnung, zum Atemholen. In satten Zeiten wird aus dem vollen gewirtschaftet. Da schaut man nicht auf die Minuten, da schaut man auch nicht auf den Pfennig. Heute aber zählen wieder Minuten und Pfennige. Im Betrieb, bei Ihnen zu Hause, im ganzen Volk und beim Staat.



Demonstrierende Arbeitslose

Was ist zu tun? Mehr! Wir werden — ohne mehr zu verdienen — mehr leisten müssen, um nicht weniger zu verdienen. Ein Automechaniker sagte kürzlich noch zu einem Arzt, der einen kleinen Defekt an seinem Wagen abends beheben lassen wollte: ‚Jetzt aber nicht mehr — ich habe Feierabend.‘ Worauf der Arzt zu ihm sagte: ‚Ich brauche aber den Wagen, ich bin Arzt, man ruft mich auch nachts.‘ Doch der Mechaniker rührte das nicht: ‚Deshalb bin ich kein Arzt geworden‘, war seine rüde Antwort. Wer heute so denkt, lebt gefährlich. Wir verlangen keine Zusatz- oder unbezahlten Sonderleistungen, aber wir müssen verlangen, daß jeder innerhalb seiner Arbeitszeit so viel leistet wie nur irgend möglich.“ In dieser Art stand noch einiges mehr in dem Heftchen. Ich war wieder einmal sprachlos. So etwas hatte ich noch nie gelesen.

Ich hatte mich früher im Betrieb nie um gewerkschaftliche Materialien wie Flugblätter oder Zeitungen gekümmert. Auch Flugblätter anderer Parteien, die ich manchmal in der Stadt erhielt, interessierten mich nicht. Nun las ich solche Sachen doch durch. Die Sache mit dem Mechaniker ärgerte mich sehr, und ich kam zu dem Schluß: Wer so Dummes von sich gibt wie der Arzt, hat keine andere Antwort verdient.

Ich hatte mir inzwischen einen ganzen Packen an Informationen, Mitteilungen, Flugblättern, Schriften aufgehoben. Ich wollte irgendetwas tun, irgendwo mitarbeiten. Ich schrieb nun auch Organisationen an und ließ mir Informationen schicken. So bekam ich auch Informationsmaterial von einer RGO, Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition heißt das. Mit anderen Materialien schickte man mir ein Extrablatt über die Besetzung der Gewerkschaftsführung in Sachen Neue Heimat. Ich fand diese Aufdeckung richtig und auch anderes, wie die RGO das behandelte und legte das Extrablatt zur Seite und auch eine RGO-Zeitung, die man mir geschickt hatte.

Ab und zu kaufte ich mir die verschiedensten Zeitungen aus Hannover und Umgebung. Besonders dann, wenn im Fernsehen etwas Wichtiges zur Arbeitslosigkeit gesagt wurde, das in der Zeitung dann ausführlich drin stand. So kaufte ich mir am 18. März die „Aller-Zeitung“. Ich traute meinen Augen nicht: Da stand doch, von einem HH geschrieben wörtlich: „In Amerika rollt man mit Haus und Kegel in die Gegend, wo man einen Job bekommen hat, bei uns will die ‚Bundesanstalt für Arbeit‘ den Arbeitslosen jetzt ebenfalls Dampf unter dem Hintern machen“. In einem anderen Artikel in der gleichen Zeitung, gezeichnet mit Helmut Hirsch (vielleicht der Schreiber HH?) wurde in Bezug auf die Arbeitslosen von „Schmarotzern“ gesprochen. Über soviel Gemeinheit fing ich an zu heulen. Ich fühlte mich wehrlos. Das zweite Mal trank ich jetzt ein Glas Wein nach dem anderen. Und das am Vormittag. Ziemlich blau und voller Wut rief ich dann bei der „Aller Zeitung“ an und verlangte den HH. Eine Frau war am Apparat. Natürlich war der HH nicht da. Ich sagte zu ihr: „Bestellen Sie dem HH, es wird höchste Zeit, daß sich die Arbeitslosen zusammentun, um Schmarotzern wie HH Dampf unter dem Arsch zu machen.“ Sie war sehr verdattert und hatte wohl gar nicht verstanden.

Nun rief ich auch bei der RGO an und fragte, wo ich in unserem Gebiet eine Verbindung zu ihr bekommen könnte. Besonders interessiert mich natürlich die Arbeitslosenarbeit und soweit ich das verstanden habe, können sich in der RGO ja auch Nichtgewerkschaftsmitglieder, Arbeitslose organisieren. Seitdem arbeite ich in der RGO mit. Vor allem für die Arbeitslosen. Da gibt es noch einen großen Nachholbedarf.

Meine Nachbarin sagt neuerdings: „Sie sind ja plötzlich politisch geworden“. Wenn sie das unter „politisch“ versteht, daß man sich zur Wehr setzt, daß man Widerstand leistet und sich nicht alles gefallen läßt, dann bin ich gern „plötzlich politisch“ geworden. Dann werde ich wahrscheinlich morgen Kommunist, Chaot und übermorgen Terrorist genannt. Mir ist das egal. Die im Fernsehen so oft zitierte freiheitliche Demokratie sehe ich heute richtig: Sie ist in Wirklichkeit nur ein Mittel zur Niederhaltung aller Proteste, aller Kritik, aller „unbequemen“ Menschen. In den Betrieben und außerhalb läßt man uns heute nur die Möglichkeit: Entweder Furcht und Untertänigkeit oder Rausschmiß und Verleumdung. Man versucht die Noch-Arbeit-Habenden gegen die Arbeitslosen auszuspielen und umgekehrt. Das darf ihnen nicht gelingen. Wir haben **einen** Gegner: Die Unternehmer, ihre Zeitungen, ihren Staat. Deswegen habe ich meine Erlebnisse — und es gibt sicher viele, denen es noch schlechter geht als mir — einmal aufgeschrieben. Für die, die noch Arbeit haben. Vielleicht gibt es ja noch eine Zeitung, die sie druckt. Mal seh'n.

H.L.

Anstatt der ständigen Erhöhung der Erzeugerpreise

Alternative des Freien Landvolks für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft

In dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk „Gemeinsam für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft eintreten!“ nimmt die AG insbesondere auch zum Kurs der Führung des Deutschen Bauernverbandes Stellung, dessen Grundforderung immer die Erhöhung der Erzeugerpreise ist. Daß dies in Wirklichkeit sowohl dem städtischen Verbraucher, also der Masse der Arbeiter und Angestellten als auch dem einzelnen Bauern schadet und nur solchen Kreisen wie Großbauern, Agrarkapitalisten und Handel nutzt, das führt die AG in ihrem Vorschlag an und unterbreitet folgende Gegenvorschläge:

Die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk fordert eine radikale Veränderung, damit die bäuerliche Landwirtschaft erhalten und die Ernährungsgrundlage in der Bundesrepublik damit gesichert werden kann. Zu allem Überfluß kostet unser Vorschlag kein Geld, sondern im Gegenteil, erhebliche Steuermittel könnten für den Agrarbereich eingespart werden. Wir fordern zunächst einmal die Streichung aller Marktordnungsausgaben und Förderungsmittel, weil sie nur minimal der bäuerlichen Landwirtschaft zugute kommen. Dadurch wird sich der Erzeugerpreis auf ein Niveau senken, das etwa annähernd dem Weltmarktpreis entspricht. Die Milch wird dadurch zum Beispiel um 10 Pfennig je Kilo sinken. Dadurch sinkt auch der Anreiz gerade der Agrarfabriken zur weiteren Überproduktion, während die Verbraucher billigere Nahrungsmittel bekommen könnten.

Weiter fordern wir zunächst, daß alle Steuervergünstigungen für die Landwirtschaft gestrichen werden. Wir wollen, wie andere Bundesbürger auch, gerechte Steuern zahlen und auch die Abgaben zur Sozialversicherung tragen. Steuervergünstigungen wurden bisher besonder von den Agrarfabriken, Großgrundbesitzern und Großbauern in Anspruch genommen. Diese Kreise müssen rigoros besteuert werden.

Anstelle der bisherigen Agrarausgaben fordern wir direkte Einkommensbeihilfen für die bäuerliche Landwirtschaft zur Erreichung eines Einkommens, das dem der gewerblichen Wirtschaft angeglichen ist. Basis der Berechnung muß die 40-Stunden-Woche bei vierwöchigem Urlaub sein. Effektive Kosten dieser direkten Einkommensbeihilfen dürften maximal 8 Milliarden DM betragen, nach Abzug der staatlichen Einnahmen durch Steuern und Sozialabgaben. Wahrscheinlich liegt der Betrag noch weit unter 8 Milliarden, doch konnten wir den Arbeitsbedarf für die Neben- und Zuerwerbsbetriebe bis zur Erreichung der 40-Stunden-Woche nur schätzungsweise ermitteln. Damit könnten einige Milliarden im laufenden Bundeshaushalt eingespart werden.

Direkte Einkommensbeihilfen können für alle Familienarbeitskräfte geltend gemacht werden, familienfremde Arbeitskräfte können keine Berücksichtigung finden. Damit ist sichergestellt, daß die Einkommensbeihilfe im Rahmen der bäuerlichen Landwirtschaft bleibt. Zuerwerbsbauern erhalten anteilig die Einkommensbeihilfe und sie richtet sich danach, wieviel Zeit auf der Basis der 40-Stunden-Woche für bäuerliche Arbeit aufgewandt wurde. Nebenerwerbsbauern können nur dann eine direkte Einkommensbeihilfe bekommen, wenn dies nicht gleichbedeutend mit der Verlängerung der 40-Stunden-Woche ist.

Natürlich ist die Gewährung einer direkten Einkommensbeihilfe kein Selbstbedienungsladen, in dem der Faule belohnt und der Fleißige bestraft wird. Voraussetzung der Einkommensbeihilfe ist die Erfüllung von Produktionszielen unter Einhaltung eines durchschnittlichen Aufwandes, die von bäuerlichen Kommissionen festgelegt werden. Bei der Festlegung von zu erreichenden Produktionszielen spielen für die örtlichen Kommissionen die Struktur des Betriebes, die Witterungs- und Bodenverhältnisse eine große Rolle. Werden diese Ziele nicht erreicht oder nur mit einem überdurchschnittlichen Betriebsaufwand, dann wird nur eine anteilige Einkommensbeihilfe gezahlt. Überproduktionen in jeder Form werden dem Betriebseinkommen zugerechnet und mindern so die direkte Einkommensbeihilfe. Wer eine Einkommensbeihilfe beantragen will, der unterliegt automatisch der Buchführungspflicht (wird bei gleichwertigem Steuerrecht sowieso zur Pflicht).

Eine wichtige Rolle bei der direkten Einkommensbeihilfe für die bäuerliche Landwirtschaft kommt den Kommissionen zu, die von den Bauern jährlich demokratisch neu gewählt werden sollten. Diesen Kommissionen ist der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes einzuräumen. Besetzt sind diese Kommissionen mit den Bauern des jeweiligen Bereiches, alle Sitzungen der Kommissionen sind öffentlich. Überregionale Zusammenschlüsse der Kommissionen sorgen für einheitliche Handhabung.

Eine Benachteiligung bei der Gewährung von direkten Einkommensbeihilfen könnten die landarmen Bauern erfahren, die durch die Struktur ihres Betriebes bedingt nicht die durchschnittlichen Produktionsziele erreichen können. Da aber zu erwarten ist, daß das Interesse an Produktionsflächen nachläßt, haben diese Betriebe eher die Möglichkeit, weitere Flächen anzupachten, um eine vollwertige Bauerei betreiben zu können. Ähnliches gilt auch für die Zuerwerbsbauern.

Insgesamt erscheint uns unser Vorschlag auch verwaltungstechnisch leichter durchführbar zu sein und dürfte in keinem Verhältnis zum heutigen bürokratischen Aufwand stehen. Die örtlichen bäuerlichen Kommissionen stellen eine lebendige Beteiligung an der Verwaltung dar, bürokratische Krusten können so zu einem großen Teil aufgeweicht werden.

Während so die bäuerliche Landwirtschaft wirksam gefördert wird, sehen sich Großbauernschaft, Großgrundbesitzer und Agrarfabriken ihrer Pfründe beraubt. Nun müssen sie zu Erzeugerpreisen produzieren, die keinerlei künstliche Stützung erfahren. Mancher Betrieb wird dann sicherlich das Handtuch schmeißen und so werden die wichtigsten Überschußproduzenten aus dem Markt genommen.

Wenn wir uns gegen die Agrarfabriken aussprechen, so tun wir dies nicht aus dem Gesichtspunkt einer modernen Maschinenstürmerei heraus, sondern wir begrüßen die Produktivitätssteigerung auch in der Landwirtschaft. Die Produktivitätssteigerung bildet nicht das Übel der Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft, sondern es sind vielmehr die jetzigen Verhältnisse, die die fortschreitenden technischen Errungenschaften gegen die arbeitenden Menschen in unserem Land wenden.

Der Einsatz von produktivierenden Techniken ist generell auch in der bäuerlichen Landwirtschaft möglich. Darum treten wir auch für eine Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit ein, um die Großmaschinerie wirtschaftlich ausnutzen zu können. Ein überbetrieblich, gemeinsam genutzter Maschinenpark zum Beispiel wird in dem Maße nicht mehr am Eigennutz der einzelnen Mitglieder scheitern, wie der Produktionszwang auf Teufel komm raus von den Schultern der Bauern genommen wird. Eine überbetriebliche Zusammenarbeit wird auch für viele Bauernfamilien den ersten gemeinsamen Urlaub im Leben bedeuten.

Gleichzeitig können wir die negativen Einflüsse, die jetzt u. a. von den Agrarfabriken ausgehen, eindämmen und ausschalten. Eine bäuerliche Landwirtschaft sichert die Grundlagen der Ernährung in unserem Land und kann, von bestimmten Zwängen befreit, auch das Produktionsinstrument, den Boden, vollwertig halten. Die Agrarfabriken leben zu einem großen Teil von Importfuttermitteln und benutzen den Boden weniger als Produktionsinstrument, sondern mehr als Deponie für die Rückstände ihrer Massentierhaltung. Eine bäuerliche Landwirtschaft kann sich so mehr um das einzelne Tier und um die Pflanzen kümmern, die Qualität der Nahrungsmittel kann so entscheidend wieder verbessert werden.

Am 14. März in Kaufungen bei Kassel

Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk gegründet

Bei einer Versammlung Mitte März in der Nähe von Kassel gründeten die Teilnehmer eine „Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk“. Dazu eingeladen hatte nach längerem Erscheinen die gleichnamige Zeitung. Die Versammlung wurde eingeleitet mit einem Grundsatzreferat über die Aufgaben und das Programm der Arbeitsgemeinschaft. Bei der anschließenden Diskussion über den Programmentwurf wurde dieser Entwurf nach lebhaften Debatten mit einigen Änderungen einstimmig als Programm der AG Freies Landvolk verabschiedet. Ebenso wurde auch die Satzung der AG einstimmig verabschiedet.

Abschließend wurde der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Ihm gehören an: G. Coldewey, Nebenerwerbsbauer, Jahrgang 1948, Landkreis Wesermarsch; H. Walsemann bewirtschaftet einen Hof von 62 Hektar, Jahrgang 1929, Landkreis Diepholz; W. Wilkens bewirtschaftet einen Hof von 45 Hektar, Jahrgang 1936, Landkreis Cuxhaven; M. Kolaczinski, landtechnischer Schmied, Jahrgang 1947, Landkreis Schleswig; J. Kaune bewirtschaftet einen Hof von 29 Hektar, Jahrgang 1930, Landkreis Hildesheim. In einem Dokument der Gründungsversammlung mit dem Namen „Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk“ heißt es:

Die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk ist Bestandteil der freien Landvolkbewegung und möchte zu ihrem weiteren Aufbau beitragen. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist die Organisierung und Gründung einer starken und einigen freien Landvolkbewegung, Grundlage für die erfolgreiche Verteidigung des ländlichen Raumes und der bäuerlichen Landwirtschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk möchte die Verbindung mit allen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aufnehmen, und deren Zusammenschluß fördern. Die von der Arbeitsgemeinschaft herausgegebene Zeitung „Freies Landvolk“ soll diesem Ziel dienen und stellt die Berichterstattung auf die Grundlagen dieses Programms. „Freies Landvolk“ will aber nicht nur über Hintergründe, Probleme des Landes und über die Kämpfe dagegen berichten, sondern will auch grundlegende Fragen zwecks gemeinsamer Diskussion aufwerfen.

Gemeinsam muß ein Verband der freien Landvolkbewegung geschaffen werden, der im nationalen Maßstab das organisierte Vorgehen seiner Mitglieder und Anhänger gewährleistet. Ein Verband, der innerhalb und außerhalb des Deutschen Bauernverbandes eine starke Opposition zum Wohle der bäuerlichen Landwirtschaft schafft. Ein Verband, der auf die Arbeit der Gewerkschaften gegenüber dem Land Einfluß ausübt. Ein Verband, der legitimiert ist, als Interessensvertretung der Mehrheit der Landbevölkerung handeln zu können.

Darum ergeht der Aufruf an jeden, der sich einer solchen freien Landvolkbewegung zugehörig fühlt, Mitglied in unserer Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk zu werden, mit uns Kontakt zu halten und die Zeitung „Freies Landvolk“ als Organisator für die Bewegung zu stärken. Gemeinsam zu kämpfen für die Verteidigung des ländlichen Raumes und für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft!

Zum neuen Agrarbericht der Bundesregierung

Milliarden für die Landwirtschaft — trotzdem werden die Bauern ärmer!

Wie kommt das eigentlich, mag sich mancher fragen, der die Agrarpolitik und vor allem die wirkliche Entwicklung der Landwirtschaft nicht genau kennt: Einerseits werden Milliarden in die Landwirtschaft gepumpt, andererseits behaupten immer mehr Bauern, sie hätten weniger Geld als früher. Sind das nun alles Betrüger, oder wer lügt denn da?

Nach dem Bonner Agrarbericht wurden der Landwirtschaft insgesamt im Wirtschaftsjahr 1980/81 sage und schreibe 11,5 Milliarden Mark ausbezahlt. Fünf Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt, noch einmal 6,5 Milliarden aus der EG-Kasse. Das bedeutet zunächst einmal pro bäuerlichen Betrieb, egal ob Voll- oder Nebenerwerbsbetrieb usw. 15000 Mark auf die Hand.

Aber: Im selben Agrarbericht steht auch noch — neben vielen anderen — eine Zahl, die in Erstaunen versetzt. Die ärmsten 25 Prozent der Vollbetriebe haben praktisch überhaupt kein Einkommen mehr gehabt, sondern mußten von der Substanz zehren mit einem durchschnittlichen Verlust von 50 Mark im Monat. Dieser oben ausgewiesene Geldsegen muß also irgendwo auf dem Weg zwischen Bonn bzw. Brüssel und dem Bauer Soundso stecken geblieben sein, abhanden gekommen sein.

Der größte Betrag, nämlich das gesamte Geld aus der EG und ein Teil dessen aus Bonn wird für sogenannte Marktordnungsausgaben bezahlt, die etwa zwei Drittel der Gesamtsumme ausmachen. Hinter dem Begriff Markordnungsausgabe versteckt sich aber nichts anderes als das Geld, das zur Regulierung der Produktion verwandt wird, um die Agrarerzeugerpreise auf einer künstlichen Höhe, weit über dem Weltmarktpreis zu halten. Für Nichtfachleute seien dafür als Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart angeführt: Schlachtung von Milchvieh, Butterberg, Obstvernichtungsprämien und so weiter.

Wer verdient denn nun daran, wer sackt dieses Geld ein? Nimmt man zum Beispiel die bekannten Schlagworte Butterberg und Milchpulver, so ist es ja wohl deutlich, daß für die Lagerung riesiger Mengen solcher Produkte, die dem Markt vorenthalten werden, um höhere Preise zu erzielen, nicht der einzelne Bauer sorgt. Da gibt es zum einen die großen Gesellschaften, die die betreffenden Lagerhäuser betreiben und die einen großen Teil der Gelder einstreichen. Nicht selten sind die Großaktionäre solcher Lagerhäusergesellschaften neben Nahrungsmittelkonzernen auch Großbauern oder Großgrundbesitzer, die auch als Vertreter der Bauern im Deutschen Bauernverband fungieren.

Zum anderen ist es ebenso deutlich, daß der Bauer selbst kein Milchpulver herstellen wird, sondern daß dies von Nahrungsmittelkonzernen geschieht. So ist gerade in den letzten Jahren die Milchwirtschaft sehr stark konzentriert worden, sind geradezu Monopole der Milchwirtschaft entstanden wie die Westmilch, Südmilch und wie sie noch heißen, oder sie haben ihre Stellung ausgebaut. Auch sie streichen große Beträge ein, und zu ihren Großaktionären gehören nun vor allem die großen Nahrungsmittelkonzerne, die Oetker, Unilever und wie sie noch heißen.

Rund 1000 bäuerliche Betriebe kamen im letzten Wirtschaftsjahr in den Genuß sogenannter einzelbetrieblicher Fördermaßnahmen im Rahmen des entsprechenden Programms. Dies ist natürlich eine verschwindend kleine Minderheit und zumeist handelt es sich dabei um ohnehin einkommensstarke Betriebe, getreu der offiziellen Bonner Leitlinie, nur die Starken zu fördern.

Es sind hier wie auch in anderen Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion vor allem die Agrarfabriken, die Dank ihres enormen Grades an Technisierung beispielsweise in der Milchwirtschaft den Zeitaufwand gegenüber Einzelbetrieben um rund 75 Prozent senken, die von dieser Bonn/Brüsseler Politik profitieren. Werden die Erzeugerpreise weiter erhöht, erhöhen auch sie ihre Produktion weiter; ist dann zuviel da, streichen sie Lager- oder Vernichtungsgelder ein, wie es auch kommen mag, sie werden stets reichlich bedacht aus dem Geldsegen.

Dieser Produktionszwang um jeden Preis, da alles am Erzeugerpreis hängt, mit anschließender Regulierung zugunsten der Reichen auf dem Land hat neben der Verarmung zunehmend breitester Schichten der Bauern auch noch andere negative Auswirkungen. Neben den höheren Preisen für die Verbraucher, an denen auch der Zwischenhandel noch verdient, der oft genug Großgrundbesitzer bestreiten, sind die Agrarfabriken auch für die Verschlechterung der Qualität der Produkte hauptverantwortlich. Und zwar natürlich nicht wegen ihrer moderneren Technik, sondern eben wegen ihrer Profitorientierung in der Produktionsschlacht.

So richten sich die Auswirkungen dieser Agrarpolitik nicht nur gegen die große Mehrheit der Einzelbauern und auch gegen die Verbraucher in der Stadt, sondern zunehmend auch gegen die Landwirtschaft als solche.

Dutzende von Festnahmen über die Ostertage

Friedensbewegung in den USA macht sich bemerkbar

Die Reaktion in Europa versucht seit langem, jeden, der gegen den imperialistischen Kriegstreiberkurs Ronald Reagans auftritt, als Antiamerikaner zu verteufeln. In den letzten Wochen wurde es aber auch hier in der Bundesrepublik immer deutlicher, daß es auch in den USA eine wachsende Anzahl solcher Antiamerikaner gibt.

Allein in Chicago demonstrierten über Ostern rund 25000 Menschen gegen den Reagan-Kurs, in den verschiedenen Bundesstaaten der USA waren es über einhunderttausend Menschen, die sich für den Frieden einsetzten. Bei den verschiedenen Aktionen wurden rund 50 Menschen verhaftet, darunter auch einige bekannte liberale Politiker.

Der Aufschwung dieser Friedensbewegung hat verschiedene Gründe, die sich miteinander verbinden. Zum einen ist da die sehr heftige Kritik an den Angriffsplänen auf El Salvador. Der immer offenere Kurs Reagans hatte hier auch breite Teile der Kirchen mobilisiert, die es nicht mehr länger auf sich sitzen lassen wollten, mit den halbfaschistischen Pöbelbanden der „Moral Majority" identifiziert zu werden. Je mehr die Lage in Mittelamerika im allgemeinen und in El Salvador im besonderen sich zuspitzte, desto breiter wurde die Bewegung gegen ein direktes Eingreifen der USA in diesen von der Regierung geschürten Krieg gegen das Volk, wuchs die Kritik an der Mittelamerikapoltik insgesamt. Und dies verband sich sehr schnell mit der gesamten Aufrüstungspolitik. Die Stationierung von neuen Langstreckenraketen in den USA selbst hatte ja auch gerade aus kirchlichen Kreisen den ersten Widerspruch erfahren.

Seitdem im letzten Herbst zahlreiche bekannte Kirchenfunktionäre, Bischöfe und Priester öffentlich ihren Protest artikulierten, haben sich auch immer mehr einflußreiche Prominente zu einer Politik des Aufrüstungsstopps bekannt. Regierungen von Bundesstaaten, Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses gehören zu den bisher über eine Million Unterzeichnern des „Freeze"-Appells.

Natürlich versuchen diese Kräfte, die extremen politischen Illusionen des Freeze-Aufrufs für ihre eigenen Ziele auszunutzen. Denn der Aufruf wendet sich an die Regierungen der beiden imperialistischen Supermächte und beschwört sie, keine weiteren Atomwaffen zu testen, herzustellen und zu stationieren (freeze heißt einfrieren).

Für die Friedensbewegung in den USA aber ist er seit langem die erste Möglichkeit, sich zu vereinen, eine gemeinsame Basis in diesem riesigen Land zu schaffen und ihre weitergehenden Ansichten zu verbreiten. Vor dem Zustrom aus den Kirchenkreisen waren es vor allem Gruppierungen der Studenten, Sozialarbeiter und ähnlichem, die sich in dieser Bewegung betätigten.

Je mehr aber die Aufrüstung der Regierung die Armen des Landes ins Elend treibt, desto mehr stoßen auch Selbsthilfeorganisationen der Indianer, Lateinamerikaner und der Neger hinzu. Dies gab der US-Friedensbewegung einen erneuten wichtigen Impuls zur Verbreitung.

Denn das Elend in den USA ist augenfällig. Jeder, der einmal dort war, weiß von den fürchterlichen Slums in allen Großstädten zu berichten, die sich in den letzten Jahren immer weiter ausbreiten, nachdem die Kampagne gegen die Armut, die Mitte der 60er Jahre ausgerufen worden war, in eine Kampagne gegen die Armen verwandelt wurde. Und arm sind nach US-Statistiken insgesamt heute bereits 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese Menschen waren nicht bei der Wahl oder sie haben auf keinen Fall Reagan gewählt. Ihr Widerstand war aber, wie Journalisten schrieben, aufgrund der Schockwirkung des Wahlergebnisses erst einmal relativ gering. Jetzt kämpfen sie für ihre mageren Rechte und stoßen dabei sozusagen automatisch und noch viel direkter als beispielsweise in der Bundesrepublik dabei auf den Kurs der Aufrüstung.

So reihen sich Bürgerrechtsgruppen und Selbsthilfeorganisationen immer mehr in diese Friedensbewegung ein.

Und selbst der amerikanischen Gewerkschaftsführung gelingt es nicht, die Werktätigen des Landes auf Dauer vom Widerstand gegen die Regierung abzuhalten, obwohl sie sofort nach der Wahl ihr Stillhalten verkündete, obwohl sie überall den Weg der Lohnsenkung bereitet.

Nach den großen Gewerkschaftskundgebungen gegen Sozialabbau, an denen sich im ganzen Land Millionen Menschen beteiligten, wird auch aus den Reihen der Gewerkschaften immer lauter Kritik an der Aufrüstung geäußert. Mit den Ausnahmen, wie man sie auch aus der Bundesrepublik kennt. Die Gewerkschaftsbosse der Rüstungsindustrie fordern die weitere Aufrüstung — wegen der angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze.

Auch aus diesen Reihen bekommt die Friedensbewegung neuen Zustrom. Und je mehr diese Bewegung wächst, desto klarer wird auch ihre politische Haltung, bzw. desto klarer treten in ihren Reihen eindeutigere Forderungen auf, wie beispielsweise die auf verschiedenen Osteraktionen erhobene Forderung nach einseitiger Abrüstung der USA.



Besetztes Ramalla — mit der Schulpolitik sollen die Araber assimiliert werden.

Hintergründe

Rassistische Schulpolitik Israels im Westjordanland

Warum ist es eigentlich gerade die Schuljugend, die im von Israel besetzten Westjordanland so stark am Widerstand beteiligt ist? Das mag sich manch einer fragen, der die Meldungen aus dieser Gegend liest. Im folgenden veröffentlichen wir einige Auszüge aus dem „Palästina-Bulletin", die zeigen, wie die reaktionäre Schulpolitik der Besatzer den Widerstand hervorruft bzw. verstärkt. (Aus Bulletin Nr. 15 von 1982.)

Bücher wie „Meine kleine Heimat" für das vierte Schuljahr, „Arabische Gesellschaft und die Palästina-Frage", „Geographie des arabischen Vaterlandes" für das zwölfte Schuljahr, sowie geographische Aufzeichnungen, die den Namen Palästina und seine politischen Grenzen beinhalten, wurden verboten. Das Wort Palästina wurde durch „Israel" ersetzt. Alle UNO-Resolutionen und die der internationalen Gremien hinsichtlich des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung wurden aus den Büchern ausradiert. Alles, was die nationale Zugehörigkeit und die Verbindung mit der Heimat stärkt, wurde ebenfalls eliminiert. Ein Gedicht von Tawfiq Ziyad „Zwanzig Unmöglichkeiten" ist ebenfalls verboten worden.

Die israelischen Behörden bezwecken mit diesen Willkürmaßnahmen die Verdummung unseres Volkes und die Zerstörung seiner nationalen und menschlichen Aspiration, um es so leichter unterdrücken und beherrschen zu können.

Die Lehrer üben ihren Beruf unter sehr schwierigen Umständen aus. Sie besitzen nicht die notwendigen Lehrmaterialien, die für ihre erzieherische Aufgabe erforderlich sind. Sie werden auf bloßen Verdacht hin aus ihrem Dienst entlassen, ohne daß gegen sie Beweise erbracht werden. In einem an einen Lehrer gerichteten Schreiben vom 28.8.1980 heißt es: „Der Offizier der Kultusbehörde hat beschlossen, Sie rückwirkend vom 5.6.1980 wegen Ihrer Verhaftung aus dem Dienst zu entlassen." Es bleibt nicht bei diesen Willkürmaßnahmen. Die Okkupationsbehörden haben seit 1967 fast 6700 Lehrer entlassen, die dadurch gezwungen wurden, das Land zu verlassen, weil sie keine Arbeitsmöglichkeiten mehr hatten. Die Lehrer werden außerdem nicht befördert und willkürlich versetzt, obwohl die Besatzungsbehörden solche Maßnahmen nicht ergreifen dürfen. Die Lehrerausschüsse werden verfolgt, unter Druck gesetzt, bei ihren Tätigkeiten behindert und ihre Tagungen werden mit Waffengewalt gesprengt. Das geschah z.B. mit den Ausschüssen in Hebron, Bethlehem, Ramallah, Tulkarem und Jenin.

Die Studenten und die Schüler sind unzähligen Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Besatzungsbehörden unentwegt ausgesetzt. Hierzu einige Beispiele:

Im Schuljahr 1980-81 allein wurden in Hebron 27 Gymnasialschüler verhaftet und an der Teilnahme an den Abiturprüfungen gehindert. In Bethlehem wurden 15 Gymnasialschülerinnen entlassen. In Nablus wurden mehr als 40 Gymnasialschüler verhaftet. Schulen werden für Wochen und Monate geschlossen und mit Geldstrafen belegt. Das Lehrpersonal wird öfter von Mitgliedern der Militärverwaltung beleidigt und gedemütigt. Das alles erzeugt bei den Schülern einen psychologischen Terror, der die Schüler daran hindert, ihr Studium fortzusetzen. Das Bildungsniveau bleibt daher sehr schwach. Einige Schüler verlassen deswegen die Schule und wenden sich dem Arbeitssektor zu.

In den schulischen Einrichtungen fehlt es an allem, was unbedingt notwendig ist, um den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten. Nach einer von der Bethlehem-Universität durchgeführten Statistik haben nur 35 Prozent der Schulen eine Bibliotheksraum und 47 Prozent Laborinstrumente. Die ausgewiesenen Mittel für Laboreinrichtungen in den Schulen von Bethlehem und Jericho betragen z.B. 140 Schekel, d.h. 4 jordanische Dinare.

In einem an den Offizier der israelischen Kultusbehörde gerichteten Schreiben vom Juli 1973 beklagen sich die Schuldirektoren, daß zwei Drittel der Schulräume unbrauchbar sind und mehr als 50 Schüler in einem Raum sitzen müssen. Manchmal übersteigt diese Zahl die Grenze von 60, wie z.B. in Abu Dees und Tulkarem. Nach einer Statistik für das Jahr 1978 bis 1979 sitzen in 60 Prozent der Schulen mehr als 50 Schüler in einem einzigen Raum. In 48 Schulen gibt es mehr als drei Gemeinschaftsklassen, in 153 Schulen gibt es drei Gemeinschaftsklassen in der Grundschule, und in 426 gibt es überhaupt nur Gemeinschaftsklassen. Viele Schulen leiden unter Mangel an Bibliotheken, Labors, Spielplätzen und Sanitätseinrichtungen, die zu Grundvoraussetzungen der Schule gehören.

Im Prozeß gegen die 52 Funktionäre der türkischen Gewerkschaft DISK

Angeklagtem das Rederecht verweigert

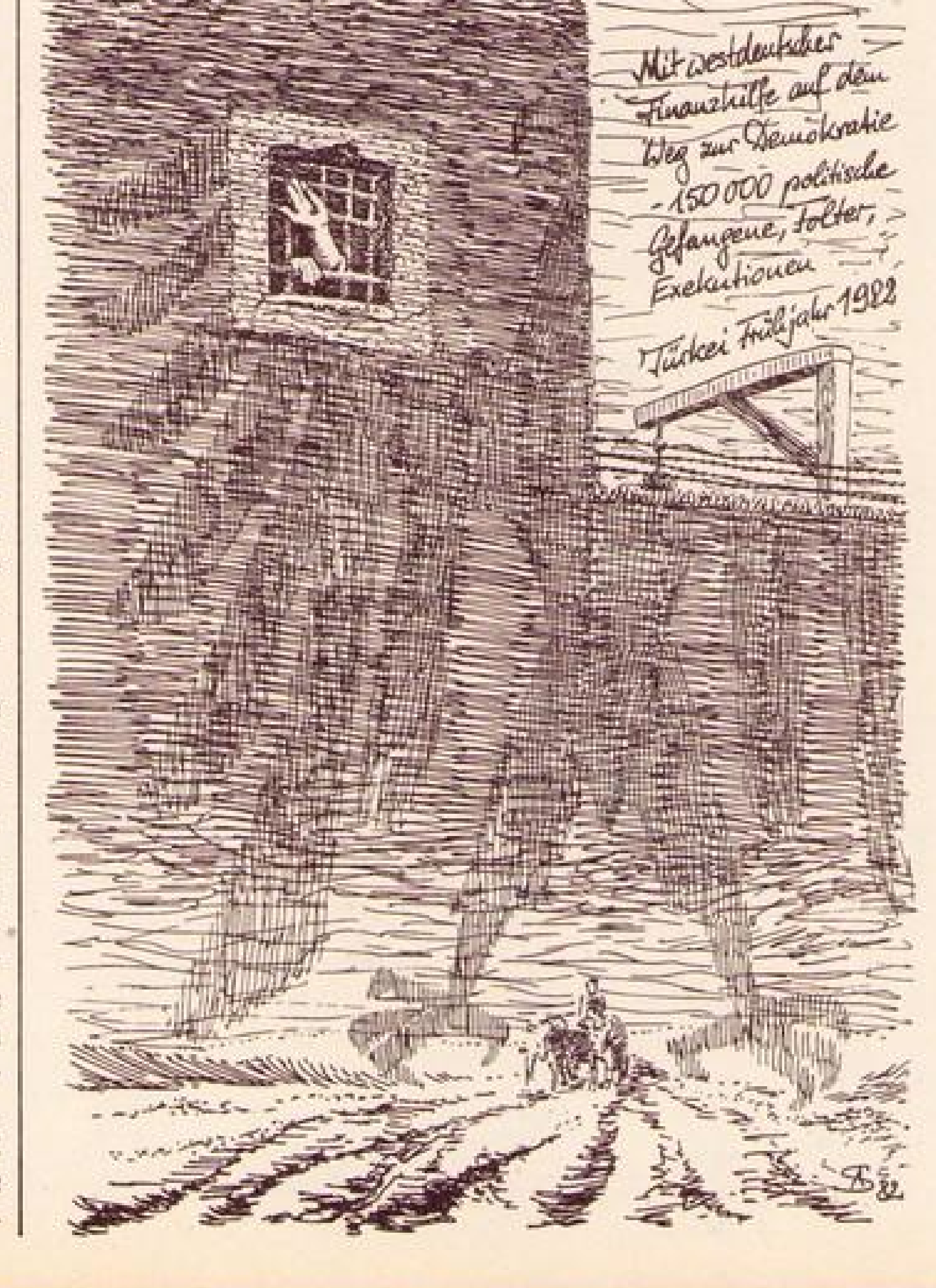
Im Prozeß gegen die DISK-Funktionäre, die mit der Todesstrafe bedroht sind, ist dem Vorsitzenden der Gewerkschaft untersagt worden, die Anklageschrift mit einer eigenen Stellungnahmen zu erwidern. Dies sei nicht der Ort für Plädoyers, meinten die Militärrichter und setzten nach der riesigen Anklageschrift die Befragung zu einzelnen Punkten auf die Tagesordnung der nächsten Prozeßtage.

Dieses Vorgehen ist umso skandalöser, als es im direkten Vergleich zum Prozeß gegen die Führung der faschistischen Partei MHP passiert. Dort war dem Faschistenführer Türkes die Möglichkeit gegeben worden, den Gerichtssaal tagelang als Tribüne für seine Ansichten zu nutzen, ohne daß man ihn unterbrochen hätte. So konnte er seine Unterstützung für die Junta und seine Einigkeit mit dem Diktator General Evren bekunden.

Und während beim MHP-Prozeß inzwischen nahezu alle wichtigen Vorstandsmitglieder freigelassen worden sind, bis auf Türkes selbst (der RM berichtete), wird der Kreis der 52 DISK-Angeklagten jetzt mit dem früheren Bürgermeister von Istanbul auf 53 erweitert. Und während diese haarsträubenden Vorfälle in aller Deutlichkeit zeigen, wie der Kurs Evrens aussieht und daß nichts Wahres an seiner Behauptung ist, er wolle nur eine Art Ordnungs- und Sicherheitsdiktatur organisieren, während dem wird in den westdeutschen Medien nach wie vor darüber debattiert, ob Evren nun auf dem Weg zur Demokratisierung ist oder nicht.

Bilanz: Dem Verbot der Parteien folgte die Zulassung der politischen Tätigkeit der Oberbefehlshaber der Mordbanden der MHP — vor Gericht. Alle anderen wanderten ins Gefängnis. Alle bisher gefällten Todesurteile, mit Ausnahme von zweien, richteten sich gegen Linke, die über tausend beantragten gegen Linke und Gewerkschaftsfunktionäre. Die Opfer der Folter waren bisher nur Linke, wobei als Folterer nicht selten dieselben Geheimdienstleute auftraten, die vorher die MHP organisiert hatten. Die 150000 politischen Gefangenen sind ebenfalls der linken politischen Bewegung zuzurechnen, aber auch Arbeiter, die gestreikt haben und völlig unorganisierte Menschen, die es wagten, Unzufriedenheit auszudrücken, gehören dazu.

Und immer noch wird dieses Blutregime von Bonn bezahlt, wird seine Rechtfertigungskampagne unterstützt.





Eisensteins Film „Iwan der Schreckliche" im Fernsehen

In der kommenden Woche ist im ZDF eines der großen Meisterwerke des Kinos zu sehen: Sergej M. Eisensteins in den 40er Jahren gedrehter Film „Iwan der Schreckliche". Der sowjetische Regisseur war vor allem mit seinem 1925 entstandenen „Panzerkreuzer Potemkin" zu Weltruhm gelangt — in der Bundesrepublik jedoch ist ein großer Teil seines filmischen Werkes relativ unbekannt geblieben.

Und das hatte durchaus handfeste politische Gründe. Der vor „Iwan" entstandene Film „Alexander Newski" beispielsweise war bis 1966 für öffentliche Vorführungen verboten und durfte auch in geschlossenen Vorstellungen nur in einer willkürlich verfälschten Fassung gezeigt werden. Im „Alexander Newski" hatte Eisenstein den Befreiungskampf des russischen Volkes gegen den Kolonialisten-Orden der deutschen Kreuzritter dargestellt; nach dem Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion


Nikolai Tscherkassow als Zar Iwan

wurde dieser Film breit in den sowjetischen Kinos eingesetzt und leistete so einen wichtigen künstlerischen Beitrag zum antifaschistischen Krieg. Die erwöhnte verfälschte Fassung nun stellte den Inhalt dieses Films geradezu auf den Kopf: Das russische Volk unter seinem Führer Alexander erschien als Aggressor und aus den Kreuzrittern waren unschuldige Opfer gemacht worden.

Auch der „Iwan" kam erst in den späten 60er Jahren in westdeutsche Kinos; die Vorführungen waren allerdings auf die sogenannten Filmkunsttheater begrenzt, und sie wurden teils vom Unverständnis, zum Teil auch von einer massiven Hetze und von Zensurforderungen der bürgerlichen Kritik begleitet. Mit einem solchermaßen offen zur Schau gestellten Haß reagierten die Ideologen des Adenauer-Staates damals auf alle künstlerischen Produktionen des Sozialismus.

Dabei ist auch „Iwan der Schreckliche" wie schon „Alexander Newski" ein historischer Film. Er steht in einer Reihe von ähnlich angelegten Kunstwerken aus den 30er und 40er Jahren, mit denen es sich sowjetische Kulturschaffende zur Aufgabe gemacht hatten, die Lehren aus der Geschichte ihres Landes für die unmittelbare Gegenwart nutzbar zu machen. Eisenstein wollte mit seinem Film das übermittelte Bild Iwans als eines primitiv-brutalen Despoten korrigieren und „die Persönlichkeit Iwans des Schrecklichen und seine historische Rolle von Grund auf neu" darstellen. Er schrieb zum Gegenstand seines Films: „Es war das Hauptziel dieses Zaren, an Stelle der zersplitterten, untereinander verfeindeten Herzogtümer des alten Rußlands einen streng zentralisierten, souveränen Staat zu setzen."

Obwohl sich Eisenstein wesentlich stärker als im „Alexander Newski" auf die Hauptfigur, den Zaren Iwan, konzentrierte, geht es ihm doch keineswegs darum, nur die Biographie einer bestimmten historischen Persönlichkeit abzuschildern. Er gestaltete vielmehr einen im 16. Jahrhundert erfolgten Umbruch in der Geschichte Rußlands, der gekennzeichnet ist vom Kampf eines historischen fortschrittlichen Zentralismus gegen die Anarchie der Adelsherrschaft. Der erste Teil des Films setzt ein mit der Krönung des 17jährigen Iwan zum Zaren; er stellt dessen erfolgreiche Bemühungen dar, das Land vom Joch fremder Eroberer wie etwa der Tartaren zu befreien; schließlich wird die zähe und langwierige Auseinandersetzung Iwans mit den Bojaren (den bis dahin weitgehend autonomen Fürsten) aufgerollt, in deren Verlauf sich die Bojaren auch mit ausländischen Mächten verbünden, um ihre alten Rechte gegen die neue Zentralgewalt wieder herzustellen. Iwan resigniert in diesem Kampf und zieht sich auf seine Burg in Alexandrow zurück. Den Abschluß des ersten Teils von „Iwan dem Schrecklichen" bildet dann ein Pilgerzug des russischen Volkes nach Alexandrow, durch den der Zar in die Hauptstadt zurückgeholt wird, um den Kampf gegen die Bojaren fortzusetzen.

Noch vor der endgültigen Kapitulation der Hitler-Faschisten, im Januar 1945, wurde „Iwan der Schreckliche" (Teil I) in Moskau uraufgeführt. Er hatte sowohl beim Publikum wie auch bei der Kritik einen durchschlagenden Erfolg. Und das übrigens nicht nur in der Sowjetunion. Charles Chaplin zum Beispiel schickte ein begeistertes Telegramm an Eisenstein, in dem er „Iwan" als den größten historischen Film bezeichnete, der je geschaffen wurde. „Seine Atmosphäre", so Chaplin, „ist großartig, und die Komponisten der Filmmusik, Sergej S. Prokofjew (mit beiden hatte Eisenstein auch schon bei „Alexander Newski" zusammengearbeitet.

Ursprünglich sollte der „Iwan" zwei Teile umfassen. Bei der Montage des abgedrehten Filmmaterials erweiterte Eisenstein sein Konzept jedoch auf eine dreiteilige Fassung. 1946 war Teil II fertiggestellt; er trug den Titel „Die Verschwörung der Bojaren" und schilderte unter anderem den Aufbau einer Leibwache Iwans, der sogenannten Opritschniki, für den Kampf gegen die Bojaren. Dieser zweite Teil des Films fiel jedoch stark gegen den ersten ab.

Eisenstein hatte sich bei seinem monumentalen Werk vorgenommen, die Vermittlung von gesellschaftlichen Bedingungen und persönlichen Charakterzügen in der Figur seines Helden aufzuhellen. Diese Einheit riß er jetzt jedoch auseinander. Iwan erscheint im zweiten Teil des Films nur noch von persönlichen Motiven angetrieben; die politischen Ziele, seine gesellschaftliche Rolle, sein Bezug zu den Volksmassen — all das verschwindet nahezu vollständig. So ging der den ersten Teil auszeichnende Realismus weitgehend verloren; filmische Mittel wie Licht- und Schattenspiele, theatralische Gesten der Schauspieler oder der besonders starke Einsatz von Elementen der Architektur gewinnen nun ein Eigenleben und dienen nur noch dazu, eine allgemeine Atmosphäre der Angst und der Vereinsamung zu beschwören. Das ZK der KPdSU (B) machte in einer im September 1946 veröffentlichten Stellungnahme auf diese schwerwiegenden Mängel aufmerksam.

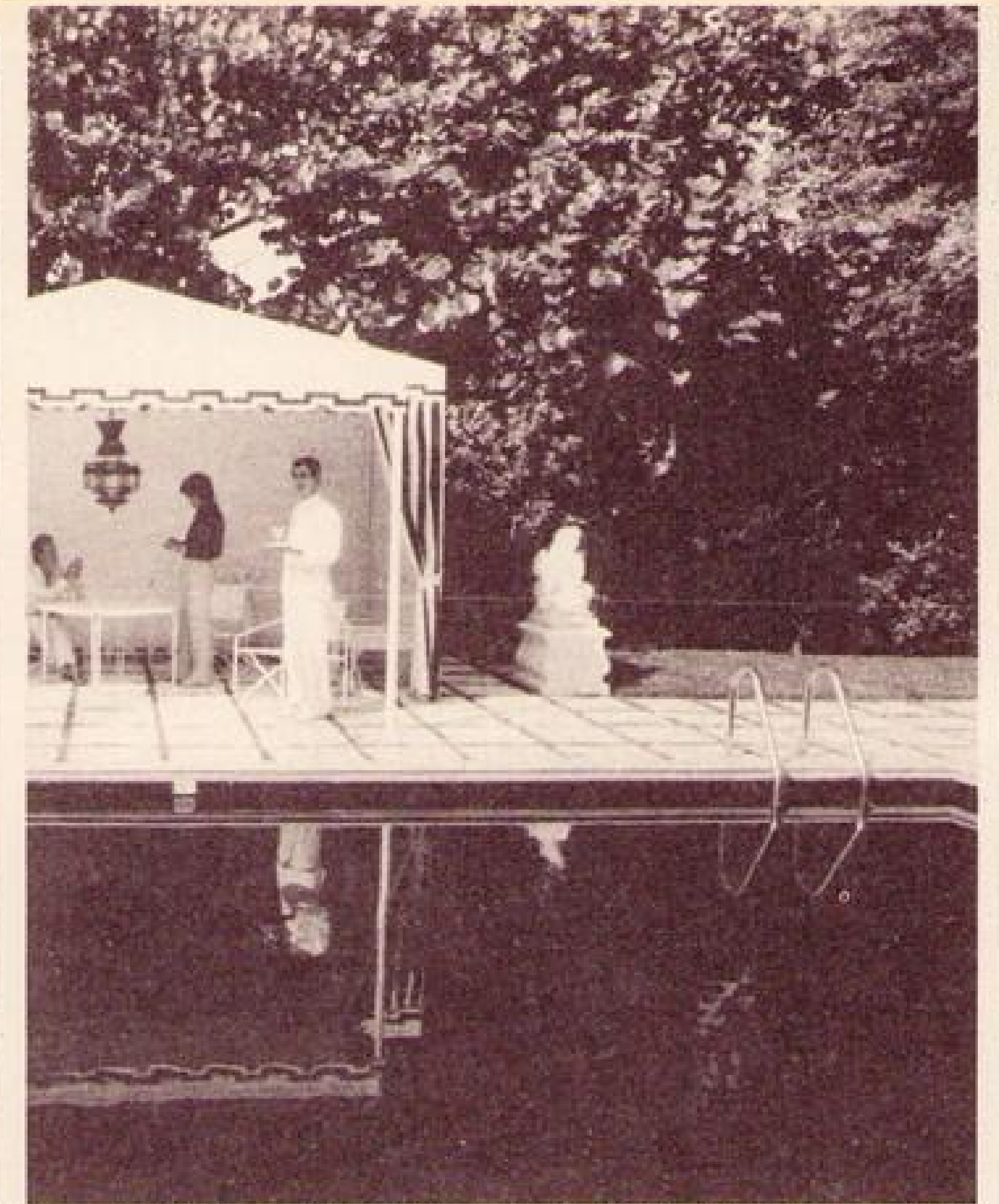
Einige Monate später führten Eisenstein und sein Hauptdarsteller Tscherkassow eine längere Diskussion mit Stalin über den „Iwan" (Stalin hatte trotz schon früher in Eisensteins Werk aufgetretener formalistischer Tendenzen doch stets die große künstlerische Kraft dieses Werkes erkannt und sich beispielsweise gegen den Wider-


Eisenstein (rechts) mit dem Komponisten Prokofjew

Schönheit übersteigt alles bisher im Film Gesehene."

Die sowjetische Kritik würdigte den „Iwan" als einen „sinfonischen Film" — eine Anspielung auf die Tatsache, daß es Eisenstein hier gelungen war, alle filmischen Ausdrucksmittel, die er ja wie kaum ein anderer beherrschte, mit musikalischen, bildlichen und darstellerischen Elementen zu einer wirklichen Einheit zu verschmelzen. Das Werk wurde mit einer ganzen Serie von Stalin-Preisen ausgezeichnet, nicht nur für Eisenstein selbst, sondern beispielsweise auch für den Iwan-Darsteller Nikolay K. Tscherkassow und für den stand der verantwortlichen Kulturfunktionäre dafür eingesetzt, daß Eisenstein den „Alexander Newski" realisieren konnte). Als Ergebnis dieser Diskussion wurde ein neues Konzept für die letzten beiden Teile des „Iwan" entwickelt. Eine schwere Krankheit und schließlich sein Tod im Februar 1948 verhinderten die Verwirklichung dieser Pläne.

So blieb „Iwan der Schreckliche" unvollendet. Das ZDF zeigt den ersten und den von Eisenstein nicht mehr umgearbeiteten zweiten Teil am 28. April um 23.10 Uhr und am darauffolgenden Tag um 23.00 Uhr.


Krupp junior bespricht mit seinem Privatsekretär den Umbau seiner neuen Villa in Florida

Krupp junior will nicht mehr

Der Aussteiger des Monats

Arndt von Bohlen und Halbach, letzter Sproß aus der Krupp-Dynastie, hat die Schnauze voll. Er will fortan kein Deutscher mehr sein. Das vertraute er jedenfalls dem amerikanischen Magazin „People" an. Der Grund für seinen Ärger: „Ich hasse Deutschland. Dort muß ich meinen Reichtum verstekken." Und nicht nur das: „Da bewirft der Pöbel meinen weinroten Rolls Royce mit faulen Eiern". Angesichts eines so stillosen Verhaltens seiner Landsleute will Krupp junior nun Amerikaner werden. Denn die USA sind nun einmal — so der Junior zu „People" — „die letzte Bastion der Freiheit."

Nun geht er also fort, dieser sensible junge Mensch, dem der Pöbel den Reichtum neidet. Dabei hat gerade Geld für ihn noch nie eine Rolle gespielt. Weiß er doch nicht einmal genau, wieviel davon er überhaupt auf seinen Konten hat. „Sind es 160 Millionen? Sind es mehr? Ich weiß es wirklich nicht."

Er hatte auch früher schon seinen Aufenthalt in Westdeutschland auf das im Rahmen seiner Jet-Set-Pflichten notwendige Maß eingeschränkt. Es standen ihm ja glücklicherweise immer schon einige bescheidene Refugien im Ausland zur Verfügung, beispielsweise ein 38-Zimmer-Palast in Marokko oder Schloß Blühnbach in Österreich mit 84 Zimmern.

Nun richtet er sich dazu noch eine Villa in seiner neuen Heimat ein, in Palm Beach an der Küste von Florida. Seine neuen Nachbarn jedenfalls, so wußte kürzlich der „Stern" zu berichten, sind begeistert von dem Möchtegern-Amerikaner. Aber US-Milliardäre sind eben auch kein Pöbel. Sie werden den weinroten Rolls Royce gebührend bewundern und sich nicht an den 27 Dienern stoßen, die um Krupp junior herumscharwenzeln. Sie werden sich auch nicht das Maul darüber zerreißen, daß der Krupp-Erbe schon mal einen Gespielen für gemeinsam verbrachte frohe Stunden mit einem Diamantring für 200000 Mark beglückte.

Arndt von Bohlen und Halbach wird also Amerikaner. Aber so ganz sind seine Verbindungen mit uns Zurückgebliebenen doch nicht abgerissen. Es gibt da nach wie vor ein starkes Band — eben das Geld, von dem er selbst nicht weiß, wieviel es ist. Nun, wir können ihm immerhin sagen, wie er zu diesem Geld gekommen ist. Dadurch beispielsweise, daß seine Dynastie an jedem Krieg seit dem von 1870/71 verdient hat, manchmal — wie im ersten Weltkrieg — sogar auf beiden Seiten. Jeder tote Soldat hat die Kassen in Essen klingeln lassen und je mehr gerüstet wurde, je verheerender die Kriege wurden, desto mächtiger und reicher wurde die Dynastie der Krupps.

Zu seinem Geld ist Junior Arndt auch dadurch gekommen, daß der Herr Papa aktiv dafür gesorgt hat, Hitler und seine Partei an die Macht zu bringen: Sechs Jahre Nazi-Diktatur haben gereicht, um das persönliche Einkommen der Familie Krupp zu verdoppeln. Es gab zwar auch Tiefpunkte in der Familiengeschichte, immer dann, wenn das arbeitende Volk einmal sein Haupt heben konnte — wie etwa nach der Befreiung vom Faschismus. Da wurde der Herr Papa als Kriegsverbrecher zu zwölf Jahren Kerker und zur Abgabe seines gesamten Vermögens verurteilt. Aber es gab eben auch damals schon diese überaus netten Amerikaner. Die holten Krupp senior flugs wieder heraus und gaben ihm alles zurück.

So ist also Arndt von Bohlen und Halbach zu seinem Geld gekommen. Er ist nie etwas anderes als Berufserbe gewesen. Selbst die normale „Tätigkeit" eines Kapitalisten war ihm stets zuwider. Er war vollständig damit ausgelastet, all das viele Geld auf den Kopf zu hauen. Und so verzichtete er denn auch 1967 offiziell auf sein Erbe. Damit war nun aber kein endgültiger Schlußstrich zwischen dem Junior und dem Konzern gezogen. Der Krupp-Konzern wurde zwar in eine Stiftung umgewandelt, aber die zahlt dem jungen Krupp Jahr für Jahr eine Rente von zwei Millionen Mark.

Oder, genauer gesagt: Die Arbeiter im Konzern müssen nach wie vor für den standesgemäßen Unterhalt dieses Krupp-Sprößlings aufkommen. Und sie werden auch künftig jede Dollar-Million erschuften müssen, die der künftige US-Bürger in Florida verprassen wird.



Samstag, 24. April
23.50 Uhr, ARD
Los, Tempo! Der Spielfilm von Carlos Saura über Jugendkriminalität in Madrid wurde letztes Jahr auf der Berlinale mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet.

***

Sonntag, 25. April
13.15 Uhr, ARD
Ernst Lubitsch. Enno Patalas stellt den deutschen Regisseur Lubitsch vor, einen Meister der Filmkomödie. Die ARD sendet, beginnend mit „Ärger im Paradies" am 30. April, eine Reihe von sieben Lubitsch-Filmen.

***

Sonntag, 25. April
15.15 Uhr, ARD
Kaiserhofstraße 12. Fernsehfilm von Rainer Wolffhardt nach dem gleichnamigen autobiographischen Roman von Valentin Senger, in dem das Schicksal einer jüdischen Familie während der Nazi-Zeit geschildert wird.

***

Sonntag, 25. April
21.00 Uhr, HR III
Hanns Dieter Hüsch. Der Kabarettist stellt sein neues Programm vor.

***

Montag, 26. April
21.20 Uhr, ZDF
Torquato Tasso. Goethes Schauspiel über den Konflikt zwischen dem Dichter Tasso und der feudalen Macht wird in einer hervorragenden Inszenierung von Claus Peymann aus dem Bochumer Schauspielhaus gezeigt. Mit Branko Samarovski, Barbara Nüsse u. a.

***

Montag, 26. April
22.00 Uhr, WDR III
Mensch Meier. Als „Fernsehspiel des Monats" wird dieser Film wiederholt, den Franz Xaver Kroetz nach seinem gleichnamigen Theaterstück über das Auseinanderbrechen einer Arbeiterfamilie gedreht hat. Mit Veronika Fitz, Franz Xaver Kroetz und Max Krückl.

***

Mittwoch, 28. April
22.20 Uhr, ZDF
Die gebrochene Säule. Film über die mexikanische Malerin Frida Kahlo.

***

Mittwoch, 28. April
23.10 Uhr, ZDF
Iwan der Schreckliche. Spielfilm von Sergej Eisenstein. (Siehe Artikel auf dieser Seite.)

***

Donnerstag, 29. April
23.00 Uhr, ZDF
Iwan der Schreckliche. Zweiter Teil des Spielfilms von Eisenstein.

***

Freitag, 30. April
21.35 Uhr, ARD
Arbeitsplätze um jeden Preis? Bericht von Eckhard Garczyk über Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaftern in der Rüstungs- und Atomindustrie.

70 000 marschierten für den Frieden

Demonstrationen zum Auftakt des SPD-Parteitags

München, 17. April 1982. Der Odeonplatz vor der Feldherrnhalle bietet ein ungewöhnliches Bild: Stände werden aufgestellt, Transparente entrollt — Parolen gegen den Krieg beginnen das Bild des Platzes zu prägen, der vielen aus der Geschichte als Aufmarschplatz der Hitler-Faschisten besser bekannt ist. München, die ehemalige „Hauptstadt der Bewegung" (der Nazis), steht an diesem Tag im Zeichen der Friedensbewegung.



Während der Auftaktkundgebung auf dem Odeonsplatz.

Mit dabei: Die Genossen der KPD. Die Münchener Ortsgruppe erlebt zur Zeit einen Aufschwung, zu dem die gute Arbeit der Genossen im Friedenskampf beiträgt. So unterstützen sie aktiv die Arbeit der Vereinigten Münchener Friedensinitiativen (VMF), die die alternative Auftaktkundgebung und Demonstration organisierte. (Alternativ zur von den Jusos mit allen Mitteln eingegrenzten Demonstration, die am Nachmittag beginnen soll und bei der allzu radikale Kritik an der SPD untersagt ist.)

Die VMF haben übrigens eine bemerkenswerte Entstehungsgeschichte, die sie selbst am 13.4. im Rahmen einer Pressemitteilung über Ziel und Vorgeschichte ihrer Demonstration darlegten. Die VMF haben sich gegründet als ausdrückliche Reaktion auf den Versuch der DKP-gesteuerten Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, die *Volksfront* und die Initiative „Runter vom Pulverfaß" aus den Aktionen der Friedensbewegung in München auszugrenzen.

„Den VMF schlossen sich alle Gruppierungen an, die sich nicht auf die Plattform der Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung stellen konnten. Hierfür waren im wesentlichen zwei Gründe ausschlaggebend:
a) die Einschätzung der BI, die wachsende Kriegsgefahr ginge ausschließlich von der westlichen Supermacht aus;
b) die Struktur der BI, die eine Mitarbeit kleiner, autonomer Gruppen nicht zuläßt."

So heißt es in der Erklärung der VMF.

Inzwischen haben die VMF einen größeren Einfluß als die BI. Eine klare politische Niederlage also für die Spalter. Selbstverständlich bemühen sich die VMF trotz der genannten Vorfälle bei Aktionen um gemeinsames Vorgehen.

Am 17.4. allerdings war von der DKP fast nichts zu sehen. Sie ließ es bei dem Aufruf und der Beteiligung am Ostermarsch bewenden, an dem etwa 8000 Menschen teilnahmen, und tat nichts zur Stärkung der wichtigen Demonstration anläßlich des SPD-Parteitages. Man sah nur ein paar Flugblattverteiler, Zeitungsverkäufer und Unterschriftensammler.

Die Initiative „Runter vom Pulverfaß" dagegen war dabei, und ebenso natürlich die *Volksfront*. Aktiv beteiligt auch an Vorbereitung und Leitung der Aktion, mit einigen guten Ideen im Demonstrationszug, von denen noch die Rede sein wird.

Pünktlich begann die Kundgebung vor der Feldherrnhalle, auch wenn zu diesem Zeitpunkt erst verhältnismäßig wenige Demonstranten eingetroffen sind, 5000 vielleicht.

„Es ist fünf vor zwölf — wir müssen anfangen!" Mit diesen Worten eröffnete eine Sprecherin der VMF die Kundgebung. Fünf vor zwölf, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne.

Auf dem Odeonplatz sprachen an diesem Tag: Sophie Behr (Frauen für Frieden), Hans Bischlager (Ohne Rüstung leben), Barbara Blust (Landesschülersprecherin BaWü), der schlicht als „Gewerkschafter" angekündigte Hans J. Schulz, Alfred Mechtersheimer, Petra Kelly, Henning Venske, Uta Ranke-Heinemann, Roland Vogt (BBU), Rudolf Bahro, Georg Soldner (VMF) und Alexander Schubart. Musik- und Kabarettbeiträge kamen von Julius Schittenhelm, Helmut Ruge und der Gruppe Guglhupf, Peter Bury sowie Walter Mossmann. Die Reden unterschieden sich inhaltlich, auch im Grad der Klarheit, bei der Nennung der Ursachen für die Kriegsgefahr, der wirklichen Rolle der SPD und der wichtigsten Aufgaben der Friedensbewegung. Das ist kein Wunder. Aber der wesentliche Konsens dieser Kundgebung war anders als auf der, die später auf dem Königsplatz stattfand, die von den Jusos geleitet wurde. Lag hier das Schwergewicht auf Appellen zur „Umkehr" an die SPD, so wurde auf dem Odeonplatz die Notwendigkeit des Kampfes ohne Vertrauen in irgendeine Bonner Partei klar in den Vordergrund gestellt.

Besonders positiv erwähnen muß man wohl die Beiträge von Henning Venske und Hans Schulz.

Mit viel Engagement und überzeugenden Argumenten griff Venske die SPD scharf an. Er ging dabei auch einige Jahrzehnte in der Geschichte zurück und zeigte, daß die SPD noch nie die konsequente Friedenspartei war, als die sie sich hinstellt, weder vor dem ersten noch vor dem zweiten Weltkrieg. „Die SPD beruft sich darauf, daß sie noch keinen Krieg angefangen hat. Hat sie denn schon mal einen verhindert?" Sein Gesamturteil über diese Partei: „Nicht vertrauenswürdig".

Hans Schulz wies besonders darauf hin, daß Friedensbewegung ohne Arbeiterbewegung scheitern muß. „Die durchschlagende Kraft (...) werden wir erst, wenn wir die Mehrheit der Arbeitenden nicht nur überzeugen, sondern wenn wir sie auch für die Friedensbewegung aktivieren können (...). Dauerhafte Folgen hat nur die Tat der Arbeiter, nicht der Studentenprotest. Darum müssen wir in den Gewerkschaften arbeiten — nicht um folgenlose Resolutionen zu verabschieden, sondern um dort und in den Betrieben zu überzeugen."

Und als Beispiel erfolgreichen Friedenskampfes der Arbeiterklasse führte er die Oktober-Revolution an. Die entscheidende Kraft der Arbeiterklasse erläuterte er auch am Beispiel Polens. Er schloß mit den Worten: „Dieses Beispiel beweist uns wieder einmal aber auch etwa anderes. Keine herrschende Klasse oder Bürokratenclique tritt freiwillig ab. Die Polen vergaßen, sie zu entwaffnen. Es genügt nicht der Appell: ‚Frieden schaffen ohne Waffen'. Erst wenn wir die Herrschenden aller Länder entwaffnet haben, werden wir Frieden schaffen". — Derartiges hört man ja nun heutzutage noch nicht allzu oft von Rednertribünen bei Friedensveranstaltungen.

Hier ist nicht der Platz, die Reden ausführlich zu behandeln. Zitiert sei noch Alfred Mechtersheimer, weil er im Fernsehen gezeigt wurde, als er den Satz sprach: „Ist es nicht unerheblich, welcher Helmut in Bonn die Regierungsohnmacht repräsentiert?"

Wenn wir auch nicht alle seine Auffassungen teilen, meinen wir doch, daß einige seiner Ausführungen Beachtung verdienen, die man nicht im Fernsehen hören konnte.

„...die Sozialdemokraten (haben) hier in München zu entscheiden, ob sie es sein werden, die in einem Jahr auf Demonstranten vor den amerikanischen Atomwaffen schießen lassen, oder aber, ob die Bewegung gegen die Atomwaffen mit Hilfe der Sozialdemokraten so mächtig wird, daß es keine Regierung wagt, auf Menschen zu schießen, die sich vor den Waffen im eigenen Land mehr fürchten als vor denen des Gegners." — Nun, auf die Hilfe „der Sozialdemokraten" sollten wir nicht hoffen; bemerkenswert an Mechtersheimers Worten ist vor allem daß er es immerhin der SPD zutraut, den Schießbefehl zu geben, wenn dem tatsächlichen Versuch, neue Raketen zu stationieren, Widerstand entgegengesetzt wird. Wir trauen es ihr auch zu. Aber wir gehen innerhalb der „Prominenz" der Friedensbewegung nicht schon so weit, so etwas zu sagen?

Mechtersheimer bezeichnete auch die Hoffnungen auf Abrüstung durch die „Rüstungskontrollverhandlungen" als „Irrglauben".

Als besonders negatives Beispiel sei noch Bahro erwähnt, der sich offenbar schon als der Außenminister einer Regierung fühlt, die kommen soll, nachdem die SPD weg ist („möglichst bald") und die CDU/CSU danach „abgewirtschaftet" habe, und die dann von der „Ökologie- und Friedensbewegung" (wie Bahro sie versteht) gestellt würde. Er forderte, daß mit der DKP als Organisation keine Aktionseinheiten mehr gemacht werden dürften, daß sie von Friedenskampf-Aktionen ausgeschlossen werden solle.

So wie Bahro auf die DKP eingeht, dient das in der Tat nur der Reaktion, die sich auf ihn beruft und berufen wird, wenn sie die Friedensbewegung als „kommunistisch", sprich: prosowjetisch unterwandert hinstellen will. Es dient der tatsächlichen Spaltung der Bewegung und verhindert auch die Überzeugung der ehrlichen Anhänger der DKP, die diese ja auch in der Arbeiterschaft hat. Die DKP-Führung ihrerseits benutzt die Ausfälle Bahros dazu, in Initiativen usw. jede Kritik an bestimmten Positionen als „schädlich für die Einheit" hinzustellen und glaubhaft zu machen, damit würde man sich auf eine Ebene mit Bahro stellen bzw. es würde aufs gleiche hinauslaufen.

Nach Abschluß der Kundgebungen setzten sich die Teilnehmer in Richtung Theresienwiese, dem Sammelplatz von Jusos, Falken und Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt in Bewegung. 25000 waren es zu diesem Zeitpunkt. Diese Zahl stammt auch von der Polizei vor Ort. Das mag manchen erstaunen, der in den Nachrichten gehört hat, die Polizei habe die Teilnehmer beider Demonstrationen mit insgesamt 20000 angegeben. Das ist ganz offensichtlich die von der Polizeiführung für Presse, Fernsehen und Rundfunk zurechtgestutzte Zahl.

Im Verlauf der Demonstration wuchs der Zug immer weiter an, bis auf über 30000. Eine unübersehbare Schlange ist es, die sich der Juso-Demonstration auf der Theresienwiese anschließt, die einige tausend Menschen weniger aufweist. (Auch das durch Polizeizählungen „bestätigt".) Zeitweilig marschieren insgesamt etwa 70000 Menschen. Damit erlebt München die zweitgrößte Demonstration der Nachkriegszeit.

Die Jusos selber haben damit offensichtlich nicht gerechnet. Schon gar nicht mit dem Erfolg der Aktion der VMF. Als ich auf dem Königsplatz einem Juso-Ordner sagte, nach dem Vorbeizug „seines" Zuges kämen nochmal soviele Menschen, meinte er: „Soviel Alternative gibt es gar nicht". Irrtum.


5 vor 12 auf der Uhr der Teatinerkirche am Odeonsplatz.

Im Demonstrationszug setzte sich besonders die *Volksfront* gut ins Bild. Die Attraktion des Zuges war ein Traktor, dessen Schaufel vorn mit einer Rakete verziert war, die sich beständig hob und senkte. Auf dem Anhänger hatte eine Musikgruppe ihre Anlage installiert und sorgte mit ihren Liedern für Stimmung.

Bei der Abschlußkundgebung auf dem Königsplatz sprachen Heinrich Albertz, Gert Bastian, Heinrich Häberlein (DFG-VK), Willy Pieczyk (Jusos), Robert Jungk und Werner Kindsmüller (SJD - Die Falken). Zuviel der langen Reden an diesem Abend; Zehntausende gingen bereits weg, als die Vorträge noch voll im Gange waren.

Es war ein Aktionstag, der Spaß und Mut gemacht hat. Er hat gezeigt, wie richtig es ist, sich nicht zum Verzicht auf unbedingt notwendige Klarheit in den Parolen und der Stoßrichtung von Friedensaktionen zwingen zu lassen, auch nicht mit dem „Spaltungs"-Geschrei. Es waren die Teilnehmer der VMF-Aktion, die sowohl um die größtmögliche Einheit an diesem Tag bemüht waren als auch darum, die Aktionen nicht zu einem halbherzigen Appell an die SPD-Delegierten verkommen zu lassen. Gerade auf dem Odeonplatz wurde auch immer wieder die Notwendigkeit betont, sich am 10. Juni in Bonn zu einer machtvollen Demonstration zusammenzufinden, wenn Reagan kommt. Hier waren konsequente Losungen gegen die Kriegspolitik der NATO zu hören und zu sehen, und die Parole „Raus aus der NATO" gehörte, wenn sie auch aus dem offiziellen Aufruf herausgenommen und durch eine unklarere ersetzt worden war („Für eine Politik, die die Auflösung der Militärpakte zum Ziel hat") in verschiedenen Varianten zu den offiziellen Sprechparolen, die von der Demonstrationsleitung ausgegeben wurden.

So fühlte man sich nach der Münchener Demonstration am 17. April angespornt, dem Ruf zu folgen, der in Reden und auf einem Transparent erhoben wurde:

„Auf Wiedersehen in Bonn!"







Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 16, 23 Nisan 1982 | Yıl: 16 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Barış Yürüyüşü:

Münih'te SPD Parti Kongresi'nin yapılmasından ötürü 17 Nisan'da 70 000 kişi hükümetin barışı tehdit eden politikasına karşı düzenlenen yürüyüş ve mitinglere katıldı. Yürüyüşten önce içinde KPD'nin de çalıştığı Münih Birleşik Barış İnsiyatifi bir alternativ miting düzenledi. Eylem üzerine ayrıntılı haber 3. sayfada.

Rockwell Golde işçileri işyerinin kapatılmasını önlemek için firmayı işgal ettiler

FRANKFURT/MAİN. — Şimdiye kadar bir çok işyerinde işçiler işyerlerinin kapatılmasını ve toptan çıkışları önlemek için işyerlerini işgal etme silahına sarıldılar. 16 Nisan Cuma günü Frankfurt Rockwell Golde işletmesinde de işçiler aynı mücadele silahına sarılarak üretimi durdurdu. O gün firmada çalışan toplam 340 işçi işyerini işgal etti ve o günden beride 24 saat boyunca firmada nöbet tutmaktalar. Çıkışlara hayır! İşyerinin adım adım kapatılmasına son! Rockwell Golde'deki işyerleri korunmalıdır! İşte işçi arkadaşların talep ettikleri ve bunların gerçekleştirilmesi uğruna kararlı bir şekilde mücadeleye atılmasının nedeni bunlardır.

İşgal altında tutulan işyerinin giriş kapılarında Almanca ve Türkçe olarak asılı bulunan pankartların üzerinde şu şiarlar yazılı: "Tüm işyerleri uzlaşmaz bir şekilde korunmalıdır!, Çıkışlara hayır! Sosyal tazminatlarınız sizin olsun, biz iş istiyoruz!"

Bu açık sloganlar altında Frankfurt Rockwell Golde metall işçileri 110 işçi arkadaşın çıkışını engellemek ve işyerlerinin taksim taksim kapatılmasından şüphe ettikleri için mücadeleye atıldılar. Cuma günü saat 12.30'da işçiler greve gittiler. İşçi arkadaşlar işyerinin bahçesinde toplanarak işletme yönetiminden işyerinin kapatılması planı ve işyeri işçi temsilciliği ile sürdürülen görüşmelerin sonuçları üzerine açık bir şekilde bilgi verilmesini istediler.

Patronlar bunun üzerine aniden işbölümlerinde cerayanı kesti ve gece vardiyasında çalışan işçilerin içeri girmesini engellemek için ise giriş kapılarını kilitlediler. Bu patronların başvurduğu bir lokavttı!

Fakat metal işçileri işletme yönetiminin bu alçakca provakasyonuna karşı yılgınlığa kapılmak yerine kinlerini daha da bilediler.

İşletme yönetimi küçük hesap yaparak lokavta gitmekle işçi arkadaşları yıldıracağını sanmıştı. Ama onlar bunda yanıldılar. İşçi arkadaşlar daha da kararlı bir şekilde mücadeleye atıldılar. Böylece cuma akşamı 60 işçi arkadaş işyerinde nöbet tuttu. İşte gazetemizin baskıya verildiği ana kadar henüz devam eden işyeri işgali böyle başlatılmıştı. İşte işçi arkadaşlar dakikası dakikasına işyerinin işgalini sürdürüyorlar.

Cumartesi ve pazar günü grevdeki işçilerin aileleri de yanlarına gitti. İşgal eyleminin ardından Frankfurt'taki işyerlerinde ve sendikalarda dayanışma hareketi giderek genişlemeye başladı. Ayrıca Frankfurt'ta işyerlerinin kapatılmasını önlemek için işgal eylemleri artık bir gelenek haline geldi. Örneğin geçen yıl Triumph/Adler ve VDM firması işçileri de işyerini işgal etmişlerdi. Onlar böylece eylemleri ile işyerinin kapatılmasını ve toptan çıkışlara gidilmesini önlemek istiyorlardı. Ama IGM Yerel Yönetimi bu mücadeleyi sabote ettiğinden ötürü, eylem hedefine ulaşamadı.

Rockwell Golde'deki işgal eyleminin hemen ardından Triumph/Adler, VDM ve daha diğer bir çok işyerinden dayanışma için delegeler geldi. Partimiz KPD bu dayanışma hareketi içerisinde ilkin yer alan işçi hareketinin örgütlerinden biriydi. Frankfurt'tan KPD'li yoldaşlar geçen hafta cumartesi günü işgal eyleminde yer alan işçi arkadaşlara çay ve katıklı ekmek götürdüler. Bunun yanı sıra Partimiz KPD'nin Frankfurt Bölge Örgütü ayrıca geçen cumartesi bir dayanışma mesajını ve 100 DM da bağışı işçi arkadaşlara iletti. KPD Merkez Komitesi'nin bir dayanışma mesajı ve 500 DM mücadeleye destek için bağış ise gazetemiz "Kızıl Şafak"ın baskıya verildiği esnada iletilecek.

Frankfurt'un sınırlarının dışında da Rockwell Golde işçileri ile dayanışma hareketi giderek yeni boyutlar kazanıyor. Örneğin Ulm'daki Videocolor işletmesinde yapılan işgal eyleminde 18 gün grev komitesi sözcülüğünü yapan Udo Tischer de Rockwell Golde firmasına giderek grevdeki işçilere mücadele tecrübelerini anlattı.

Geçen hafta pazartesi günü işletme yönetimi büyük bir saldırıya geçerek grev cephesini parçalamaya girişti. Onlar üretimi yurtdışına aktarmak istedikleri bir bölümle henüz bu tür planlardan etkilenmeyen diğer bir üretim bölümü arasında birliği bölebilecekleri planını yaptılar.

Fakat her iki bölümden de işçi arkadaşlar işverenin bu çirkin hesabının üzerine kalın bir çizgi çektiler. İşletme müdürü işçileri üç kez işbaşı yapmaya çağırdıysa da karşılığında her seferinde işçi arkadaşlardan hayır cevabını aldı.

Böylece Rockwell Golde'deki işyeri işgal eylemi işyerinin kapatılması sözkonusu olan diğer işletmelerde yankısını gösterdi.

Geçen hafta perşembe günü Frankfurt Mannesmann-Demag şubesinde de işçi arkadaşlar 140 işçi arkadaşın çıkışının verilmesi planını boşa çıkarmak için 3,5 saat boyunca işyerinin giriş kapılarını bloke ettiler.

Frankfurt IG Metall Yerel Yönetimi, Ulm IG Metall şubesine nazaran işyeri işgal eylemine karşı açık bir tutum takınmamaktadır. Fakat IG Metall şimdiye kadar eylem yerine gönderdiği temsilcileri ile dolaylı olarak işgal eylemini desteklediğini gösteriyor.

Tüm okuyucuları Rockwell Golde işçileri ile dayanışma eylemleri örgütlemeye çağırıyoruz. Şu anda Frankfurt Rockwell Golde işçilerine dayanışma mesajları göndermek ve bağışta bulunmak onların mücadeleleri için önemli bir destektir. Bunun onların işyeri işgalinde yalnız olmadıkları açısından küçümsenmez bir önemi vardır. Rockwell Golde işçilerinin toptan çıkışlara, işyerlerinin kapatılmasına ve işsizliğe karşı mücadeleleri tüm işçi sınıfının bir davasıdır. Öyleyse haydi Rockwell Golde işçileri ile dayanışmaya! Çünkü onların başarısı hepimizin başarısı sayılır!

(„Rockwell-Golde-Belegschaft hält den Betrieb besetzt")



Rockwell Golde işçileri 16 Nisan'dan beri grevdeler.



Frankfurt Rocwell Golde işçileri işyerlerini korumak için mücadeleye atıldılar.

KPD'nin I Mayıs toplantılarına katılalım!

BATI BERLİN: *30 Nisan, saat 19.30'da Hasenheidestr.'deki Schultheiss'te.*

BREMEN: *29 Nisan, saat 19.30'da Bürgehaus Weserterassen'de.*

STUTTGART: *1 Mayıs, saat 16.00'da Turnhalle Kaltental'da, Fuchswaldweg 43.*

HAMBURG: *26 Nisan, saat 19.30'da Hamburg Haus'ta, Eimsbüttel.*

KÖLN: *30 Nisan, saat 19.30'da, Gaststätte "Mathildenhof"da, Mathildenstrasse, Köln-Deutz. Toplantıda* **KPD Başkanı Ernst Aust** *konuşuyor; programda "Zeitzünder" kabera grubu var.*

BOCHUM: *27 Nisan, saat 19.30'da, Gaststätte "Oma Hölscher"de Bochumer Strasse 112, Bochum-Wattenscheid.*
Konuşmacı: **Ernst Aust.**

İnşaat sektöründe uzlaşma kurulu

Yüzde 4.'ün altında ücret zammı önerisinde bulundu

Geçen hafta sonu inşaat sektöründe uzlaştırma kurulu bu dalda çalışan işçiler için adi bir ücret artışı önerisinde bulundu. Buna göre ücret ve maaşların 6 ay boyunca yüzde 3,2 oranında, geri kalan altı aylık süre için ise yüzde 4,2 oranında yükseltilmesi öngörülmektedir.

Önerilen bu ücret zammı uzlaşmasının yıllık ortalamasını hesaplayacak olursak, o zaman bu yüzde 3,85'lik bir ücret artışı anlamına gelmektedir. Böylece bu yılki toplu sözleşmelerde ilk olarak IG Metall'ın imzaladığı yüzde 4,2'lik toplu sözleşme sınırı aşılmış oldu ki, bu bile gerçek ücretlerin yoğun bir şekilde düşürülmesi anlamını taşımaktadır. Bu adi uzlaşma önerisi üstelik bir de Uzlaştırma Kurulu başkanı olan DGB bankercisi olan Hesselbach tarafından ileri sürüldü.

Ne varki inşaat işverenleri böylesi bir ücret artışı önerisine bile karşılar. İnşaat işçilerinin sendikası bu uzlaşma önerisi üzerine sendika üyeleri arasında önce bir fikir alış-verişinde bulunacağını ve kesin kararı bunun ardından 30 Nisan'da vereceğini açıkladı. Geçen yıl IG Bau Steine Erden Başkanı Sperner'in yaptığı yüzde 4'lük ücret artışı anlaşması inşaat işçilerinin büyük tepkilerinde yol açmıştı. O zaman toplu sözleşme komisyonu bu anlaşmayı kabul etmedi.

Bugün uzlaşma görüşmelerinde ileri sürülen öneride aynı şekilde reddedilmeli ve sendika içerisinde genel oylama yapılmalıdır!

(„Abschluss unter vier Prozent angepeilt")

10 Haziran'da yapılacak yürüyüş ABD'nin savaş rotasını ve onun Federal Hükümet tarafından desteklenmesini hedeflemektedir!

Kızıl Şafak'ın geçen sayısında Partimiz KPD'nin 10 Haziran'da Reagan'a ve NATO'ya karşı yapılacak olan yürüyüşün çağrı bildirisini imzalamadığını belirtmiştik. Şimdi bu sayıda Partimiz KPD Politik Büro üyesi Karin Wagner'in buna ilişkin yazdığı bir yazıyı yayınlıyoruz.

"10.6.1982'de Bonn'da yapılacak barış yürüyüşü" koordinasyon bürosuna açık mektup:

Sayın Peter Grohmann, Jo Leinen, Klaus Mannhardt, Eva Quinstorp, Werner Rätz

Sevgili Arkadaşlar,
14.4.1982 tarihindeki yazışmanız için size teşekkürlerimizi bildiririz. Biz, "NATO zirvesi vesilesiyle 10 Haziran'da Bonn'da yapılacak olan enternasyonal yürüyüşün çağrı bildirisinin" gözden geçirilmiş metni üzerine tartıştık ve bu çağrıyı imzalamamayı ve onun yerine başka siyasi içerikle bu yürüyüşe çağrı yapmayı kararlaştırdık. Bu nedenle size ve barış hareketi içerisinde yer alan diğer güçlere aşağıda bu bildiriye ilişkin eleştirimizin temel esaslarını kısaca bildirmek istiyoruz. Çünkü biz 10 Haziran'da yapılacak olan yürüyüşün çağrı bildirisi üzerine tartışmaların sadece bugün için değil, aynı zamanda gelecekte de barış hareketinin yönelimine ilişkin temel sorunları içerdiğinden dolayı önemi olduğu düşüncesindeyiz.

1. Çağrı, ABD Hükümeti'nin savaş rotasına karşı net bir savaş ilanını içermiyor

Yürüyüşün çağrı bildirisini hazırlayanların isteklerine bakılacak olursa, 10.6.'82'de Bonn'da yapılacak olan yürüyüşün Amerikan Cumhurbaşkanı Ronald Reagan'ın 9 ve 10 Haziran'da Federal Almanya'ya gelmesiyle hiç bir ilişkisi yoktur. Çünkü bu gerçeğe bir tek kelimeyle bile değinilmemektedir. Bu ne anlamı taşımaktadır? Geçen yıl ABD Dışişleri Bakanı Haig Berlin'e geldiğinde 80000 kişi sokaklara dökülerek ABD Hükümeti'nin savaş rotasının temsilcisinin Berlin halkı tarafından ne kadar sevilmediğini aydınlığa kavuşturdu. Ve şimdi ABD Cumhurbaşkanı kendisi geliyorsa ki, bu şahsı milyonlarca insan Amerikan Savaş politikasının temsilcisi olarak görmekte, buna rağmen barış hareketinin bunu ciddiye almaması mı gerekiyor? Ronald Reagan aşırı bir gerici ve savaş kışkırtıcısıdır. Amerikan mali sermayesi onu kendi gerici ve saldırgan hedefinin pratiğe uygulanması için en uygun adam olarak gördüğünden ötürü, O ABD Cumhurbaşkanı oldu. Bu nedenle de Ronald Reagan herhangi bir şahıs değil, daha ziyade bir siyasi programdır. Her kimki, ABD Cumhurbaşkanı Ronald Reagan'a karşı cephe kurmaya hazır değilse, o Amerikan savaş rotasına karşı da kararlı bir şekilde savaşım veremez. Bunu sözü geçen çağrı bildirisi çok açık bir şekilde gözler önüne seriyor. Bu çağrı bildirisi 8 talebi kapsamaktadır. Bu 8 talepten **hiç biri** doğrudan—ya da daha doğrusu ona **karşı** değil—ABD Hükümeti'ni hedeflememektedir. ABD Hükümeti'ne **yönelik** olan sadece bir talep vardır. Bu da ABD'den tüm nükleer orta menzilli füzelerin yok edilmesinde tam bir çözümün sağlanması için Cenevre'de "samimi bir şekilde görüşmesi"ni talep etmektedir. İşte ABD'nin savaş rotasına karşı "savaşım" adı altında söylenenlerin hepsi bu kadardır! El Salvador'daki halk katliamını meşrulaştıran ABD'ye, ABD müdahale birliklerine karşı hiç bir talep vs, Federal Almanya'daki barış hareketinin somut olarak ABD'nin savaş rotasına karşı nasıl savaşım verebileceği üzerine hiç bir şey—metinde de bile—yer almamaktadır. Federal Almanya'da 200000'den fazla Amerikan askerinin bulunduğu, burada sayısızca nükleer ve kimyasal kitle imha silahlarının depo edilmiş olduğu, Federal Almanya'nın daha bugünden bile diğer halklara ve devletlere karşı onun saldırganlığı için bir askeri operasyon alanı olarak kullanıldığı çağrı bildirisini hazırlayanlar tarafından ciddiye alınmadığı gibi Amerikan'nın 1 Nolu savaş kışkırtıcısı Ronald Reagan'ın Federal Almanya'ya gelmesi gerçeği de o kadar ciddiye alınmamaktadır.



Geçen yıl Haig'a karşı düzenlenen eyleme 80 bin barışsever insan katılarak ABD'nin savaş politikasını reddettiğini vurguladı. Şimdi ABD çetesinin 1'nolu savaş kışkırtıcısı Reagan'ın Almanya ziyaretinden ötürü daha da güçlü bir yürüyüşün yapılması için ileri!



10.10.1981 tarihinde yüzbinlerce insan barış isteklerini dile getirmek için Bonn'da yürüdü. Bu barış yürüyüşünde ABD emperyalist çetesinin elebaşısı Reagan'a karşı da sloganlar atılmıştı.

Çağrı bildirisinde ABD'nin savaş politikasına karşı hiç bir şart altında gerekli olan net bir savaş ilanının yapılmaması, bizim bu bildiriyi niçin imzalamadığımızın nedenlerinden bir tanesidir.

2. Federal Hükümet'in ittifak politikası berrak bir şekilde reddedilmemektedir.

Federal Başbakan Schmidit, ABD Cumhurbaşkanı Ronald Reagan'ı ve diğer NATO devletlerinin temsilcilerini şahsı dostluğundan dolayı değil, aksine genişleyen barış hareketinden ve SPD saflarında hükümetin sözümona "Güvenlik Politikasına" karşı giderek yoğunlaşan eleştirilerden ötürü Federal Almanya'nın "ittifaka bağlılığına" sinyal yakmak için Bonn'a çağırdı. Barış hareketi buna ilişkin görüş belirtmelidir. O ittifaka bağlılık sorunu üzerine tavrını muğlak bırakmamalıdır. Partimizin (KPD) görüşüne göre ABD'nin savaş rotasına karşı bir şekilde karşı durmak ve artan savaş tehlikesine karşı etkili bir şekilde savaşım verebilmek için sadece bir imkân vardır: Bu da Federal Almanya'nın NATO'dan çıkması sorunudur. Çeşitli siyasi görüşleri kapsayan bir ittifakta herkesin bu berrak talebi desteklemeye zorunlu kılınamayacağını biz anlayışla karşılarız. Ancak biz, çağrı bildirisini hazırlayanların, Federal Hükümet'in ittifaka bağlılığını hedefleyen **her türlü** eleştiriden kaçınan, halka Federal Almanya'nın ittifakta yer almasının bir "Güvenlik Politikası" olmadığını, aksine Amerikan savaş politikasını desteklediğini açıkça ortaya koymayan ve Federal Hükümet'ten ittifaka bağlılığının en azından belirli noktalarından vaz geçmesini talep etmeyen tutumlarıma anlayış gösteremeyiz. (Örneğin NATO ek silahlanma kararından vaz geçmesi gibi.)

Çünkü örneğin NATO ek silahlanma kararını ele alacak olursak, bu konuda çağrı bildirisinde somut olarak Federal Hükümet'ten "NATO ek silahlanma kararını tanımaması" için bir şey talep edilmemekte, aksine genel olarak tüm NATO üyesi devletlerden bu kararı desteklemekten vaz geçmeleri istenmektedir. Kuşkusuz tüm üye devletlerin onaylarını geri çekmeleri olumlu bir şeydir.

Ama biz, Federal Almanya'daki barış hareketi olarak ne zamanki Federal Hükümet'ten bu karardan ve—somut olarak—atom füzelerinin yerleştirilmesinden vaz geçmesini talep edersek, ancak o zaman NATO ek silahlanma kararına karşı başarılı bir mücadele sürdürmüş oluruz. Federal Hükümet üstelik bunu diğer NATO ülkelerinin, özellikle de ABD'nin neyi doğru görüp görmemelerinden bağımsız olarak yapmalıdır. Bundan öte ileri sürülen her şey Federal Hükümet'in bu soruna ilişkin ittifaktan ayrılmayacağı tezine karşı durmamak, Federal Hükümet'i siyasi sorumluluğundan azletmek ve son tahlilde bu soruna ilişkin kararı en güçlü NATO devletinin, ABD'nin eline vermek demektir. Ve böylece çağrı bildirisini hazırlayanların görüşlerine göre Amerikan orta menzilli füzelerinin Federal Almanya'ya yerleştirilmesi üzerine karar vermek, Federal Almanya'daki barış mücadelesinin bir ürünü olması yerine, ABD ile Sovyetler Birliği arasında Cenevre'de sürdürülen görüşmelerin bir sonucu olması lâzım. Barış hareketini esasında âcizliğe mahkum eden, onu üstelik dünyada iki büyük savaş kışkırtıcısının arasındaki görüşmelerin uysal uydusu haline getiren bu tür görüşleri biz destekleyemeyiz. Bu, bizim bu çağrı bildirisini niçin imzalamadığımızın ikinci nedenidir.

3. Tek yanlı silahsızlanma tedbirlerinin alınması için net bir tavır yok

Görüşmemize göre Federal Almanya'daki barış hareketinin başarılı bir şekilde savaşım verebilmesinin en temel ön şartlarından biri, onun tek yanlı olarak silahların sınırlandırılması için önlemlerin alınmasını net bir şekilde talep etmesidir. Geçen yılın ekim ayında Bonn'da yapılan yürüyüşte bu durum mevcuttu. Sözkonusu çağrı bildirisinde ise durum bundan ibaret değil. NATO ek silahlanma kararının geçersiz kılınması bile—olsa dahi artık en azından açık seçik bir şekilde değil—tek yanlı talep olarak Federal Hükümet'e ve diğer batılı hükümetlere yöneltilmemektedir. Gerçi NATO üyesi devletlerin bundan desteklerini geri çekmeleri talep edilmekte; ama bunun aynı zamanda "silahların karşılıklı sınırlandırma" girişimi olarak anlaşılması gerektiği belirtilmektedir. Öyleyse, böyle bir şey yapılacaksa, o zaman orta menzilli füzeler konusunda kesin bir çözümün sağlanması için ABD'den özel olarak Cenevre'de samimi bir şekilde görüşme sürdürmesini talep etmek lâzım! Böyle bir talep ileri sürüldüğünde silahların tek yanlı olarak sınırlandırma istemini bir kenara bırakmış ve gene silahlanmayı sınırlandırma konusunda kendimizi bilinen eski nakaratın içinde bulmuş olmaktayız ki, bu da hiç bir sonuca götürmemektedir.

Eğer bugün Yeşiller'in (Grünen) Federal Yönetim Kurulu sözkonusu çağrı bildirisini Sovyet yanlısı eğilimlere yeterince karşı çıkmadığından dolayı reddediyorsa, o zaman bu sadece kendi grup çıkarlarının barış hareketinin çıkarlarının üzerine koymalarından ötürü zararlı değil. Bizce bundan daha da önemlisi, bu, barış hareketinin silahların tek yanlı olarak sınırlandırılması için mücadelece edeceği yoksa taleplerini Federal Hükümet'in istediği bir şekilde "tartarak" mı ileri süreceği sorunundan saptırdığından dolayı zararlıdır.

Bizde, Batı Alman barış hareketinin iki askeri bloğa berrak bir tarzda karşı durması gerektiği düşüncesindeyiz. Bu nedenle de barış hareketinin bazı belgelerini ve eylemlerini tamda bu bakış açısından eleştirdik.

Fakat bu görüşümüzce hiç bir şekilde barış hareketinin somut bir nedenden ötürü yaptığı eylemin "dengeli" olması gerektiği anlamını taşımaz. Reagan ziyaretinden ve NATO zirvesinden dolayı yapılan bir yürüyüşe çağrı özellikle ABD politikasına ve NATO'ya karşı olan tüm güçleri birleştirmeyi hedeflemeli ve gerçekten de birleştirmelidir. Bizce böylesi bir çağrı bildirisinde Sovyetler'in politikasına ve Varşova Paktı'nın eleştirilmesi gerekli değildir.

Ne varki sözkonusu çağrı bildirisinde Polonya'daki ve Afganistan'daki olaylar üzerine görüş belirtilmektedir. Çağrı bildirisinde yer alan bu görüşü biz tamamen reddediyoruz. Çünkü bu hiç bir şekilde Polonya'daki askeri diktatörlüğü ve Afganistan'daki Sovyet işgal rejimini mahkum etmiyor.

Bunun dışında sadece sözü geçen çağrı bildirisinde değil, aynı zamanda 4.4'82 tarihinde Atom enerjisine karşı Göttinger Çalışma Grubu'nun alternativ çağrı olarak ileri sürdüğü önerinin reddedilmesi bile kendilerini son zamanlarda "büyük barış örgütleri" olarak adlandıran barış hareketi içerisindeki bu güçlerin ne istediklerini açık bir şekilde gösterdiği düşüncesindeyiz.

Çünkü bu alternativ öneri görüşümüze ABD'ye, NATO'ya ve Federal Hükümet'in barışı tehlikeye sokan politikasına karşı gerekli savaşım ilanını içermektedir.

Sevgili Arkadaşlar!

Son zamanlarda barış hareketinin birliğinin gerekli olduğu üzerine çok söz edildi. Bunun için biz, barış hareketinin güvenirliğinin ve ciddiye alınmasının aynı zamanda eylemde birliği sağlamaya muktedir olup olmadığına da bağlı olduğu düşüncesindeyiz. Bunu 10.6.82 tarihine indirgeyecek olursak, bu görüşümüzce barış hareketi içerisinde yer alan **tüm** güçlerin hiç bir ön şart koşmadan bu yürüyüşe çağrı yapması ve gücü oranında bunun için seferberliğe girişmesi gerektiği demektir. Biz bunu yapacağız. Fakat biz aynı zamanda barış hareketinin siyasi birliği için de mücadele etmeliyiz. Çünkü bugün bu siyasi birliğin olmadığı bir sır değildir. Bu birliğin sağlanması için fikir alış-verişi yapılmalı ve farklı görüşlerin dostca tartışılması gereklidir. Bu nedenle biz, öz olarak sözkonusu çağrı bildirisinin üzerine görüşlerimizi belirtmeye çalıştık. Yazımızı cevaplandırmanız bizi sevindirecekdir.

Dostça selamlar

(Karin Wagner, KPD Politik Bürosu)

Münih'te

70 000 insan barışın korunması için yürüdü

MÜNİH. — SPD Merkez Parti Kongresi başlarken Federal Hükümet'in barışa zarar veren politikasını protesto etmek için 17 Nisan 1982'de 70 000'i aşkın insan yürüdü. Tarihte Hitler faşistlerinin yığınak bölgesi olarak tanınan Odeonplatz'a bu kez de damgasını barış hareketi vurmaktaydı. Geçmişte Nazilerin kalesi olan Münih'i ise bugün barışsever insanlar kuşatmıştılar.

Münih'teki KPD Yerel Örgütü de bu barış mitinginin yapılması için uzun zamandan beri yoğun bir çaba içerisindeydi. Örneğin yoldaşlar aktiv bir şekilde SPD'nin Gençlik Örgütü Juso'ların mitingine karşı alternatif mitingi yapan Münih Birleşik Barış İnsiyatifi'nde (VMF) çalışmaktadırlar. Jusoların yaptığı miting siyasi olarak oldukça dar kapsamlı bir mitingti ve ayrıca mitingte SPD'ye sert eleştirilerin yöneltilmesi de yasaklanmıştı.



Juso'ların mitingine karşı alternatif yürüyüş ve mitingi örgütleyen VMF, DKP'liler, tarafından yönlendirilen Barış ve Silahsızlanma için Halk Grubu'na (BI) karşı tepki olarak kurulmuştu.

Böylece VMF'nin platformmunu DKP tarafından yönlendirilen Halk Grubu'nun siyasi görüşlerine karşı çıkan her örgüt kabul etti. Çünkü DKP'nin etkisindeki Halk Grubu'nun düşüncesi şu:

a— O artan savaş tehlikesini sadece batı süper devletinden kaynaklandığını ileri sürüyor,

b- BI küçük ve bağımsız grupların birlikte çalışmasını engelliyordu.

Bunun için de bu insiyatife karşı kurulan VMF bir dizi barış yanlısı örgütü çatısı altında birleştirmeyi başardı. Ve böylece bölücülük görevini DKP'nin yönlendirdiği insiyatif yapıyordu.

DKP'liler ayrıca 17 Nisan'da yapılan eyleme bir iki kişisi ile katılmıştı ki, bunlar da gazete satan ve bildiri dağıtanlardır. DKP bu eylemin başarılı geçmesi için hiç bir şey yapmadı. Ve sadece Ostern barış yürüyüşlerini düzenlemekle yetindi.

Buna karşılık Volksfront ve "Runter vom Pulverfass" adlı grup SPD Parti Kongresi'nin yapılmasından ötürü hükümetin barışı tehdit eden politikasına karşı düzenlenen eylemin başarılı bir şekilde geçmesi için yoğun bir seferberlik yaptılar. Alternatif miting tam saatinde Feldherrenhalle'nin önünde başladı. Mitingin başladığı anda henüz alana 5000 barışsever insan toplanmıştı.

Daha sonra yürüyüşün başlayacağı Odeonplatz'ta Sophie Behr, Hans Bischlager Barbara Blust, Hans J. Schulz, Alfred Mechtersheimer, Petro Kelly, Henning Venske, Uta Ranke-Heinemann, Roland Vogt, Rudolf Bahro, Georg Soldner ve Alexander Schubert konuştular. Konuşmaların arkasından çeşitli barış türküleri söylenildi.

Yapılan konuşmalarda savaş tehlikesinin gerçek nedenlerini, SPD'nin oynadığı rolü ve barış hareketinin görevlerini ortaya koymada birbirinden farklı düşünceler yer alıyordu. Bunda şaşılacak bir şey yoktur. Çünkü her şeyden önce bu eylemde yer alanların hepsi farklı siyasi görüşlerden olan insanlardı. Ama buna rağmen miting Juso'ların yaptığı mitingten çok farklıydı. Çünkü onların mitinginde söylenenlerin hepsi "SPD'ye güven duyulması" yönündeydi. Buna karşılık Odeonplatz'ta yapılan mitingte ise Bonn'daki partilerin hiçbirine güven duymadan barış mücadelesinin sürdürülmesi gerektiği vurgulandı.

Yapılan konuşmalar arasında özellikle belirli bir olumluluk içeren Henning Vanske'nin konuşmasıydı. O konuşmasında SPD'nin hiç bir zaman bir kararlı barış politikası izlemediğini tarihten örnekler vererek gösterdi. Ve SPD'nin ne birinci ne de ikinci dünya savaşının çıkmasını engellemediğini söyledi. O, SPD'nin hiç bir zaman bir savaş başlatmadığı tezine karşılık onun ne zaman bir savaşın çıkmasını önlediği sorusunu sordu.

Konuşmacı Hans Schulz ise barış hareketinin işçi hareketi ile bağı olmaksızın onun yenilgiye mahkum olacağını vurguladı. O, barış hareketinin güçlü olmasının sadece işçileri ikna etmeyle değil, aynı zamanda aktivleştirmeye de bağlı olduğunu söyledi. Barışın korunması için belirleyici rolü öğrenciler değil, işçiler oynamaktadır dedi. Bunun için de sendikalar içerisinde çalışılmalıdır; ama sadece karar almak için değil, daha doğrusu işyerlerinde işçileri ikna etmek için.

O ayrıca işçi sınıfının barış mücadelesinin başarısına Ekim Devrimi'ni örnek olarak gösterdi. "Bu örnek bize çok doğru bir olguyu gösteriyor. Hiç bir hakim sınıf ya da bürokratlar kliği kendiliğinden teslim olmaz. Polonyalılar onu silahsızlandırmayı unuttular. Barışın silahsız olarak sağlanması için çağrılarda bulunmak yeterli değildir. Ne zamanki biz bütün ülkelerdeki hakim sınıfların silahlarını ellerinden alırsak ancak o zaman barış sağlanabilir" sözleri ile konuşmasını bitirdi. Bu tür açık görüşleri bugün barış toplantılarında pek nadir işitmekteyiz.

Diğer konuşmacılar SPD'nin izlediği politikayı barışı tehdit eden politika olarak, nitelediler. Ve barış mücadelesinde SPD'ye bel bağlanamayacağını belirttiler. Konuşmacılardan bazıları bugün Cenevre'de yapılan silahsızlanma görüşmelerine güvenenlerin sapma bir yola girdiklerini söylediler.

Miting bitiminden sonra Juso'ların, Falken'lerin vb. örgütlerin buluştuğu Theresienwiese'ye doğru harekete geçildi. Bu esnada yürüyüş kolunda, radyo ve televizyonda verilen sahte haberlerin aksine 25 kişi yürüyordu. Yürüyüş koluna sürekli yeni barışsever katılıyor ve kitle sayısı giderek kabarıyordu. Böylece Theresienwiese'ye gelindiğinde yaklaşık olarak alanda 70 000 insan vardı. Bu eylemle birlikte Münih savaş sonrasında yapılan ikinci büyük eyleme sahne oldu.

Yürüyüşe Volksfront'ta kalabalık bir kitleyi seferber etmişti. Ve taşıdığı pankartları ile kitlenin ilgisini çekiyordu.

Königsplatz'ta yapılan kapanış mitinginde Heinrich Albertz ve Gert Bastian'ın yanı sıra çeşitli şahışlar konuştular.

Bu güçlü bir eylem oldu. Alternatif mitingi ve yürüyüşü örgütleyen VMF bir taraftan barış mücadelesine belirli seviyeden siyasi açıklığın kazandırılması için çalışırken, öte yanda ise barış güçlerini birleştirmek için adım attı. Mitingte ayrıca 10 Haziran'da Reagan'a ve NATO'ya karşı güçlü bir yürüyüşün yapılmasının gerekli olduğuna da değinildi ve "tekrar Bonn'da buluşmak üzere" sloganı ile herkes alandan ayrıldı.



Standart Keramik işçileri toplu sözleşmelerde imzalanan yüzde 4,2 ücret zammını almak için greve gittiler.

İşverenler işçilerin ücret zamlarını ödemek istemedikleri için

İdeal Standard'ta greve gidildi

NEUSS. — İdeal Standart GmbH keramik fabrikasında aralarında bir çok Türkiyeli'nin de yer aldığı işçiler işi tekrardan bıraktılar. Üç gün boyunca tüm vardiyalarda çalışan işçi arkadaşlar greve katıldılar. İşçiler yüzde 4,2 ücret zammının ödenmesini talep ediyorlar.

Düsseldorf yakınında bulunan Neuss şehrindeki İdeal Standart Keramik fabrikası Federal Almanya'da bu branş üzerine olan fabrikaların en büyüklerinden biri olup ve şu an Neuss'te bulunan ikinci şubesinde 577işçiyi çalıştırmaktadır. Firmada çalışan işçilerin yüzde 91'i müstahdemlerin ise yüzde 53'ü IG Metall sendikasında örgütlüdürler. İşçi arkadaşların yarısından fazlasını yabancı, özellikle de Türkiyeli işçi arkadaşlar oluşturmaktadır.

24 Mart'ta yapılan işyeri toplantısında, işçi temsilciliği Başkanı Hermann Brand işverenin, IG Metall sendikasının imzaladığı yüzde 4,2'lik toplu sözleşme anlaşmasını tam olarak değil, toplu sözleşmelerde tespit edilen ücretlerin üzerinden ödenen zamlara göre hesaplanarak vermek istediğini belirtti.

İşverenler bu tutumlarına gerekçe olarak üretimin yarı otomatikleştirilmesini finanse edebilmek için 800 000 Mark "tasarruf" etmeleri gerektiğini gösterdiler. İdeal Standart patronları aynı zamanda firmanın Neuss şubesinde 40 ile 60 arasında, Witten şubesinde 100 ve Bonn'daki şubesinde ise 20 arkadaşın çıkışını vereceklerini açıkladılar.

Bunun üzerine işçi arkadaşlar bu vahşi saldırıya karşı direnişe geçtiler. Onlar 2, 5 ve 6 Nisan'da 8 saatliğine işi bıraktılar. Bu greve büro emekçileri katılmadılar. Greve katılan Türkiyeli işçi arkadaşların bir pankartının üzerinde şöyle yazıyor: "Direniyoruz, direneceğiz, yüzde 4,2 hakkımızı alana kadar!"

İşyeri işçi temsilcisi daha sonra patrona bir uzlaşma önerisinde bulundu. İşyeri işçi temsilciğinin bu önerisini bir çok işçi arkadaşta olumlu buldu. Öneri; şubat ayından kasım ayına kadar ücretlerin yüzde 2,2, aralıktan sonra ise 4,2 üzerinden ödenmesini öngörmektedir.

İşyeri işçi temsilciğinin açıkladığına göre işçi arkadaşların büyük çoğunluğu bu öneriyi onaylamışlar. Ne varki İdeal Standart patronları bu uzlaşma önerisini de reddettiler. Bunun içinde arkadaşlar yukardaki pankartlarında dile getirdikleri gibi gündemde olan yüzde 4,2 ücret artışının tam olarak gerçekleştirilmesidir.

Gazetemiz baskıya verildiğinde grevin gidişatı üzerine henüz kesin bilgi edinememiştik. Neuss İdeal Standard Keramik fabrikasında çalışan işçi arkadaşlar geçen hafta içerisinde 35 saatliğine işi bıraktılar.

(„Streik bei Ideal Standart")

Sendika hareketinin direnişe geçmesine rağmen

İşsizleri her türlü işi kabul etmeye zorlayan kararlar yürürlüğe konuldu

BONN. — Sert protestolara yol açan sertleştirilmiş işsizlik kanununu Federal Hükümet kararlaştırdıktan sonra Federal Çalışma Bakanı Ehrenberg yürürlüğe koydu. Bu kararda yeni hiç bir değişiklik yapılmadı. DGB sendikası işsizlere karşı alınan bu kararı hiç bir şekilde kabul etmeyeceğini açıkladı.

Resmi istatistiklerin açıklamalarına göre her boş işyerine 15 işsiz düşmektedir. Bu durumda alınan kararlar işsizler üzerindeki baskıların daha da artırılması, onların her türlü haklarından yoksun bırakılması ve genel olarakta işçi sınıfının tümüne bir saldırının düzenlenmesi demektir.

Özellikle dört aylık bir işsizlik süresinden sonra işsiz arkadaşların bulunduğu meslek grubundan bir grup aşağı indirilmesi bir taraftan işverenlerin eline onlara hiç bir hakkı olmayan iş köleleri gibi muamele görmeleri silahını verirken, öbür tarafta ise onların işsizleri çalışan insanların ücretlerini düşük tutmak ve işverlerindeki sömürüyü daha da artırmak için kullanmalarına imkân sağlamaktadır.

Bu nedenle işsizlik kanununun daha da sertleştirilmesi sendika hareketinin yoğun protestolarına yol açtı. Kısa süre de yaygın protesto eylemleri düzenlendi. Bunun için de işsizlere karşı alınan karar daha önce öngörüldüğü gibi mart ayı içerisinde yürürlüğe konulamadı. Ve hükümet bir adım geri atarak bazı kararları hafifleteceğini berirtmek zorunda kaldı.

Hükümetin bu tutumuna karşı işveren birlikleri ateş püskürdüler. Onlar, hükümeti sendikaların baskısı karşısında "teslimiyet bayrağını çekmekle" suçladılar. Bunun üzerine koalisyon ortağı FDP'li bakanlar hemen harekete geçerek işsizlik kanununun sertleştirilmesinde bir değişikliğin yapılmasını kabul etmeyeceklerini belirttiler.

Böylece Bonn'da üzerine görüşülen işsizlere karşı kararların sonucu şu oldu: Bu karar bir iki süslemenin dışında hiç bir değişikliğe gidilmeden yürürlüğe konuldu. Yürürlüğe konulan bu kararın yanısıra Federal Çalışma Dairesi'nin de bir karar alarak İş ve İşçi Bulma Kurumlarını meslek gruplarından indirmelere giderken "yumuşak" davranmaları için uyarması istenildi.

Bu karar sendikaların asla kabul edeyeceği provokativ bir karardır. Bunun için sendikalar işsizleri hiç bir hakkı olmayan iş köleleri durumuna getirmek isteyen bu karara karşı harekete geçmeli ve kararın geri alınması için her türlü sendikal mücadele metoduna başvurmalıdırlar.

(„Trotz der gewerkschaftlichen Proteste — Zumutbarkeitsordnung in Kraftgesetzt")